DIE DECKUNG

DER

KOSTEN DES KRIEGS

IN SÜDAFRIKA

VON 1899—1902

AUF SEITE ENGLANDS

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

DER HOHEN STAATSWIRTSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER
KGL. BAYR. LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT ZU MÜNCHEN

VORGELEGT VON

WILHELM HILSENBECK

AUS ULM a. D.

STUTTGART

DRUCK DER UNION DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT

1904

Von der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München als Dissertation angenommen.

Referent: Professor Dr. Walther Lotz

Die vorliegende Arbeit erscheint gleichzeitig als 66. Stück der „Münchener Volkswirtschaftlichen Studien, herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Lotz", im Verlage der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin.

MEINEN LIEBEN ELTERN

AUS DANKBARKEIT

GEWIDMET

Inhaltsverzeichnis

Seite

Erster Abschnitt

Die Finanzlage Englands vor Ausbruch des Kriegs 1

Zweiter Abschnitt

Die erste Kriegsforderung 12

Dritter Abschnitt

Die zweite Kriegsforderung und das erste Kriegsbudget 18

Vierter Abschnitt

Die vierte Kriegsforderung 28

Fünfter Abschnitt

Die Auflösung des englischen Parlaments und die fünfte Kriegsforderung 31

Sechster Abschnitt

Die sechste Kriegsforderung und das zweite Kriegsbudget 38

Siebenter Abschnitt

Die achte Kriegsforderung, das dritte Kriegsbudget und die Finanzen Englands nach Beendigung des Kriegs 57

Schluss 67

Tabellen 71

Hauptsächlich benutzte Literatur

Hauptquellen für die Arbeit sind folgende amtliche Veröffentlichungen der englischen Regierung:

Finance Accounts of the United Kingdom 1898/99—1901/02.
Taxes and Imposts 1899—1903.
Public Income and Expenditure 1901.
Financial Statements 1899/1904.
National Debt, 1903 (Cd. 1581).
Wars in South Africa and China (Cost and Expenditure) 1903.
South Africa. Report on the Finances of the Transvaal and the Oranje River Colony. 29th March 1901. Cd. 628. (Sir David Barbour.)
Hansard's Parliamentary Debates, 4. Serie, Bd. 77 bis Bd. 109.
Finance Acts 1899, 1900, 1901, 1902, 1903.
Bank of England. Advances to the Government 1898/1902.
Forty-third Report of the Commissioners of her Majesty's Inland Revue. For the year ended 31st March 1900. Cd. 347.
Imperial Revenue (Collection and Expenditure, Great Britain and Ireland) 1900, 337.
Revenue (Collection of Taxes), 129.
Income Tax Assessments 1895/96 to 1899/1900, 1901, 307.
Public income and Expenditure (1688—1869) Return 366. In two parts.
Army. Appropriation Accounts 1898/1901.
Army. Estimates for 1900/1903.
Memorandum of the Secretary of State relating to the Army Estimates for 1900/1903.
Army. Supplementary Estimates 1899/1900, 110; 1899/1900, 36; 1900/01, 50; 1900/01, 290; 1900/01, 240; 1901/02, 30.
Army. Return of Military Forces in South Africa 1899/1902. Cd. 892.
Army. Return of the numbers of troops and horses that have embarked for South Africa from 1st January 1900 to 31st December 1901. Cd. 884.
Army (Remounts) Reports, Statistical Tables and Telegrams received from South Africa. June 1899 to 22nd January 1902. Cd. 963.
Navy Estimates for the years 1899/1900, 1900/01, 1901/02, 1902/03.

Ferner:

The Economist. Jahrgang 1899, 1900, 1901, 1902, 1903.

Erster Abschnitt

Die Finanzlage Englands vor Ausbruch des Kriegs

Dreimal während der letztvergangenen hundert Jahre sind die Finanzen Englands durch einen auswärtigen Krieg tief erschüttert worden. Denn, wie zu Beginn und um die Mitte des 19. Jahrhunderts der grosse französische Krieg und der Krimkrieg, so hat in jüngster Zeit um die Jahrhundertwende der Krieg in Südafrika dem Vereinigten Königreich ausser einer schweren Steuerlast eine gewaltige Erhöhung seiner Staatsschuld gebracht.

Am 11. Oktober 1899, nachdem die britische Regierung die in einem Ultimatum an sie gestellten Forderungen des Präsidenten Krüger abgelehnt hatte, eröffneten die Buren den Krieg.

England befand sich damals in einer ausserordentlich günstigen finanziellen Lage.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der in der Mitte der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts in Grossbritannien einsetzte, übte auf den britischen Staatshaushalt einen überaus vorteilhaften Einfluss aus. Dank der Elastizität des englischen Steuersystems konnte nicht nur der seit 1895 um mehr als 10 000 000 £ erhöhte ordentliche Staatsbedarf unter gleichzeitiger Gewährung einer Reihe von Steuererleichterungen völlig durch laufende Einnahmen gedeckt werden, sondern der Schatzkanzler befand sich ausserdem in der glücklichen Lage, alljährlich, bis zum Jahre 1899, über einen Kassenüberschuss von nicht unbedeutender Höhe verfügen zu können [1]). Während dieses Zeitraumes von vier

[1]) Siehe Tabellen 1 und 2.

Jahren verringerte sich die englische Staatsschuld durch ordentliche und ausserordentliche Schuldentilgung um nahezu 30 000 000 £ [1]).

Wie sich aus Tabelle 4 des näheren ergibt, betrugen die gesamten ordentlichen Einnahmen des englischen Schatzamts im Jahre 1898/99 108 336 000 £. Davon entfielen auf die Hauptsteuereinnahmen 89 450 000 £ oder nahezu 5/6 des ganzen Betrags, während die übrigen 18,886,000 £ den Erwerbseinkünften und einer Anzahl sonstiger, kleinerer Einnahmequellen zu verdanken waren.

Von besonderer Wichtigkeit für die Staatseinnahmen Englands erscheint somit das englische Steuersystem, auf das wir nunmehr im folgenden kurz eingehen wollen.

Die Entwicklung des englischen Steuersystems im Laufe des vergangenen Jahrhunderts steht bekanntlich im innigsten Zusammenhang mit dem Uebergang Englands von der Schutzzollpolitik zum Freihandel. Bis zur Wiedereinführung der Einkommensteuer im Jahre 1842 beruhte das englische Steuerwesen fast ausschliesslich auf einer grossen Anzahl meist schwerdrückender Schutzzölle und innerer Verbrauchsabgaben. Mehr und mehr verminderte sich aber das starke Uebergewicht der indirekten Steuern über die direkten durch die Freihandelsreformen des Sir Robert Peel und seiner Nachfolger, und wenn auch im Jahre 1898/99 die Zölle und inneren Verbrauchsabgaben zusammen mit den Stempelsteuern noch immer nahezu 2/3 des gesamten Steuerertrags lieferten, so bewirkte doch die Freigabe der notwendigsten Lebensmittel und die höhere Belastung der besitzenden Klassen durch die progressive Ausgestaltung der Einkommensteuer und der Erbschaftssteuern eine weit gerechtere Verteilung der Steuerlast.

Die Wandlung, die sich in der Handelspolitik Englands vollzog, führte in erster Linie zu einer wesentlichen Vereinfachung des englischen Zolltarifs. Dem Freihandelsprinzip entsprechend wurden alle diejenigen Zölle beseitigt, welche dem Grundsatz, am wohlfeilsten Markte zu kaufen und am

---

[1]) Siehe Tabelle 3.

teuersten Markte zu verkaufen, entgegenwirkten. Ausser den Schutzzöllen, den Ausfuhrzöllen und den Differentialzöllen, welche die kolonialen Produkte bei der Einfuhr vor anderen bevorzugten, wurden die Zölle auf notwendige Lebensmittel und Rohstoffe aufgehoben. Nur einige wenige, besonders ergiebige Gegenstände des Massenverbrauchs blieben mit Zöllen ohne Begünstigung und lediglich finanziellen Charakters belegt. Vor dem Krieg in Südafrika waren es nur vier Artikel, welche den Hauptertrag der Zölle lieferten. Tabak, Branntwein, Tee und Wein brachten 1898/99 zusammen 96 %, die übrigen Zölle auf getrocknete Früchte, Kakao und Schokolade, Kaffee und Zichorie und Bier dagegen nur 4 % der Zolleinnahmen[1]).

Noch einfacher als das englische Zollwesen gestaltete sich durch die Freihandelspolitik das mit diesem aufs engste verknüpfte System der inländischen Verbrauchsabgaben. Denn, da von den ebengenannten zollpflichtigen Artikeln nur Branntwein, Bier und Zichorie im Vereinigten Königreich erzeugt werden, so bedurfte es nur für diese drei Produkte einer dem Zoll entsprechenden Verbrauchsbesteuerung im Innern. Finanziell am meisten ins Gewicht fallen die inländische Bier- und Branntweinsteuer. Diese beiden Steuern ergaben zusammen 1898/99 28 747 000 £ oder 98 % des Ertrags der inneren Verbrauchssteuern[2]). Demgegenüber sind die Einnahmen aus der Zichorienabgabe äusserst gering. 1898/99 betrugen sie nur 1400 £.

Eine weitere, wichtige und einträgliche Finanzquelle für den englischen Fiskus bilden die Stempelsteuern. Mit Ausschluss der Gebühren lieferten sie 1898/99 7 630 000 £. Stempelpflichtig sind in England hauptsächlich Vertragsurkunden (deeds), Wechsel, Schecks, Quittungen, Schlussnoten, Inhaberpapiere, Banknoten, Gesellschaftskapitalien, Lebens- und Seeversicherungspolicen und eine Reihe anderer Urkunden des Privat- und Geschäftsverkehrs. Die Besteuerung erfolgt entweder nach einem Wertstempel oder einem Fixstempel.

---

[1]) Siehe Tabelle 5.
[2]) Siehe Tabelle 6.

In der Regel wird ein gradueller oder proportionaler Wertstempel erhoben. Der bekannteste Fixstempel ist der für Quittungen, Schecks u. dgl. zu entrichtende Pennystempel.

Von den direkten Steuern des englischen Staatshaushalts spielt die Einkommensteuer finanziell bei weitem die bedeutsamste Rolle. Bei einem Steuersatz von 8 d per £ (3 1/3 %) brachte sie 1898/99 rund 18000000 £, oder 1/5 aller Steuereinnahmen. Die Beweglichkeit der britischen Einkommensteuer lässt sie als Kriegssteuer besonders geeignet erscheinen, und mehr als einmal wurde denn auch tatsächlich ihr Steuersatz zum Zwecke der Deckung von Kriegskosten vorübergehend erhöht. Zur Zeit des französischen Kriegs und des Krimkriegs war die Einkommensteuer eine der Hauptquellen, aus welchen die damaligen Finanzminister die für den Krieg erforderlichen Geldmittel schöpften. Subjektiv trifft die britische Einkommensteuer alle Inländer und in England lebenden Ausländer, objektiv alles aus dem Inland stammende Einkommen, ohne Rücksicht darauf, wem dasselbe zufliesst. Sie sucht das Einkommen möglichst an der Quelle zu fassen und zerfällt zu diesem Zwecke in folgende fünf Schedulas:

Schedula A und B sind Steuern auf den Boden und dessen Bewirtschaftung.

Schedula A wird von den Eigentümern erhoben, Schedula B von den Pächtern, und zwar versteuert der Pächter als Pachtgewinn eine bestimmte Quote dessen, was er an Pachtzins zahlt. Der Pächter zahlt auch die Steuer nach Schedula A, wofür er das Recht hat, die gezahlte Steuer von der Pachtrente abzuziehen.

Schedula C besteuert das Einkommen aus fest verzinslichen Wertpapieren; die Steuer wird als eine Art Couponsteuer erhoben.

Schedula D ist eine Gewerbebesteuerung. Hier besteht Fassionspflicht. Sie erfasst überdies alle Einkommen, welche in den übrigen Abteilungen nicht näher bezeichnet sind.

Schedula E ist Gehalts- und Lohnsteuer. Die Steuer wird bei Auszahlung des Gehalts bezw. Lohns gekürzt.

Steuerfrei sind die Einkommen unter 160 £. Ausserdem dürfen bei einem jährlichen Gesamteinkommen von mehr als

160 £ und weniger als 400 £: 160 £, zwischen 400 £ und 500 £: 150 £, zwischen 500 £ und 600 £: 160 £ und endlich zwischen 600 £ und 700 £ jährlichem Einkommen: 70 £ gekürzt werden. Durch diese Vergünstigungen wirkt der Steuersatz der Einkommensteuer degressiv.

Im Jahre 1898/99 entfielen auf:

Schedula	A. Grundbesitz	4 979 000 £ =	27,6 %
„	B. Landwirtschaft . . .	150 000 „ =	0,8 „
„	C. Kapitalrenten . . .	1 171 000 „ =	6,5 „
„	D. Handel und Gewerbe	10 396 000 „ =	57,6 „
„	E. Lohn und Besoldung	1 346 000 „ =	7,5 „
	zusammen . .	18 042 000 £ =	100,0 %.

Es ergibt sich hieraus, dass die Hauptlast der Einkommensteuer von denjenigen Steuerpflichtigen getragen wird, die ihr Einkommen aus Handel und Gewerbe beziehen, und dass zu einem verschwindend kleinen Bruchteil das durch die Einkommensteuer aufgebrachte Steuererträgnis den landwirtschaftlichen Einkommensquellen entspringt.

Eine Art Ergänzungssteuern zu der Einkommensteuer bilden die Erbschaftssteuern. Sie bezwecken die Einkommensteuer vor allem dahin zu ergänzen, dass das fundierte Einkommen höher belastet wird als das Arbeitseinkommen. Sir William Harcourt, dem liberalen Vorgänger von Sir Michael Hicks Beach, gebührt das Verdienst, die Erbschaftssteuern im Jahre 1894 zu einer der ergiebigsten Einnahmequellen des englischen Budgets umgestaltet zu haben. Im Jahre 1898/99 führte sie nicht weniger als 11 400 000 £ der Staatskasse zu. Zunächst erfasst die sogenannte estate duty das ganze Reinvermögen des Nachlasses ohne Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen der Erben zum Erblasser. Sie besteuert die Erbschaftsmasse nach einem mit 1% beginnenden bis auf 8% steigenden progressiven Steuerfuss [1]). Nachlassvermögen unter 100 £ sind steuerfrei. Sind die Vermögensstücke fideikommissartig festgelegt, so ist ausserdem noch eine einmalige Extrasteuer von 1%, die settlement estate duty, zu entrichten. Daneben bestehen noch zwei weitere Steuern, nämlich eine legacy duty und eine succession duty. Beide

[1]) Siehe Tabelle 7.

treffen nur Vermögen über 1000 £ nach einem Steuersatz, der sich je nach dem Verwandtschaftsgrad zwischen 1 und 10 % bewegt. Die legacy duty besteuert das bewegliche Vermögen, die succession duty das unbewegliche. Nicht der ganze Ertrag der Erbschaftssteuern fliesst der Staatskasse zu; nach dem Finanzgesetz von 1894 ist ein gewisser Teil der Einnahmen aus der estate duty den Wohnsitzgemeinden des Erblassers zu überweisen.

Ausser den bisher betrachteten Steuern gibt es in England noch eine Landsteuer (land tax) und eine Gebäudesteuer. Beide Steuern werden nur in Grossbritannien erhoben. 1898/99 ergab die Landsteuer 770 000 £, die Gebäudesteuer 1 600 000 £. Das Erträgnis der Landsteuer wird infolge ihrer Ablösbarkeit seit 1798 von Jahr zu Jahr geringer, während die jährlichen Einnahmen aus der Gebäudesteuer stetig, aber nur mässig, zunehmen. Nur ein verhältnismässig geringer Teil der Häuser in Grossbritannien wird von der Gebäudesteuer getroffen. Steuerpflichtig sind nur diejenigen Gebäude, deren jährlicher Mietwert den Ertrag von 20 £ übersteigt, und auch hiervon gibt es eine stattliche Anzahl von Steuerbefreiungen.

Relativ sind die beiden letztgenannten Steuern finanziell von untergeordneter Bedeutung.

Was nun die Ausgaben anbetrifft, so zerfällt der ordentliche Staatsbedarf in England staatsrechtlich in zwei verschiedene Teile. Man unterscheidet nämlich zwischen einem stabilen und einem wandelbaren Teil der alljährlich wiederkehrenden Staatsausgaben. Nur der wandelbare Teil ist vom Parlament alljährlich aufs neue zu bewilligen; der stabile Teil dagegen beruht auf dem Gesetz und wird aus dem sogenannten „Konsolidierten Fonds“ bestritten.

Aus diesem Konsolidierten Fonds sind in erster Linie die jährlichen Lasten der englischen Staatsschuld zu decken.

Dies führt uns zunächst zu einer kurzen Betrachtung der Schuldenlast Englands.

Die englische Staatsschuld, die ihre Entstehung fast ausschliesslich dem Kriege verdankt, besteht aus folgenden drei Teilen:

1. der fundierten Schuld,
2. der unfundierten oder schwebenden Schuld und
3. den Zeit- bezw. Leibrenten.

Nach Beendigung der napoleonischen Kriege im Jahre 1815 erreichte die gesamte Schuldenlast des Vereinigten Königreichs ihren höchsten Stand. Damals betrug sie nicht weniger als 902 000 000 £. (Die fundierte Schuld stellte sich auf 816 000 000 £, die unfundierte auf 45 000 000 £ und der Kapitalwert der Annuitäten berechnete sich auf 41 000 000 £). Seitdem erfuhr dieser Höchstbetrag, abgesehen von einigen vorübergehenden Erhöhungen eine stetige, ganz bedeutende Verminderung.

Am 31. März 1899 belief sich die englische Staatsschuld nur noch auf 627 500 000 £.

Die fundierte Schuld bestand aus:

520 154 000	£	2¾%	(ab 5. April 1903 2½%) 1923 rückzahlb. Konsols
4 636 000	„	2¾%	1905 „ „
31 750 000	„	2½%	Konsols
13 646 000	„	2¾%	Bankschuld
13 000 000	„	2¾%	Buchschuld
583 186 000	£.		

Die unfundierte Schuld bestand aus:

8 133 000 £ drei-, sechs- und zwölfmonatlichen Schatzanweisungen (Treasury Bills),

von denen fällig wurden:

dreimonatliche	sechsmonatliche	zwölfmonatliche	Termin
£	£	£	
—	—	1 000 000	am 6. Juli 1899
—	—	1 588 000	„ 30. August 1899
—	1 000 000	—	„ 4. April 1899
1 325 000	—	—	„ 4. April 1899
—	—	1 500 000	„ 2. März 1900
—	—	1 720 000	„ 30. März 1900
1 325 000	1 000 000	5 808 000	

Der geschätzte Kapitalwert der Zeit- bezw. Leibrenten in Höhe von 36 243 000 £ verteilte sich auf die einzelnen Annuitäten wie folgt:

	Kapitalwert		Jährliche Rente
1.	12 388 000 £	Annuitäten für private Leib- und Zeitrenten	1 284 000 £
2.	282 000 „	Annuität der Red Sea and India Telegraph Co. Endtermin 1908	36 000 „
3.	2 924 900 „	Konvertierte Annuitäten von 1883/85. Endtermin 1904	684 000 „
4.	13 808 000 „	Gerichtshofannuitäten. Endtermin 1904	2 943 000 „
5.	6 032 000 „	Sparkassenannuitäten. Endtermin 1901 bis 1902	2 200 000 „[1])
6.	809 000 „	Kleinere Annuitäten. Endtermin 1903 bis 1908	134 000 „
	36 243 000 £		7 281 000 £

Die Verzinsung der Staatsschuld, die Annuitäten und die Schuldenverwaltung erforderten im Jahre 1898/99 zusammen 23 606 000 £[2]). Seit 1875 ist nun aber für den Staatsschuldendienst alljährlich nicht bloss der für diese drei Posten erforderliche Betrag, sondern eine höhere, gesetzlich festgesetzte Summe zu verwenden. Ursprünglich belief sich die festgesetzte jährliche Summe für den Schuldendienst auf 28 000 000 £, für das Rechnungsjahr 1898/99 betrug sie nur noch 25 000 000 £. Die Differenz zwischen diesen 25 000 000 £ und den oben erwähnten 23 606 000 £ floss in den sogenannten New Sinking Fund und musste zur Schuldentilgung verwendet werden. So wurden nach Ablauf des Jahres 1898/99 für 1 394 000 £ 2¾ %ige Konsols zu einem Durchschnittskurs von 108 £ 18 s 6 d zurückgekauft und vernichtet.

Ausser dieser ordentlichen Schuldentilgung gibt es in England noch eine ausserordentliche. Ergibt sich nämlich am Ende eines Finanzjahrs ein Kassenüberschuss, so ist auch

---

[1]) Um zu verhindern, dass diese Sparkassenannuitäten zur Zeit ihres Erlöschens im Jahre 1901/02 dem neuen Sinking Fund zufallen würden, bestimmte das Finanzgesetz von 1899 deren Verlängerung bis 1911. Auf diese Weise reduzierte sich die jährliche Rente von 2 200 000 £ auf 579 000 £, so dass aus dem dadurch ersparten Betrag zwei neue bis 1922/23 laufende Sparkassenannuitäten von 745 000 £ bezw. 874 000 £ gegen Tilgung der 2¾ %igen Buchschuld von 13 000 000 £ und gegen Vernichtung von 15 000 000 £ 2¾ %igen Konsols gebildet werden konnten.

[2]) Siehe Tabelle 8.

dieser einem Schuldentilgungsfonds, dem Old Sinking Fund, zu überweisen[1]). Dieser Bestimmung entsprechend wurde der Ueberschuss des Jahres 1898/99 von 186 000 £ zur Rückzahlung eines Vorschusses verwendet, den die Bank von England dem Schatzamt auf Grund von Deficiency Bills vorübergehend gewährte[2]).

Bezüglich der sonstigen Ausgaben des Schatzamtes zu Lasten des Konsolidierten Fonds, die 1898/99 zusammen 2 044 000 £ erforderten, können wir auf Tabelle 8 verweisen.

Der weitaus grössere Teil der ordentlichen Staatsausgaben (etwa $^3/_4$) untersteht der jährlichen Kontrolle des Parlaments und wird von diesem stets nur für die der abgelaufenen nächstfolgende, einjährige Etatsperiode bewilligt.

Hierher gehören die Ausgaben für das Heer und die Marine, die Kosten für die Zivilverwaltung und die Steuererhebung, sowie der Bedarf für das Post- und Telegraphenamt und den Postpaketdienst[3]). Für unsere Aufgabe genügt es, die Ausgaben für das Heer und die Marine noch kurz ins Auge zu fassen. Diese beiden Posten sind es hauptsächlich, welche die bedeutende Zunahme des ordentlichen Staatsbedarfs von 1895/99 verursacht haben[4]); namentlich der Aufwand für die Marine zeigte während dieser Zeit, eine aussergewöhnliche Steigerung. Mit Einschluss der Ausgaben für die Munitions- und Waffenfabriken betrug der Bedarf für das Heer 1898/99 rund 20 000 000 £, der für die Marine 24 068 000 £. Die wirklichen Kosten des Heeres und der Marine stellten sich indessen etwas höher als die eben angegebenen Ziffern, denn die von den britischen Kolonien für den Heeres- und Marinedienst zu

---

[1]) Allerdings kann der Kassenüberschuss auf Grund von Gelegenheitsgesetzen auch zu anderen Zwecken verwendet werden; und gerade während der Jahre 1896, 1897 und 1898, zur Zeit der grössten Ueberschüsse, ist von diesem Recht ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Die damals erzielten Ueberschüsse wurden fast in ihrer vollen Höhe zur Deckung ausserordentlicher Ausgaben für das Heer, die Marine und für öffentliche Bauten verwendet.

[2]) Diese Art von Schuldentilgung bedeutete natürlich nichts anderes als eine Stärkung der Exchequer Balances um den betreffenden Betrag.

[3]) Siehe Tabelle 8.

[4]) Siehe Tabellen 1 und 2.

leistenden Beiträge, sowie die durch Veräusserung von alten Vorräten, durch Gebühren u. dgl. erzielten Einnahmen fliessen nicht in das Schatzamt, sondern werden direkt der Heeres- bezw. Marineverwaltung zur Deckung eines Teils der laufenden Ausgaben überwiesen. So wurden z. B. auf diese Weise 1898/99 von den Heeresausgaben 3 796 000 £, von den Marinekosten 1899/1900 1 249 000 £ gedeckt, die in den Ziffern des Budgets nicht zum Ausdruck kommen.

Wie die unmittelbar vorausgegangenen Jahre, so begann auch das Rechnungsjahr 1899/1900 (am 1. April 1899) unter durchaus befriedigenden Aussichten. Noch kaum jemand in England dachte bereits damals an den bevorstehenden Krieg, der die Finanzen des Staats erschüttern sollte; und wenn auch nach dem Voranschlag für das genannte Jahr infolge der Zunahme der ordentlichen Ausgaben um 6 098 000 £ ein Defizit von 2 640 000 £[1]) zu erwarten war, so konnte doch berechtigterweise gehofft werden, dass das Fortschreiten der wirtschaftlichen Konjunktur zu einer weiteren Hebung der Kaufkraft der grossen Masse des Volkes führen und diese ihrerseits die Staatseinnahmen in erhöhtem Masse günstig beeinflussen würde. Um aber dem voraussichtlichen Fehlbetrag zu begegnen und ausserdem noch einen kleinen Ueberschuss zu erhalten, wurden, dem Antrag des Schatzkanzlers entsprechend, die Ausgaben durch Herabsetzung des jährlichen Schuldendienstes von 25 000 000 £ auf 23 000 000 £ um 2 000 000 £ gekürzt, die Einnahmen dagegen durch Erhöhung des Weinzolls[2]) und einiger Stempelsteuern um 870 000 £ erhöht. Nach dem

---

[1]) Siehe Tabellen 4 und 15.

[2]) Der Weinzoll wurde wie folgt erhöht:

Wein bis zu 30° proof-spirit-Gehalt von 1 s auf 1 s 3 d per Gallone;

Wein über 30° und unter 42° proof-spirit-Gehalt von 2 s 6 d auf 3 s per Gallone;

Zuschlagssteuer auf Schaumweine in Flaschen von 2 s auf 2 s 6 d per Gallone;

Zuschlagssteuer auf stille Weine in Flaschen 1 s per Gallone, neu eingeführt.

Der Ertrag der Mehrbelastung des Weins wurde auf 420 000 £ geschätzt.

definitiven Wirtschaftsplan für das Jahr 1899/1900 stellten sich alsdann die Einnahmen auf 111 157 000 £, die Ausgaben auf 110 927 000 £, so dass sich zur Bestreitung unvorhergesehener Ausgaben noch ein Saldo von 230 000 £[1]) ergab.

Das Guthaben des Schatzamts bei den Banken von England und Irland am 31. März 1899 (the Exchequer Balances) betrug 8 919 000 £.

---

[1]) Siehe Tabelle 9.

Zweiter Abschnitt

Die erste Kriegsforderung

Durch den plötzlichen Ausbruch des Krieges wurden die Engländer zunächst in nicht geringe Verlegenheit gesetzt. Obwohl bereits Ende September die Mobilmachung eines Armeekorps für Südafrika anbefohlen wurde, waren die nötigen Vorbereitungen für den Krieg Mitte Oktober noch lange nicht beendigt. Bei der Schwerfälligkeit der englischen Mobilmachung, der langen Seereise und den weiten Landmärschen nahm die Konzentration des englischen Kriegsheeres in Südafrika ungewöhnlich viel Zeit in Anspruch. Dies sollte aus rund 47000 Mann (6000 Mann Kavallerie, 32000 Mann Infanterie, 9000 Mann Etappentruppen), 11000 Pferden, 14000 Maultieren, 114 Kanonen und 2650 Fahrzeugen verschiedener Art bestehen. Erst um die Mitte des Monats November erreichte das Gros der englischen Truppen den Kriegsschauplatz, und England konnte daher bis dahin den Buren nur etwa 12000 Mann, die zum Teil dauernd in Südafrika stationiert, zum Teil kurz vor Beginn des Krieges aus Indien und England dorthin befördert worden waren, entgegenstellen.

Der Ausbruch des Krieges machte vor allem die Einberufung der Reserve erforderlich. Aus diesem Grunde und zum Zwecke der Bewilligung der für die Kriegsführung nötigen Geldmittel musste das englische Parlament zu einer ausserordentlichen Session zusammenberufen werden. Am 17. Oktober 1899, also sechs Tage nach Beginn des Krieges, erfolgte die Eröffnung beider Häuser.

Der durch den energischen Ton und Inhalt des Ultimatums aufs höchste gesteigerten leidenschaftlichen Kriegsbegeisterung des englischen Volkes entsprach die Haltung der Opposition im Parlament. Sowohl im Unterhause als auch im

Oberhause gaben die Führer der liberalen Partei, jedoch unter ausdrücklicher Ablehnung jeglicher Verantwortung für die von der Regierung eingeschlagene Politik, das Versprechen, die Regierung bei der raschen und wirksamen Durchführung des Krieges tatkräftig zu unterstützen. Nur die irischen Nationalisten und einige Radikale waren von Anfang an prinzipiell gegen den Krieg.

So wurde denn die erste Kriegsforderung in Höhe von 10 000 000 £[1]), welche der Kriegsminister am 20. Oktober 1899 im Namen der Regierung zum Zwecke der Deckung der Kriegskosten bis zum 31. März 1900 im Unterhause einbrachte, mit erdrückender Mehrheit mit 271 gegen 32 Stimmen bewilligt.

Es erhebt sich nun für uns die wichtige Frage: Wie sollten diese 10 000 000 £ beschafft werden?

Wie bereits oben erwähnt, standen dem Schatzkanzler auf Grund des Voranschlags 230 000 £ zur Bestreitung unvorhergesehener Ausgaben zur Verfügung. Allein schon im Monat Juli war eine Nachtragsforderung von 278 000 £ vom Parlament genehmigt worden, und der im ganzen noch zu deckende Betrag stellte sich daher auf 10 048 000 £.

Auf der anderen Seite aber zeigten die Staatseinnahmen während der ersten sechs Monate des Finanzjahrs infolge des Andauerns der wirtschaftlichen Hochkonjunktur eine über alle Erwartung günstige Entwicklung. Bereits am 23. Oktober 1899 konnte Sir Michael Hicks Beach für das ganze Jahr einen Nettoüberschuss von 3 000 000 £ mit ziemlicher Bestimmtheit in Aussicht stellen. Es genügte daher, in der Annahme, dass sich diese Erwartung erfüllen würde, zunächst nur für 7 048 000 £ neue Deckungsmittel zu beschaffen. Dementsprechend beantragte der Finanzminister, der in dem voraussichtlichen Ueberschuss einen sehr beträchtlichen Beitrag der bestehenden Steuern zu dem Kriegsaufwand erblickte, zur Bestreitung der Kriegskosten einen Kredit bis zu 8 000 000 £ durch Ausgabe von Treasury Bills in Anspruch nehmen zu dürfen. Diese Schatzanweisungen sollten indessen nicht dauernd, sondern nur

[1]) Siehe Tabelle 10.

vorübergehend der schwebenden Schuld hinzugefügt werden, und es wurde daher die Frage aufgeworfen, ob nicht das Parlament gleichzeitig über deren Rückzahlung Bestimmungen treffen solle. „Es ist dies eine Frage," führte Sir Michael Hicks Beach aus, „die, wenn zu Beginn eines Finanzjahres gestellt, nur eine Antwort erhalten könnte. Hätten wir im vergangenen April gewusst, dass wir 10000000 £ für einen Krieg in Südafrika beschaffen müssten, dann hätte ich mich für verpflichtet gefühlt, sie aus den Jahreseinnahmen zu decken. Die Frage nimmt jedoch eine ganz andere Gestalt an, wenn sie fünf Monate vor Schluss des Finanzjahres aufgeworfen wird. Ich bin überzeugt, selbst Gladstone würde zugeben, dass es unter solchen Umständen praktisch unmöglich ist, einen ähnlich hohen Betrag aus den Einnahmequellen des laufenden Jahres zu gewinnen. Warum ist es unmöglich? Weil man, wenn das Finanzjahr in fünf Monaten zu Ende geht, in Bezug auf Einführung neuer Kriegssteuern völlig beschränkt ist. Dies sind natürlich vorübergehende Ausgaben, die durch ausserordentliche Steuern gedeckt werden sollten; aber wer wollte daran denken, jetzt noch eine neue indirekte Steuer einzuführen? Eine solche Steuer würde dem Handel und Verkehr weit mehr Schaden zufügen, als dass dieser durch irgend welche durch die Steuern erzielten Mehreinnahmen aufgewogen werden könnte. Angenommen, wir wollten Zuschlagssteuern von einigen bereits bestehenden indirekten Steuern erheben, was würde eintreten? Die an den höher besteuerten Artikeln interessierten Händler würden offenbar ihre Warenvorräte für die Zeit der Erhebung der vorübergehenden Zuschlagssteuer möglichst einschränken und es sorgfältigst unterlassen, weitere Artikel aus dem Zollverschluss zu entnehmen. Das Schatzamt würde in diesem Falle für den Rest des Jahres, beziehungsweise für die Dauer der Erhebung der Zuschlagssteuer sehr wenig, wenn überhaupt etwas von der Steuererhöhung erhalten, ja sogar wahrscheinlich viel von dem ursprünglichen Steuerertrag einbüssen. Dieselben Erwägungen haben bereits früher unter ähnlichen Verhältnissen Berücksichtigung gefunden. Als im Jahre 1867 Lord Beaconsfield die unvorhergesehenen Ausgaben des abessinischen Kriegs und

1884 Gladstone die Kosten des Bechuana- und Sudanfeldzugs zu decken hatte, wurden allerdings Kriegssteuern eingeführt, aber beide Mal schritt man nur zu einer Erhöhung der Einkommensteuer um 1 d. Bezüglich der Einkommensteuer ist jedoch eines zu beachten. Die Einkommensteuer ist allerdings ihrem Wesen nach eine Kriegssteuer. Sie ist stets als eine solche betrachtet worden, aus dem einfachen Grunde, weil sie leichter als jede andere Steuer ohne Störung für den Handel und Verkehr erhöht und erniedrigt werden kann. 1867 und 1884 wurde aber die Einkommensteuer nur zu einem Satze von 4 bezw. 5 d per £ erhoben. Heute dagegen steht die Einkommensteuer auf 8 d. Wollte ich nun jetzt die Einkommensteuer um 1 d erhöhen und diese Zuschlagssteuer allein in Vorschlag bringen, dann hätte meines Erachtens der Einkommensteuerzahler gerechten Grund, sich zu beklagen. Liegt nun ein solch dringender Fall vor, der diesen Schritt rechtfertigen würde? Dieser Krieg unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von den anderen Kriegen, welche England bisher geführt hat. Vor allem ist, wie ich hoffe, der Voranschlag sorgfältiger und genauer aufgestellt worden, als dies bei einigen früheren Feldzügen der Fall war. Selbstverständlich kann der geschätzte Betrag überschritten werden, aber sicherlich ist er mit der grösstmöglichen (utmost possible) Genauigkeit und Sorgfalt berechnet worden. Bis jetzt ist der Krieg gut verlaufen, und wenn auch die Tageszeitungen einiges enthalten, das zur Beunruhigung Anlass geben könnte, so müssen wir uns doch erinnern, dass mit jedem Tag der Zeitpunkt näher heranrückt, wo England in Südafrika eine erdrückende Truppenmacht besitzen wird. Ich sehe durchaus keinen Grund, der befürchten liesse, dass der Krieg nicht innerhalb des Zeitraums, auf welchen sich die Schätzungen beziehen, erfolgreich zu Ende gebracht werden könnte.

„Der Hauptunterschied zwischen dem jetzigen Krieg und den früheren Feldzügen beruht jedoch nicht so sehr auf der genaueren Aufstellung des Voranschlags als vielmehr auf folgender Erwägung. Bei Eröffnung des abessinischen Krieges und des Sudanfeldzuges hat wohl niemand darüber im Zweifel sein können, dass England selbst sämtliche Kosten dieser

Kriege werde tragen müssen. Bei dem Kriege in Südafrika dagegen ist es keineswegs sicher, dass dem englischen Volke der ganze Betrag der Kriegskosten zur Last fallen wird. Unsere Kolonien sind von den Buren überfallen worden, und es ist daher nur gerecht, wenn nach glücklicher Beendigung des Krieges den Steuerzahlern in Transvaal ein Teil der Kriegskosten auferlegt wird. Transvaal ist durch seinen Besitz an Gold ein reiches Land. Allerdings haben sich die Goldmineninteressenten hauptsächlich auch über eine übermässige Besteuerung beklagt, aber ich glaube, auf Grund zuverlässiger Mitteilungen, dass unter einer lauteren und redlichen Regierung Transvaal vollkommen im stande sein wird, nicht nur die ordentlichen Verwaltungsausgaben zu bestreiten und für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung im Innern zu sorgen, sondern auch bei gleichzeitiger Erleichterung der auf den Goldminen ruhenden Steuerlast einen angemessenen Beitrag zu den Kriegskosten zu leisten.

„Aber selbst wenn meine Erwartungen sich nicht erfüllen sollten, wenn sich der Krieg in die Länge ziehen und die 10 000 000 £ nur einen Teil der Kriegskosten bilden sollten, würde noch aus einem weiteren Grunde die Frage der Rückzahlung der aufzunehmenden Kriegsschuld besser erst bei Vorlegung des nächsten Budgets erörtert werden. Da es jetzt unmöglich wäre, eine Kriegssteuer einzuführen, welche alle Steuerzahler in gleichem Masse träfe, so würde ein diesbezüglicher Vorschlag der Regierung im Parlament nur Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, die Debatten hinausziehen und möglicherweise zu Uneinigkeiten Anlass geben, die ausserhalb desselben missverstanden werden könnten. Obgleich ich als Schatzkanzler ebenso wie jeder meiner Vorgänger auf finanzielle Erwägungen besonderes Gewicht lege, so habe ich doch als Minister der Krone noch höhere Pflichten zu erfüllen, und ich will daher bei der gegenwärtigen Krisis nicht einen Weg einschlagen, der das Parlament daran verhindern könnte, in Bezug auf den Krieg der Welt eine einige Front zu zeigen."

Diese Ausführungen des Schatzkanzlers sind vor allem äusserst charakteristisch für die optimistischen Erwartungen, welche die britische Regierung zu Beginn des Krieges in Be-

zug auf dessen Verlauf hegte. Sie glaubte, und mit ihr die grosse Mehrheit des englischen Volkes, dass der Krieg in einigen Monaten zu Gunsten Englands entschieden sein würde. Wollte doch General Buller, der zum Oberkommandierenden des englischen Heeres in Südafrika ernannt worden war, das Weihnachtsfest mit seinen Truppen als Sieger in Pretoria feiern! Von diesem Gesichtspunkt aus ist es begreiflich, dass die Einführung einer Kriegssteuer, zumal bei der glänzenden Finanzlage und bei der Hoffnung, nach Beendigung des Kriegs von Transvaal eine Kriegsentschädigung zu erhalten, ganz abgesehen von den fiskalischen und politischen Bedenken, die sich dagegen geltend machen liessen, nicht als dringend notwendig erschien.

So wurde denn auch der geforderte Kredit mit grosser Mehrheit, mit 336 gegen 28 (davon 27 irische) Stimmen, bewilligt.

Es wurden jedoch nicht sämtliche 8000000 £ auf einmal begeben. Die unmittelbaren Bedürfnisse des Kriegsministeriums konnten durch die Mittel, über welche der Finanzminister bereits verfügte, hinreichend befriedigt werden. Nach dem Ausweis vom 7. Oktober 1899 betrug das Guthaben des Schatzamts bei den Banken von England und Irland 2599294 £. Erst am 15. November 1899 erfolgte die Emission der ersten Rate der neuen Treasury Bills in Höhe von 3000000 £. 2000000 £ wurden mit einer Umlaufszeit von sechs Monaten, 1000000 £ mit einer solchen von zwölf Monaten ausgegeben; für erstere mussten durchschnittlich 3 £ 18 s 3 d, für letztere 3 £ 5 s 6 d für das Hundert jährliche Zinsen gewährt werden. Der Geldmarkt wurde durch die Ausgabe dieser Schatzanweisungen nur in geringem Masse in Anspruch genommen: einen grossen Teil derselben übernahmen Sparkassen und andere öffentliche Institute und auch die japanische Regierung benützte die Gelegenheit, einen Teil ihres damaligen Guthabens bei der Bank von England in Schatzanweisungen anzulegen.

Dritter Abschnitt

Die zweite Kriegsforderung und das erste Kriegsbudget

Nur zu bald sollte sich die englische Regierung in ihren überschwenglichen Hoffnungen getäuscht sehen und erfahren, wie gründlich sie die Widerstandskraft ihrer Gegner verkannt hatte.

Die Buren eröffneten den Krieg unter für sie günstigen Umständen. Vor dem Eintreffen des Bullerschen Armeekorps in Südafrika waren sie den englischen Streitkräften an Zahl weit überlegen. Sie blieben daher während der ersten Zeit des Krieges nicht nur siegreich, sondern es gelang ihnen sogar, die Hauptmasse der feindlichen Truppenteile in Ladysmith, Kimberley und Mafeking einzuschliessen und operationsunfähig zu machen. Die erste Aufgabe des englischen Heeres nach seiner Ankunft auf dem Kriegsschauplatz war, die vom Feinde belagerten Städte zu entsetzen. General Buller selbst marschierte gegen Ladysmith. General Lord Methuen wurde mit dem Entsatz von Kimberley betraut, und General Gatacre erhielt den Auftrag, die Buren aus dem Norden der Kapkolonie zu vertreiben. Mitte Dezember 1899 kam es zur Entscheidung. Sämtliche drei Generale erlitten kurz nacheinander drei grosse Niederlagen, die für den weiteren Verlauf des Krieges von folgenschwerer Bedeutung waren.

Von einem Hissen der englischen Flagge in Pretoria am Weihnachtstage konnte jetzt keine Rede mehr sein.

Die Nachricht von den Misserfolgen der britischen Generale machte in England zwar einen tiefen und schmerzlichen, aber keineswegs entmutigenden Eindruck.

Das Kriegsministerium in London machte vielmehr gewaltige Anstrengungen, um die Waffenehre des englischen

Heeres wieder herzustellen und den Krieg für England schliesslich doch siegreich zu Ende zu bringen.

An Stelle des Generals Buller wurde Generalfeldmarschall Lord Roberts an die Spitze der Armee in Südafrika berufen, und Lord Kitchener wurde zu seinem Generalstabschef ernannt.

Vor allem aber mussten zur Verstärkung des Kriegsheeres neue Reservetruppen einberufen werden, und natürlich erwiesen sich auch die 10000000 £ für die Fortführung des Kriegs als völlig unzureichend.

Am 12. Februar 1900 sah sich die Regierung genötigt, eine weitere Nachtragsforderung von 13000000 £ [1]) zur Bestreitung der Kriegskosten bis zum Schlusse des Finanzjahrs im Unterhause einzubringen.

Wiederum fast einstimmig mit 213 gegen 32 (29 irische) Stimmen wurde dieser Betrag vom Unterhause bewilligt.

Zunächst standen dem Schatzkanzler für die Deckung der laufenden Ausgaben noch hinreichend Mittel zur Verfügung, jedoch bereits am 5. März, also nahezu einen Monat vor Ablauf des Rechnungsjahres, war er gezwungen, dem Parlament ein provisorisches Budget, sein erstes Kriegsbudget, vorzulegen.

Bevor wir indessen auf dieses provisorische Budget näher eingehen, wollen wir zuerst noch einen kurzen Blick werfen auf die in der Zwischenzeit auf dem Kriegsschauplatz eingetretenen Ereignisse.

Nach der Ankunft des neuen Oberkommandierenden in Südafrika wandte sich das Kriegsglück auf die Seite der Engländer.

Das erste Ziel, das Lord Roberts zu erreichen strebte, war, das schwer bedrängte Kimberley zu entsetzen. Dies gelang ohne grosse Schwierigkeit. Als das übermächtige englische Heer gegen Kimberley herannahte, zogen die Buren, welche es belagerten, ab, und am 15. Februar konnte General French, ohne auf Widerstand zu stossen, in die Stadt einrücken. Für das Schicksal der Buren weit bedeutsamer als der Entsatz von Kimberley war aber der zweite grössere Er-

---

[1]) Siehe Tabelle 11.

folg, welchen die Engländer am 27. Februar bei Paardeberg errangen. Hier zwang Lord Roberts den General Cronje mit etwa 4000 Mann nach heldenmütiger Verteidigung zur bedingungslosen Uebergabe. Diese für die Buren äusserst verlustreiche Niederlage blieb nicht ohne Einwirkung auf die Kriegslage im Süden und im Osten. Hier wie dort wichen die Buren vor der erdrückenden Uebermacht der englischen Heere langsam zurück. Am 28. Februar erfolgte der Entsatz von Ladysmith und am 13. März 1900 hielt Lord Roberts seinen Einzug in Bloemfontein.

Angesichts dieser für die Engländer äusserst günstigen Aussichten des Kriegs legte nun, wie bereits erwähnt, am 5. März 1900 der Schatzkanzler dem Parlament sein Budget vor.

Hauptsächlich drei Gründe gaben den Anlass zu der ungewohnt frühzeitigen Einbringung des Budgets.

Einmal hätten die laufenden Einnahmen und der nachträglich bewilligte Kredit von 8 000 000 £ bei weitem nicht ausgereicht, die Jahresausgaben völlig zu decken. Der Schatzkanzler hätte zu diesem Zweck noch vor Schluss des Finanzjahrs eines neuen Kredits bedurft. Mit aller Bestimmtheit war aber auch für das nächste Jahr ein Defizit zu erwarten, und es lag daher nicht bloss im Interesse des Fiskus, sondern auch in dem der Allgemeinheit, die Kreditbedürfnisse des Staats auf einmal zu befriedigen. Sodann sollte einer weiteren nachteiligen Beeinflussung der künftigen Staatseinnahmen durch vorzeitige Warenverzollungen, wie sie von einer Reihe von Grosshändlern zollpflichtiger Waren in Erwartung einer Zollerhöhung bereits in grösserem Umfang vorgenommen wurden, vorgebeugt werden; und endlich glaubte der Finanzminister angesichts der bedeutenden Höhe der neuen Kriegsforderungen aus politischen Gründen mit einer ausführlichen Darlegung der Finanzlage nicht länger zögern zu dürfen.

Nach dem provisorischen Ist-Budget des Jahres 1899/1900 stellten sich die Einnahmen auf 116 040 000 £[1]), die Ausgaben auf 133 810 000 £[2]), so dass sich ein Defizit von

[1]) Siehe Tabelle 12.
[2]) Siehe Tabelle 13.

17770000 £ ergab, von denen aber 8000000 £ vorübergehend durch Treasury Bills gedeckt waren. Den Voranschlag überstiegen die Einnahmen um 4883000 £, die Ausgaben um 22883000 £. Die erzielten Ersparnisse betrugen 1132000 £ und die Kriegsausgaben einschliesslich der Zinsen für die Schatzanweisungen beliefen sich auf 23270000 £.

Die unerwartet starke Zunahme der Staatseinnahmen legte ein bemerkenswertes Zeugnis ab von der aussergewöhnlichen Tätigkeit der englischen Industrie und dem ungeahnten Aufschwung des britischen Handels während des Jahres 1899. Von einer Reihe günstiger Jahre war das Jahr 1899 bei weitem das günstigste gewesen. Die Besserung, die auf fast allen Gebieten des Wirtschaftslebens in Grossbritannien eintrat, beruhte auf durchaus gesunder Basis. Wenn auch der Krieg zweifellos auf gewisse Industriezweige, wie beispielsweise auf die Eisen- und Kohlenindustrie und die Seeschiffahrt stimulierend einwirkte, so übte doch der Krieg im grossen ganzen auf die britische Volkswirtschaft eher einen hemmenden als fördernden Einfluss aus. Denn die Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise und der Frachtkosten zur See bedeutete für andere Industriezweige Erhöhung der Produktionskosten und war daher für diese von Nachteil. Ausserdem stellte der Krieg starke Anforderungen an den Geldmarkt und verschloss nicht nur wichtige Goldquellen, sondern machte sogar die Verschiffung von Gold nach Südafrika erforderlich. Nichtsdestoweniger stieg der Wert des britischen Aussenhandels auf eine nie zuvor erreichte Höhe[1]). Die Arbeitslöhne hatten sich bedeutend gehoben und die dadurch bewirkte Steigerung der Kaufkraft der unteren Volksklassen, die ihrerseits wieder zu einer Belebung des Handels führte, trat in den günstigen Ergebnissen der Staatseinnahmen deutlich in die Erscheinung.

Bei den Einnahmen aus den Zöllen und den inländischen Verbrauchsabgaben ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein wesentlicher Teil des Mehrertrags der oben erwähnten Vorversteuerung zu verdanken war. Die relativ grösste Zunahme wiesen die Einnahmen aus dem Teezoll und der Bier- und

---

[1]) Siehe Tabelle 14.

Branntweinsteuer auf. Nicht ganz so gut hielten sich der Tabak und der Wein. Beide entsprachen nicht in vollem Masse den gehegten Erwartungen.

Von den übrigen Einnahmequellen, die fast durchweg grössere Erträgnisse als im Vorjahre lieferten, verdienen die Erbschaftssteuern wegen der unverhältnismässig grossen Zunahme ihres Ertrags um 2150000 £ noch besonders hervorgehoben zu werden. Ein beträchtlicher Teil der Mehreinnahmen rührte zwar her von Vermögensmassen im Wert von unter 250000 £, aber in diesem Jahr kam der ungewöhnliche Fall vor, dass von dem Nachlassvermögen eines einzigen Mannes, eines in London lebenden Ausländers, die ungeheure Summe von 900000 £ (über 18000000 Mk.) als Erbschaftssteuern bezahlt werden musste.

Nach dem Voranschlag für das neue Jahr 1900/01 betrugen die ordentlichen Ausgaben 116035000 £[1]), die ausserordentlichen Ausgaben für den Krieg einschliesslich der Verzinsung der schwebenden Kriegsschuld 38047000 £.

Der ordentliche Staatsbedarf erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5108000 £, von denen auf Heer und Marine allein 4014000 £ entfielen.

Die Kriegskostenberechnung stützte sich auf die Annahme, dass die volle Kriegsstärke des englischen Heeres in Südafrika von mehr als 200000 Mann nur bis zum 30. September 1900 erforderlich sein würde. Nach diesem Termin hoffte die Regierung die Streitkräfte reduzieren zu können. Die Kosten für den Rücktransport der Truppen in die Heimat und für die Geschenke, welche die Krieger bei der Demobilisation nach Beendigung des Kriegs erhalten sollten, waren in den 38000000£ jedoch noch nicht enthalten.

Den Gesamtausgaben von 154082000 £ gegenüber wurden die Einnahmen auf 116900000 £[2]) veranschlagt. Das Soll-Budget schloss somit mit einem Fehlbetrag von 37182000 £. Zu diesem Kriegsdefizit kamen aber noch weitere 5000000 £ zur Verzinsung der neuaufzunehmenden Kriegsschuld und zur

---

[1]) Siehe Tabelle 15.

[2]) Siehe Tabelle 17.

Bestreitung sonstiger im Voranschlag nicht vorgesehener Kriegsausgaben hinzu, so dass sich der zu deckende Betrag einschliesslich des voraussichtlichen Gebarungsdefizits für das Jahr 1899/1900 auf rund 60 000 000 £ bezifferte.

Die Beschaffung sämtlicher 60 000 000 £ in einem Jahr durch Neueinführung von Steuern konnte natürlich sowohl aus finanzpolitischen als auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen nicht in Frage kommen. Andererseits aber erachtete der Finanzminister, in Erinnerung an die schweren Steueropfer des englischen Volkes während der Napoleonischen Kriege und während des Krimkriegs, die Deckung des ganzen Betrags durch Aufnahme einer Anleihe für umso unwürdiger Englands, als sich die Steuerkraft der britischen Steuerzahler inzwischen ganz bedeutend gehoben hatte.

So sollte denn wenigstens ein Teil der Kriegskosten durch Steuern aufgebracht werden.

In der Erwartung, dass das kostspieligste Stadium des Krieges bald vorüber sein würde, hielt es der Schatzkanzler nicht für angezeigt, wegen des vorübergehenden Kriegsbedarfs dauernde fiskalische Aenderungen zu treffen. Die Kriegssteuern sollten vielmehr soweit als möglich durch Zuschläge zu den bereits bestehenden direkten und indirekten Steuern erhoben werden. Dementsprechend sollten auf Antrag des Finanzministers

6 500 000 £	durch Erhöhung der Einkommensteuer von 8 d (3⅓%) auf 12 d (5%) per Pfund Sterling,
1 800 000 „	durch Erhöhung des Teezolls von 4 d auf 6 d per Pfund (bis 1. August 1901),
1 752 000 „	durch Erhöhung der Biersteuer um 1 s per Barrel [1]) (bis 1. August 1901),
1 015 000 „	durch Erhöhung der Branntweinsteuer um 6 d per Gallone [1]) (bis 1. August 1901),
1 100 000 „	durch Erhöhung der Tabaksteuer um 4 d per Pfund [1]) (bis 1. August 1901),
150 000 „	durch Ausdehnung des Schlussnotenstempels auf die Produktenbörsen [2]); zusammen
12 317 000 £	

durch Steuern zur Deckung der Kriegsausgaben beschafft werden.

[1]) Siehe Tabelle 18.

[2]) Dieser Antrag wurde am 19. März 1900 vom Schatzkanzler zurückgezogen.

Um nun zu vermeiden, dass auf der einen Seite Schulden getilgt werden, während auf der anderen Seite der Staat sich genötigt sieht, eine neue Anleihe aufzunehmen, machte Sir Michael Hicks Beach den weiteren Vorschlag, wie im Jahre 1885 die Kapitalrückzahlungen in Form der Sparkassen- und Gerichtshofannuitäten und den neuen Tilgungsfonds für das kommende Jahr aufzuheben, und den Fehlbetrag dadurch um weitere 4640000 £ auf 43000000 £ zu reduzieren.

Dieser Betrag war indessen noch immer zu gross, um völlig der kurzfristigen schwebenden Schuld hinzugefügt werden zu können. Andererseits aber war zu berücksichtigen, dass neue, den alten gleichgestellte Konsols vor 1923 nicht hätten gekündigt werden können[1]). Eine frühere Tilgung der Kriegsschuld, die schon mit Rücksicht auf die erhoffte Kriegsentschädigung ins Auge zu fassen war, wäre also in diesem Falle nur durch Rückkauf der Konsols ermöglicht worden. Bei steigendem Kurse derselben hätte somit dem augenblicklichen Gewinn, den der Fiskus durch günstigere Emissionsbedingungen zweifellos erzielt hätte, ein zukünftiger Verlust gegenübergestanden. Am zweckmässigsten erschien daher, von den erforderlichen 43000000 £ 13000000 £ durch Ausgabe von Treasury Bills (8000000 £ durch Erneuerung der bereits emittierten) und die übrigen 30000000 £ durch Begebung einer längstens innerhalb zehn Jahren zurückzubezahlenden Anleihe aufzunehmen.

Trotz der nicht unbedeutenden Steuerlast, welche das neue Budget dem englischen Volke auferlegte, begegnete es im Unterhause und auch ausserhalb desselben einer verhältnismässig günstigen Aufnahme. Sir William Harcourt sprach dem Schatzkanzler für seine gesunden Finanzgrundsätze, noch mehr aber für seinen politischen Mut, mit welchem er dieselben zum Ausdruck brachte, seine Anerkennung aus. Die siegesfreudige Stimmung, die damals in ganz England herrschte, versetzte das Parlament in die denkbar beste Gebelaune. Die in Vorschlag gebrachten Kriegssteuern und der gewünschte Kredit wurden unter Opposition der irischen Nationalisten mit

---

[1]) Siehe S. 7.

grossen Mehrheiten bewilligt. Die Erhöhung der Einkommensteuer galt gewissermassen als selbstverständlich. Der Antrag auf Erhöhung des Teezolls wurde mit 223 gegen 48 Stimmen, die Erhöhung der Branntweinsteuer mit 231 gegen 20; die der Biersteuer mit 215 gegen 18 und die des Tabakzolls mit 247 gegen 30 Stimmen vom Unterhause angenommen.

Alsbald nach der Bewilligung der Kriegsanleihe durch das Parlament erfolgte deren Begebung im Wege der öffentlichen Subskription. Der ganze Betrag von 30 000 000 £ wurde zum Kurse von 98½ % mit 2¾ % jährlichen Zinsen und rückzahlbar am 5. April 1910 zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Subskriptionsbedingungen waren leicht zu erfüllen. Bei der Anmeldung war eine Kaution von 3 % des gezeichneten Betrags zu entrichten. Die Einzahlungen auf den zugeteilten Betrag hatten in monatlichen Raten von 5½ %, 10 und 15 % bis zum 8. November 1900 zu erfolgen. Besonders günstig für die Zeichner stellte sich der verhältnismässig niedrige Begebungskurs. Er war um 2½ % niedriger bemessen, als der damalige Kurs der 2¾ %igen Konsols, die sich bekanntlich am 5. April 1903 in 2½ %ige verwandelten. Unter diesen Bedingungen errang die Anleihe einen glänzenden Erfolg. Der Nominalbetrag wurde mehr wie elffach überzeichnet. Die angemeldete Summe belief sich auf 335 500 000 £. Die Zahl der Zeichnungen betrug 39 800. 30 800 Zeichnungen bewegten sich zwischen 100 £ und 1000 £; 8360 zwischen 1100 £ und 100 000 £; 344 zwischen 100 000 £ und 1 000 000 £. Die grösste Einzelanmeldung bezifferte sich auf 10 000 000 £. Zeichner von 10 000 £ und darüber erhielten 6 %, die Zuschläge für die übrigen Zeichner bewegten sich zwischen 6 % und dem vollen Betrag. Die verschiedenen Einzahlungen auf die Anleihe stellten wiederholt starke Anforderungen an den englischen Geldmarkt; im allgemeinen bereitete aber die Aufbringung des Geldes bei dem ungeheuren Kapitalreichtum Englands keine allzugrosse Schwierigkeit[1]).

[1]) Es ist vielleicht nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit auf den Unterschied in der Bewertung des Staatskredits zwischen England und Deutschland hinzuweisen. In Bezug auf diesen Punkt führte die „Frankfurter Zeitung“ (Abendblatt) vom 10. März 1900 folgendes aus:

Am 6. April 1900, anlässlich der dritten Lesung des Finanzgesetzes, berichtete der Finanzminister dem Parlament über die endgültigen Ziffern des abgelaufenen Finanzjahrs.

Während sich die tatsächlichen Ausgaben gegenüber dem provisorischen Ist-Budget um 88000 £[1]) verringerten, wiesen die Einnahmen in 28 Tagen eine unerwartete Steigerung von nicht weniger als 3800000 £[2]) auf. Das Gebarungsdefizit für das Jahr 1899/1900 reduzierte sich dadurch von 17770000 £ auf 13882000 £. Von dem Kriegsaufwand von 23217000 £ wurden also 9335000 £ aus den laufenden Einnahmen (ohne Steuererhöhung!) gedeckt.

Der weitaus grösste Teil der Mehreinnahmen war natürlich der vorzeitigen Versteuerung einer grossen Menge steuerpflichtiger Waren vor Einführung der Kriegssteuern zu verdanken. So stark war der Andrang zu den Zollämtern nach der

---

„Während in Deutschland die Emission eines verhältnismässig kleinen Betrags von 42 Millionen Mark 3½% Bayern das ganze Kursniveau der deutschen Anleihen herabdrücken konnte, ist in England die Ankündigung, dass demnächst eine neue Anleihe von 30000000 £ herauskommen würde, mit wahrer Begeisterung aufgenommen worden, und noch bevor die Bedingungen der neuen Emission bekannt geworden waren, hat man an der Londoner Börse ihr bereits ein Agio zugebilligt. Die Befriedigung über die neue Anleihe hat allerdings ihren besonderen Grund. Man hatte in London befürchtet, dass die Kriegskosten durch Ausgabe von Konsols gedeckt werden sollten, deren Markt durch das alsdann hervorgekommene neue Material vielleicht auf längere Zeit gedrückt worden wäre. Das sucht der englische Schatzkanzler zu vermeiden, indem er anstatt der Konsols eine innerhalb zehn Jahren rückzahlbare Anleihe ausgeben wird, wobei er in Aussicht stellt, dass diese Anleihe ganz oder teilweise aus der den Burenrepubliken nach Beendigung des Krieges, die er natürlich zu Gunsten Englands voraussieht, aufzuerlegenden Entschädigung zurückgezahlt werden soll. Welcher Unterschied in der Bewertung des Staatskredits zwischen England und Deutschland gegenwärtig besteht, lässt sich daran erkennen, dass die neue 2¾% englische Anleihe zu 98½% aufgelegt worden ist, während der Zeichnungspreis der neuen 3½% Bayern auf 93½% festgesetzt wurde. Durch die günstige Aufnahme, welche das neue Anleiheprojekt der englischen Regierung fand, wurde die Londoner Börse während der ganzen Woche in günstige Stimmung versetzt."

[1]) Siehe Tabellen 13 und 16.

[2]) Siehe Tabellen 4 und 12.

Ankündigung der Einbringung des Budgets am 3. März, dass die Zolleinnahmen am 3. und 5. März den entsprechenden Betrag des Vorjahrs um 1975000 £ überstiegen. Vom 1. bis 5. März betrug der Ueberschuss der Einnahmen aus der Branntweinsteuer über die des letzten Jahres 1473000 £.

Der unrechtmässige Gewinn, der sich auf diese Weise für das Jahr 1899/1900 ergab, bedeutete naturgemäss für das kommende Jahr Verlust und blieb daher nicht ohne Einfluss auf den Voranschlag. Die Einnahmen für das Jahr 1900/1901 wurden nun um 1697000 £ niedriger, auf 127520000 £ veranschlagt. Dagegen erhöhten sich die Ausgaben um die Zinsen der neuen Kriegsschuld, um 619000 £, auf 150061000 £, so dass sich das budgetmässige Defizit für das Jahr 1900/1901 auf 22541000 £ bezifferte[1]).

Auf Grund der rektifizierten Budgets waren also im ganzen 36423000 £ zu decken.

Zu diesem Zweck verfügte der Schatzkanzler über den Erlös der Kriegsanleihe von 29550000 £, und ausserdem über einen Kredit von 13000000 £ zur Erneuerung bezw. Neuaufnahme von Treasury Bills.

Die fundierte Staatsschuld hatte sich während des Jahres 1899/1900 um 30579000 £ vermindert. Dafür wurden allerdings für 28004000 £ neue Zeitrenten und für 1044000 £ neue Leibrenten geschaffen. Zu Beginn des Finanzjahrs 1900/1901 belief sie sich auf 552607000 £[2]).

Durch den Krieg hatte sich dagegen die unfundierte Schuld von 8133000 £ auf 16133000 £[3]) erhöht.

Der Kapitalwert der Annuitäten wurde am 31. März 1900 auf 60239000 £[4]) gegen 36243000 £ des Vorjahrs berechnet.

---

[1]) Siehe Tabelle 19.
[2]) Siehe Tabellen 20 und 21.
[3]) Siehe Tabelle 22.
[4]) Siehe Tabelle 21.

Vierter Abschnitt

Die vierte Kriegsforderung

Als das kurz vor der Einnahme von Bloemfontein von den beiden Präsidenten der Südafrikanischen Republiken an die britische Regierung gerichtete Friedensanerbieten von dieser rundweg abgelehnt worden und auch die Anrufung der Intervention der Grossmächte ergebnislos geblieben war, war ein grosser Teil der Buren trotz der geringen Aussicht auf Erfolg noch immer fest entschlossen, zur Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit den Krieg bis aufs äusserste fortzusetzen.

Lord Roberts drang indessen zunächst immer weiter vor. Am 18. Mai erfolgte die Aufhebung der Belagerung von Mafeking, am 31. Mai wurde Johannesburg besetzt und am 5. Juni 1900 fiel die Hauptstadt Transvaals, Pretoria, ohne einen Schwertstreich in die Hände der englischen Armee. In den folgenden Monaten Juli und August erlitten dann die Buren noch weitere Niederlagen, und am 20. September erklärte Lord Roberts „that the war was practically over". Triumphierend berichtete er nach London, „von dem Burenheere sind nur noch wenige herumstreichende Banden vorhanden, meist fremde Söldner".

Nachdem so der Widerstand der Buren gebrochen schien, hielt sich die Regierung für berechtigt, das Parlament um die Bewilligung der im Voranschlag noch nicht enthaltenen Liquidationskosten des Krieges zu bitten. Dementsprechend brachte sie kurz vor Schluss der Session am 27. Juli eine Nachtragsforderung von 11 500 000 £[1]) im Unterhause ein. Davon waren jedoch nur 7 440 000 £ für den Krieg in Südafrika bestimmt, 3 000 000 £ waren für die militärischen Operationen in China vorgesehen, und der Rest sollte zu sonstigen Heereszwecken Verwendung finden. Ausser diesen

[1]) Siehe Tabelle 23.

11 500 000 £ waren aber bereits 1 250 000 £ für die Marine und 200 000 £ für den Aschantifeldzug nachträglich bewilligt worden, so dass sich die Sollausgaben seit Beginn des Finanzjahres im ganzen um rund 13 000 000 £ erhöhten.

Nun verfügte der Schatzkanzler zur Deckung dieses Betrags noch über einen Kredit von 6 000 000 £, allein wegen der Unsicherheit bezüglich der Höhe der Kosten der Chinaexpedition und zum Zwecke der Verringerung der Bankverbindlichkeiten des Schatzamts bat er, den zu bewilligenden neuen Kredit auf 13 000 000 £ auszudehnen, und über diese Summe nach freiem Ermessen durch Aufnahme einer Kriegsanleihe oder durch Begebung von Treasury Bills oder durch Ausgabe von Exchequer Bonds verfügen zu dürfen.

Ohne auf irgend welchen bemerkenswerten Widerstand zu stossen, wurde dieser Antrag vom Unterhause angenommen.

Von dem neubewilligten Kredit wurden bereits im August 1900 10 000 000 £ durch Ausgabe von 3%igen, am 7. August 1903 rückzahlbaren Exchequer Bonds zum Kurse von 98 % flüssig gemacht.

Die Art der Begebung dieser Bonds erregte in England zum Teil grosse Unzufriedenheit [1]). Der Schatzkanzler ver-

[1]) Eine ähnliche Verstimmung herrschte damals in Deutschland, als die deutsche Reichsfinanzverwaltung bei der ersten Gelegenheit eines unvorhergesehenen ausserordentlichen Bedarfs ebenfalls nach Amerika ging, um dort eine Anleihe von 80 000 000 Mark zur Deckung der Kosten der Chinaexpedition aufzunehmen. „Ist der Gang nach Amerika," schrieb damals der inzwischen verstorbene Bankdirektor Dr. von Siemens, „überhaupt als ein bedauerlicher Missgriff zu bezeichnen, so gilt dies erst recht von den Bedingungen, welche das Deutsche Reich sich gefallen liess. Die amerikanischen Staatspapiere werfen nicht mehr als 3% Zinsen ab, und 4%ige Obligationen amerikanischer Eisenbahnen, welche oftmals notleidend werden, bezahlen wir in Deutschland jetzt noch erheblich über pari. Das Deutsche Reich aber hat für 4%ige Schatzscheine, welche nach 4 bis 5 Jahren al pari zurückgezahlt werden, nur 98% empfangen, es zahlt also effektiv 4½% Zinsen in Amerika, d. h. mehr als anderthalb mal die Zinsen, welche die amerikanischen Staatspapiere einbringen! Wenn die Reichsfinanzverwaltung diese 4%igen vierjährigen Schatzscheine zu 101% in Deutschland zum Verkauf gestellt hätte (eventuell direkte Subskription bei den Reichsbankstellen), so hätte sie die 80 000 000 Mark sofort erhalten, für 4%ige Wertpapiere hätte sie auch einen höheren Preis erzielen können.

fuhr dabei nämlich, mit Rücksicht auf die damals auf dem englischen Geldmarkt herrschende Geldknappheit und in Anbetracht des ausserordentlich niedrigen Standes der Notenreserve der Bank von England, in der Weise, dass er 5 000 000 £ einem englisch-amerikanischen Bankkonsortium fest und nur den Rest den englischen Kapitalisten zur öffentlichen Subskription überliess. Diese Massnahme des Schatzkanzlers in Verbindung mit der Erhöhung des Preises für auswärtige Goldmünzen und der Gewährung grosser zinsfreier Darlehen zur Heranziehung ausländischen Goldes seitens der Bank von England, nachdem diese bereits am 19. Juli ihren Diskontsatz von 3% auf 4% erhöht hatte, führte tatsächlich zu einer wesentlichen Stärkung des Status der Bank [1]). Aber trotz dieser günstigen Wirkung wurde Sir Michael Hicks Beach wegen seines Abkommens mit den New Yorker Banken im Parlament und in der Presse heftig angegriffen. Denn, nachdem England die bisherigen gewaltigen Kosten des südafrikanischen Krieges aus eigener Kraft hatte aufbringen können, empfand man es als demütigend, wegen 10 000 000 £ Schatzscheinen fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen. Man befürchtete, es könnte dadurch im Ausland der Glaube erweckt werden, dass England nicht bloss militärisch, sondern auch finanziell durch den Krieg in hohem Masse geschwächt worden sei.

Nichtsdestoweniger wurden die zur Subskription aufgelegten 5 000 000 £ mit grosser Leichtigkeit untergebracht. Sehr bald, nachdem der Betrag mehrfach überzeichnet war, wurde die Liste geschlossen. Bei der Einreichung der Anmeldungen war eine Kaution von 5 % zu hinterlegen. Die übrigen Einzahlungen hatten in vier monatlichen Raten von 20, 25 und 23 % bis zum November 1900 zu erfolgen.

Unser Staatsanleihewesen im Reich und in Preussen steht nicht auf der Höhe, auf der es stehen sollte!“ („Deutscher Oekonomist“ vom 6. Oktober 1900).

[1]) In der Zeit vom 8. August bis 29. August 1900 hatte sich die Notenreserve der Bank von England von 17 621 000 £ auf 23 335 495 £ erhöht. Der Privatdiskontsatz war in derselben Zeit von $4^1/_{16}$ (dreimonatliche Wechsel) auf $3^{13}/_{16}$ zurückgegangen.

Fünfter Abschnitt

Die Auflösung des englischen Parlaments und die fünfte Kriegsforderung

Unter dem begeisternden Eindruck, welchen die Siege des Lord Roberts, die schliesslich zur Annexion der beiden Südafrikanischen Republiken führten, in England hervorriefen, glaubte die englische Regierung gegen Ende September des Jahres 1900 den richtigen Zeitpunkt für gekommen, den vom Kolonialminister Chamberlain schon längst gehegten Plan der Auflösung des Parlaments zur Durchführung zu bringen und eine sogenannte Khakiwahl ins Werk zu setzen. In dieser ihrer Auffassung wurde sie noch dadurch bestärkt, dass Präsident Krüger durch seine Flucht nach Lourenzo Marques den Anschein erweckte, als ob er die Sache der Buren für verloren hielte.

Die Auflösung des Parlaments erfolgte indessen zu einer Jahreszeit und unter Umständen, die für Grossbritannien ganz ungewöhnlich waren. Die Legislaturperiode des alten Parlaments wäre nämlich erst im Jahre 1902 zu Ende gegangen, und noch immer verfügte die Regierung über eine ausserordentlich grosse parlamentarische Mehrheit, wenn dieselbe auch gegenüber der Majorität, welche sie bei den Wahlen im Jahre 1895 erzielt hatte, inzwischen von 152 auf 130 zurückgegangen war. Dazu kam noch, dass die an Zahl schwache Opposition, der es an einer einheitlichen Leitung gänzlich fehlte, umso weniger zu fürchten war, als die einflussreichsten Führer der liberalen Partei sich zu Gunsten der Annexion ausgesprochen hatten, und als die von der Regierung in Bezug auf Südafrika eingeschlagene Politik im Lande selbst bisher auf keinen lebhaften Widerstand gestossen war.

Offenbar sollte die durch die Niederwerfung der Buren hervorgerufene Begeisterung dazu benützt werden, der Regierung ein ganz besonderes „Vertrauensvotum“ zu verschaffen.

Indessen, aus dem allgemeinen Ergebnis der Wahlen ging deutlich hervor, dass der Krieg und das Khaki an Interesse bereits bedeutend eingebüsst hatten, und die Wahlen nicht von dem Krieg in Südafrika allein, sondern auch von Fragen der inneren Politik beherrscht waren.

In Bezug auf die Stärke der Parteien im Parlament trat nämlich keine wesentliche Aenderung ein. Nur um einige wenige Sitze hatte sich die Majorität der Regierung verstärkt, so dass das Wahlresultat wohl kaum völlig den Wünschen entsprochen haben dürfte, welche die massgebenden Persönlichkeiten im Ministerium vor der Auflösung hegten.

Allerdings zeigte sich, dass die imperialistische Strömung im Volke zugenommen hatte; denn gerade diejenigen Männer, welche sich offen als entschiedene Gegner des Krieges bekannt hatten, wurden nicht wieder gewählt. Sodann erhielten diejenigen Kandidaten, welche nicht für die Annexion eintraten, eine verminderte Mehrheit, und viele Liberale gingen aus der Wahl anscheinend nur deshalb siegreich hervor, weil sie sich zuvor zu Gunsten des Imperialismus ausgesprochen hatten.

Nach den Neuwahlen bestand die ministerielle Partei aus 333 Konservativen und 68 Unionisten, die Opposition aus 187 Liberalen und 82 Nationalisten[1]).

Welches nun auch immer die Gründe gewesen sein mögen, die die verantwortlichen Minister dazu bewogen, unter den damaligen Verhältnissen zu einer Auflösung des Parlaments zu schreiten, das Endergebnis der Wahlen war, dass das englische Volk in seiner grossen Mehrheit der alten Regierung aufs neue das Vertrauen schenkte, und diese sich nunmehr darauf berufen konnte, bei der Durchführung ihrer südafrikanischen Politik den grössten Teil des Volkes auf ihrer Seite zu haben.

---

[1]) Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1900.

Nach den Wahlen fanden zunächst einige Personalveränderungen im Ministerium statt.

So übernahm u. a. der bisherige Kriegsminister Lord Lansdowne, der während des vergangenen Jahres im Parlament und in der Presse wegen der ungenügenden Vorbereitungen zum Krieg aufs schärfste angegriffen worden war, das Auswärtige Amt, das bis dahin Lord Salisbury bekleidet hatte; Lord Lansdowne wurde durch Brodrick, den bisherigen Unterstaatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten, ersetzt.

Zum zweiten Male sollte nun die englische Regierung in Bezug auf die Dauer des Krieges in Südafrika eine gründliche Enttäuschung erfahren.

Als sie im Juli 1900 das Parlament um die Bewilligung der Liquidationskosten des Krieges bat, nahm die Regierung an, dass die normale Kriegsstärke des Heeres in Südafrika von etwa 230 000 Mann vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1900 auf die Hälfte und für das letzte Quartal des Finanzjahres auf den vierten Teil reduziert werden könnte.

Diese Hoffnungen hatten sich jedoch wiederum bald als zu optimistisch erwiesen.

Mit der blossen Verkündigung der Annexion der beiden Burenrepubliken durch Lord Roberts war England noch lange nicht in den wirklichen Besitz des Landes gekommen.

Als nämlich die Burenheere infolge ihrer numerischen Schwäche der feindlichen Armee einen wirksamen Widerstand nicht mehr zu leisten vermochten, lösten sie sich in zahlreiche unregelmässige Streifscharen auf, und begannen im ganzen Lande einen hartnäckigen Guerillakrieg, der sich für die englischen Truppen äusserst aufreibend erwies.

Damit war der Krieg in sein drittes Stadium eingetreten, und die unmittelbare Folge war, dass die ganze englische Streitmacht, die in Südafrika gelandet war, zum Schutze der fortwährend von feindlichen Zerstörungen und Ueberfällen bedrohten langen Eisenbahnlinien und zur Verfolgung der Guerillabanden aufgeboten werden musste.

So hatte sich bald herausgestellt, dass die errungenen Vorteile weit überschätzt worden waren, und selbst bei der

englischen Regierung drang mehr und mehr die Ueberzeugung durch, dass man von der Herstellung des Friedens und der vollständigen Unterwerfung der Burenstaaten noch sehr weit entfernt sei.

Das englische Heer hatte überdies unter dem südafrikanischen Klima schwer zu leiden; die unausgesetzten Nachschübe von Truppen und Remonten vermochten kaum die erlittenen Verluste zu ersetzen; namentlich die Pferde, deren man bei der kolossalen Ausdehnung des Kriegsschauplatzes so notwendig bedurfte und die grösstenteils an das Klima nicht gewöhnt waren, fielen aus Ueberanstrengung und Futtermangel in Massen.

In Anbetracht dieser gänzlich veränderten Kriegslage ist es durchaus nicht überraschend, dass die vom Parlament der Regierung zur Verfügung gestellten Kriegsgelder zur erfolgreichen Beendigung des Krieges abermals nicht ausreichten, und die Regierung daher noch im letzten Monat des Jahres 1900 das neugewählte Parlament zu einer ausserordentlichen Sitzung zum Zwecke der Bewilligung weiterer Geldmittel für den Krieg zusammenberufen musste.

Nachdem das Parlament am 6. Dezember 1900 mit einer ziemlich kurzen und nüchternen Thronrede eröffnet worden war, brachte am 11. Dezember der neue Kriegsminister Brodrick im Namen der Regierung eine neue Nachtragsforderung über 16000000 £[1]) im Unterhause ein. Davon sollten 13500000 £ zur Fortsetzung des Krieges in Südafrika, 1000000 £ zur Ausrüstung einer in den annektierten Kolonien neu aufzustellenden Polizeitruppe, 1000000 £ zur Wiederherstellung der südafrikanischen Eisenbahnen und 500000 £ zur Deckung der durch die chinesischen Wirren verursachten Mehrkosten verwendet werden.

Bei dieser Gelegenheit hatte die Regierung wegen der abermaligen Enttäuschung, welche das englische Volk in Bezug auf die Dauer des Krieges erfuhr, manches scharfe Wort der Kritik über sich ergehen lassen müssen, aber der Forderung selbst wurde bei dem allgemein vorherrschenden Wunsche,

---

[1]) Siehe Tabelle 24.

den Krieg möglichst bald zu Ende zu bringen, ein nennenswerter Widerstand nicht entgegengesetzt. Noch an demselben Tage wurde sie vom Parlament mit 284 gegen 8 Stimmen bewilligt.

Um nun diese 16000000 £, zu denen noch 500000 £ Zinsen der neu aufgenommenen Anleihen hinzukamen, völlig aufbringen zu können, bedurfte der Schatzkanzler neuer Deckungsmittel.

Die auf Grund der War Loan Act und der Supplementary War Loan Act noch verfügbaren Kredite waren inzwischen flüssig gemacht worden. Für 5000000 £ wurden neue Treasury Bills und für 3000000 £ neue 3%ige, am 7. Dezember 1905 rückzahlbare Exchequer Bonds aufgenommen. Der Erlös der letzteren bezifferte sich auf 2944000 £. Der Schatzkanzler verfuhr dabei in der Weise, dass er unter öffentlicher Bekanntgabe der Bedingungen die englischen Kapitalisten auf Grund schriftlicher Angebote zur Uebernahme der Bonds aufforderte. Die eingelaufenen Anmeldungen betrugen 6263500£. Die offerierten Kurse bewegten sich zwischen 100% und 95%. Die Angebote zu 97 £ 18 s erhielten 65%, die höheren den vollen Betrag zugeteilt. Der Durchschnittskurs bei der Begebung stellte sich auf 98 £ 2 s 11 d. Das Schatzamt erzielte demnach Ende November für die 3000000 £ günstigere Bedingungen als für die im August begebenen 10000000 £.

Da nun von dem Gesamterlös der in Anspruch genommenen Kredite nur noch 5562000 £ frei verfügbar waren, so mussten für die übrigen 10938000 £ der nachträglichen Forderung von 16500000 £ neue Deckungsmittel beschafft werden.

Aus diesem Grunde beantragte der Finanzminister, weitere 11000000 £ entweder durch eine Anleihe oder durch Treasury Bills, bezw. Exchequer Bonds aufzunehmen.

Im Unterhause erregte dieser Antrag nicht besonders grosses Interesse. An die vielen Nachtragsforderungen für den Krieg und an deren Deckung durch wiederholtes Schuldenmachen hatte man sich allmählich gewöhnt. Die Debatte über die neu aufzunehmende Schuld drehte sich fast ausschliesslich um die Frage, ob und in welcher Höhe eine Kriegsentschädigung erwartet werden könnte. Darüber, dass ein mög-

lichst grosser Teil der Kriegskosten den Steuerzahlern der neuen Kolonien aufgebürdet werden sollte, war alles einig, nur über das Wie waren tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Sir William Harcourt z. B. drückte sich in Bezug auf diesen Punkt sehr skeptisch aus. In einer längeren Rede führte er aus, dass es seiner Meinung nach überhaupt unmöglich sei, eine nennenswerte Kriegsentschädigung zu erhalten, da einerseits die Buren infolge der Verwüstung ihres Landes ausser stande seien, irgend etwas zu den Kriegskosten beizusteuern, und anderseits die einflussreichen Besitzer der Goldminen, der Hauptsteuerquellen Transvaals, von einer noch höheren Besteuerung durchaus nichts wissen wollten. Anders Sir Michael Hicks Beach. Er trat zwar der Auffassung, als ob die ganze Kriegslast von Transvaal oder der Oranje-Kolonie übernommen werden könnte, entschieden entgegen, aber er hoffte, dass die neuen Kolonien in zwei bis drei Jahren nach der Wiederherstellung des Friedens bei zunehmender Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wohl in der Lage sein würden, einen beträchtlichen Beitrag zu den Kriegskosten zu leisten. Dabei wies er darauf hin, dass gerade mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, von Transvaal unmittelbar nach Beendigung des Kriegs eine Kriegsentschädigung zu fordern, der grösste Teil der Kriegsanleihen so aufgenommen worden sei, dass deren Rückzahlung erst in 3, 5 bezw. 10 Jahren zu erfolgen habe.

Um aber diese wichtige Streitfrage einigermassen klarzustellen, beauftragte die Regierung Sir David Barbour, die finanziellen Verhältnisse der neuen Kolonien an Ort und Stelle zu prüfen und über deren künftige Aussichten eingehend zu berichten.

Im allgemeinen zeigten die Staatseinnahmen eine befriedigende Entwicklung, und als in den ersten Monaten des letzten Quartals des Finanzjahres ein grosser Teil der am 1. Januar fällig gewordenen Einkommensteuer der Staatskasse zufloss, konnten die Ausgaben durch die Jahreseinnahmen gedeckt und ausserdem noch ein erheblicher Ueberschuss zur Verringerung der stark angewachsenen Verbindlichkeiten des

Schatzamts bei der Bank von England verwendet werden. Aus diesem Grunde wurde der neu bewilligte Kredit von 11000000 £ erst Anfang Februar 1901 durch Ausgabe von neuen 3 %igen, am 7. Dezember 1905 rückzahlbaren Exchequer Bonds in Anspruch genommen.

Die Begebung dieser Bonds erfolgte in derselben Weise wie die der im November bezw. Dezember 1900 emittierten 3000000 £. Bei der Einreichung der Angebote musste eine Kaution von 3% des gezeichneten Nennbetrags hinterlegt werden; die übrigen Einzahlungen hatten, um den Geldmarkt auf einmal nicht zu stark in Anspruch zu nehmen, in drei Raten zu erfolgen. Die erste Rate von 25% war sofort bis zum 22. Februar 1901, die zweite von ebenfalls 25% am 22. März und die Restzahlung von 50% am 12. April 1901 zu leisten. Die angemeldeten Beträge beliefen sich auf 25390700 £. Die angebotenen Kurse schwankten zwischen 100% und 93%. Der Durchschnittspreis, der für die Bonds erlangt werden konnte, betrug 97,27%. Dieser Kurs stellte sich allerdings um 1% niedriger als der Kurs, welcher für die oben erwähnten 3000000 £ erzielt worden war; allein, wenn man bedenkt, dass der Kurs der 2¾ %igen Konsols in der Zwischenzeit um nahezu 2% gesunken war, so konnte er doch unter den damaligen Verhältnissen nicht als ungünstig bezeichnet werden.

Sechster Abschnitt

Die sechste Kriegsforderung und das zweite Kriegsbudget

Durch den Thronwechsel, der am 22. Januar 1901 infolge des Todes der Königin Viktoria in Grossbritannien erfolgte, trat in Bezug auf die südafrikanische Politik der englischen Regierung eine bemerkenswerte Aenderung nicht ein.

Nach wie vor machte sie die äussersten Anstrengungen, den Krieg zu Ende zu bringen, aber bei dem andauernd hartnäckigen Widerstand der Buren konnten die Engländer nur schwache Erfolge erzielen, die von keiner entscheidenden Bedeutung waren.

Die gewaltigen Verstärkungen, die immer wieder aufs neue nach Südafrika geschickt werden mussten, verursachten ungeheuere Kosten, und so war noch kurz vor Ablauf des Finanzjahres abermals eine nachträgliche Kriegsforderung von 3 000 000 £[1]) notwendig geworden.

Dass auf diese Weise die Finanzen Englands durch den Krieg eine schwere Erschütterung erfahren mussten, lag auf der Hand, und allgemein sah man daher mit grösstem Interesse und mit lebhaftester Spannung dem neuen Budget entgegen, das der Schatzkanzler am 18. April 1901 im Unterhause einbrachte.

Der Rückblick auf das abgelaufene Finanzjahr konnte diesmal hinsichtlich der Staatseinnahmen nicht als ganz so günstig bezeichnet werden, wie in den fünf vorausgegangenen Jahren. Während in den ersten Monaten des Jahres 1900 der wirtschaftliche Aufschwung noch weitere Fortschritte machte, liessen sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres deut-

[1]) Siehe Tabelle 25.

lich Anzeichen eines Umschwungs in der Konjunktur erkennen. Die unerwartete Fortdauer des Krieges und die mit dem Krieg in Zusammenhang stehende grössere Steuerlast übten im allgemeinen auf den englischen Handel und die englische Industrie einen nachteiligen Einfluss aus. Zwar zeigte der Wert des britischen Aussenhandels gegenüber dem Vorjahre wiederum eine nicht unerhebliche Zunahme, aber die Menge der eingeführten und exportierten Waren wies einen Rückgang auf[1]). Die ungünstigen Wirkungen des Krieges auf die englische Industrie machten sich ganz besonders in den übermässig hohen Kohlenpreisen während des Jahres 1900 fühlbar. Diejenigen Industriezweige, in welchen die Kohlenpreise einen wichtigen Faktor der Produktionskosten bilden, so insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie, hatten schwer darunter zu leiden; durch die Mehrbelastung wurden ihre Gewinne bedeutend geschmälert.

Nichtsdestoweniger stellte sich der Arbeitsmarkt während des Jahres 1900 noch immer sehr befriedigend; die Zahl der Arbeitslosen hatte allerdings gegen Schluss des Jahres zugenommen, aber das Jahr 1900 war im grossen und ganzen ein Jahr steigender Löhne. Die Zuschlagssteuern auf Branntwein und Bier trafen die Arbeiterklassen eher durch eine Verschlechterung der Qualität als durch eine Erhöhung des Preises, und der Rückgang des Ankaufspreises für Tee hatte die auf diesen Artikel gelegte Kriegssteuer einigermassen aufgewogen. Die Erhöhung der Tabaksteuer übte auf den Detailpreis der gewöhnlicheren Tabaksorten keinen merklichen Einfluss aus, nur die besseren Sorten gingen im Preise etwas in die Höhe. Dagegen blieben die etwas teureren Fleischpreise und der hohe Kohlenpreis nicht ohne nachteilige Einwirkung auf die Kaufkraft der ärmeren Klassen des Volkes, was denn auch teilweise in den Staatseinnahmen zum Ausdruck kam.

Allerdings überstiegen die gesamten Staatseinnahmen des Jahres 1900/1901 mit 130 385 000 £[2]) den Voranschlag um 2 865 000 £; allein dieser unerwartete Mehrertrag der Finanzquellen war nur dadurch erzielt worden, dass wiederum aus

---

[1]) Siehe Tabelle 26.
[2]) Siehe Tabelle 4.

Furcht vor einer Steuererhöhung eine grosse Menge steuerpflichtiger Waren über den normalen Bedarf hinaus aus den Zollniederlagen dem innern Verkehr zugeführt wurden.

So brachten z. B. die Zölle allein 2 642 000 £ mehr als erwartet worden war. Anscheinend rechnete man mit einer weiteren Erhöhung des Teezolls und der Tabaksteuer, denn von den Mehreinnahmen entfielen auf den Tee 1 050 000 £ und auf den Tabak 1 680 000 £. Nicht so günstig stellte sich der Ertrag des Weinzolls, der sich auf 1 488 000 £ bezifferte; er verminderte sich gegenüber dem Vorjahre um 241 000 £ und blieb um 128 000 £ hinter den gehegten Erwartungen zurück.

Die inländische Branntweinsteuer ergab mit 19 207 000 £ 207 000 £ mehr als im Soll-Budget vorgesehen war, aber auch dieser Mehrerlös war nur einer vorzeitigen Versteuerung von Branntwein zu verdanken.

Anders gestalteten sich die Einnahmen aus der Biersteuer. Hier war die Würzesteuer als Halbfabrikatsteuer einer Vorversteuerung in grösserem Massstabe hinderlich, und die Abnahme des Bierkonsums machte sich daher durch einen merklichen Ausfall in den Steuereinnahmen deutlich fühlbar. Bei einem Ertrag von 13 490 000 £ betrug der Ausfall der Biersteuer 480 000 £.

Höchst unbefriedigend war das finanzielle Ergebnis der Stempelsteuern. Sie ergaben nur 7 825 000 £ und blieben damit um 725 000 £ hinter den Schätzungen des Finanzministers und um 675 000 £ hinter dem Ertrag des Vorjahrs zurück. Die Hauptursache für dieses schlechte Resultat dürfte wohl in der Fortdauer des Krieges und in der Geschäftsstille an der Effektenbörse während des Jahres 1900 zu suchen sein.

Im Gegensatz hierzu waren die Einnahmen aus der Einkommensteuer äusserst günstig. Mit 26 920 000 £ überschritten sie die Ziffer des Voranschlags um 1 120 000 £. Aber nicht bloss absolut, sondern auch relativ zeigte der Ertrag der Einkommensteuer eine namhafte Steigerung. Während ein Penny noch im Jahre 1889 rund 2 000 000 £ (2 045 000 £) jährlich lieferte, stieg der Pennyertrag im Jahre 1900/01 trotz des doppelten Steuersatzes und der inzwischen eingetretenen Er-

höhung der Steuerfreiheit (von 150 £ auf 160 £) und der Steuervergünstigungen (von 400 £ auf 700 £) auf 2400000 £. Innerhalb eines Zeitraums von 12 Jahren hatte sich das eingeschätzte steuerpflichtige Einkommen um nicht weniger als 120000000 £ erhöht.

Die Nachlasssteuern, deren hoher Ertrag von 14020000 £ im Jahre 1899/1900 durchaus abnorm war, brachten dem Schatzamt diesmal nur 12980000 £ oder 20000 £ weniger als erwartet worden war. Das ungünstigere Ergebnis hing zum Teil auch damit zusammen, dass fast sämtliche Wertpapiere im Jahre 1900 im Kurse stark zurückgingen, und der steuerpflichtige Kapitalwert des beweglichen Vermögens schon auch aus diesem Grunde eine erhebliche Verminderung erfahren musste. Der Kapitalwert der Nachlassvermögen, für welche estate duty zu entrichten war, betrug 1900/01 262277000 £ gegen 288695000 £ im Jahre 1899/1900.

Der ordentliche und ausserordentliche Staatsbedarf des Jahres 1900/01, der ursprünglich auf 150061000 £ veranschlagt worden war, erhöhte sich durch die vielen Nachtragsforderungen, die im Laufe des Jahres vor allem durch den Krieg in Südafrika und die Wirren in China erforderlich wurden, auf 185178000 £. Anderseits aber wurden 1586000 £ Ersparnisse erzielt, und die wirklichen Ausgaben des Schatzamts im Jahre 1900/01 stellten sich daher auf 183592000 £[1]). Davon entfielen auf den Krieg in Südafrika 65120000 £, während der Chinafeldzug 3500000 £ erforderte. Da diesen 183592000 £ nur 130385000 £ als Einnahmen gegenüberstanden, so schloss das Finanzjahr 1900/01 mit einem Defizit von 53207000 £. Von diesem Fehlbetrag wurden 26969000 £ durch den Erlös der Kriegsanleihe, 20194000 £ durch Exchequer Bonds und 5000000 £ durch Treasury Bills gedeckt. Der Rest von 1044000 £ wurde nebst einem weiteren Betrag von 1956000 £, der in der Exchequer Balance enthalten war, vorübergehend geborgt und im neuen Rechnungsjahr nach Eingang der letzten Rate der im Februar emittierten Exchequer Bonds zurück-

[1]) Siehe Tabelle 16.

bezahlt. Von den Kriegskosten wurden somit 15 413 000 £ aus den laufenden Einnahmen bestritten.

Die fundierte Staatsschuld verringerte sich während des Jahres 1900/01 um 1 425 000 £ und erreichte am 31. März 1901 mit 551 182 000 £ [1]) ihren niedrigsten Stand seit 1805. Von den 1 425 000 £ wurden 1 138 000 £ gegen Leibrenten und 22 000 £ gegen Zeitrenten umgetauscht.

Dagegen war die unfundierte Schuld [2]) infolge des Krieges von 16 133 000 £ auf 78 133 000 £ angewachsen. Am Schlusse des Finanzjahrs bestand sie aus der 2¾ %igen 1910 rückzahlbaren Kriegsanleihe von 30 000 000 £, aus 10 000 000 £ 3 %igen 1903 und 14 000 000 £ 3 %igen 1905 rückzahlbaren Exchequer Bonds, aus 21 133 000 £ Treasury Bills und dem oben angedeuteten Vorschuss von 3 000 000 £.

Der Kapitalwert der Annuitäten berechnete sich am 31. März 1901 auf 61 677 000 £ [3]).

Nach dem Sollbudget für das neue Finanzjahr 1901/02 belief sich der gesamte Staatsbedarf auf 187 602 000 £ [4]). Der Krieg in Südafrika erforderte ausser den ursprünglichen 38 666 000 £ des letzten Jahres weitere 21 564 000 £, und die ordentlichen Ausgaben von 127 372 000 £ erhöhten sich gegenüber dem Vorjahre um nicht weniger als 11 337 000 £.

Die ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben für das Heer allein betrugen nach dem Voranschlag 88 260 000 £, also nahezu die Hälfte der gesamten Ausgaben.

Die Berechnung des ausserordentlichen Bedarfs für den Krieg in Südafrika gründete sich auf die Annahme, dass nur während der ersten 4 Monate des neuen Rechnungsjahrs die Streitkräfte in Südafrika, die am 1. Mai 1901 aus 249 416 Offizieren und Mannschaften bestanden, in ihrer vollen Stärke unterhalten werden müssten, und dass alsdann eine allmähliche Verringerung derselben eintreten könnte. Aufs neue enthielt der für den Krieg ausgeworfene Betrag die Kosten

---

[1]) Siehe Tabellen 20 und 21.
[2]) Siehe Tabellen 27 und 28.
[3]) Siehe Tabelle 21.
[4]) Siehe Tabelle 15.

für den Rücktransport der Truppen in die Heimat und für die Ehrengeschenke der Soldaten nach Beendigung des Krieges.

Das Ende des Krieges liess sich jedoch noch nicht absehen; weder militärisch noch moralisch schien die Kraft der Buren gebrochen. Die Friedensverhandlungen, welche Lord Kitchener mit dem Burengeneral Louis Botha im Februar 1901 anknüpfte, führten zwar zunächst zu einem kurzen Waffenstillstand, zerschlugen sich aber bald, nachdem Botha die Zugeständnisse Englands — die Gewährung der Amnestie für Transvaal und die Oranje-Kolonie nach Niederlegung der Waffen — als unzureichend ablehnte und Lord Kitchener auf die von Louis Botha gestellten Forderungen — Autonomie der beiden Südafrikanischen Republiken und Begnadigung der Kaprebellen — nicht einging.

So wurde denn der Kleinkrieg von den Buren aufs energischste weitergeführt, und hieraus erklärt sich auch der überaus hohe Betrag von mehr als 58 000 000 £, welchen die Regierung zur Fortführung des bereits 18 Monate dauernden Krieges während des Jahres 1901/02 für nötig erachtete.

Auf Grund der bestehenden ordentlichen Einnahmequellen wurden die zur Deckung der oben erwähnten 187 602 000 £ bestimmten Einnahmen des Schatzamts auf nur 132 255 000 £[1]) geschätzt. Es drängte sich daher aufs neue die Frage auf: Wie sollte der Fehlbetrag von 55 347 000 £ gedeckt werden?

Bei der Beantwortung dieser Frage war vor allem eines zu berücksichtigen. Bekanntlich sollten die im Jahre 1900 neu eingeführten Zuschlagssteuern auf Tee, Branntwein, Bier und Tabak nur vorübergehend zur Deckung eines Teils der Kriegskosten bis zum 1. August 1901 erhoben werden. Inzwischen hatte sich aber die finanzielle Lage Englands völlig geändert. Nicht nur hatte der ausserordentliche Kriegsbedarf durch die unerwartet lange Dauer des Krieges eine enorme Steigerung erfahren, sondern auch die ordentlichen Ausgaben hatten sich derart erhöht, dass die laufenden Einnahmen ohne die Zuschlagssteuern nicht ausgereicht hätten, den ordentlichen

[1]) Siehe Tabelle 4.

Staatsbedarf völlig zu decken. Ausserdem stand zu erwarten, dass die Durchführung der allgemein als dringend notwendig anerkannten Heeresreform die laufenden Ausgaben in den folgenden Jahren noch weiter steigern würde. Im Interesse einer gesunden Finanzpolitik machte daher der Finanzminister, dem die sprungweise Zunahme der Jahresausgaben weit mehr Besorgnis erregte als die Höhe der Kriegskosten, den Vorschlag, zur Deckung des nur scheinbar durch den Krieg allein entstandenen Defizits nicht vorübergehende, sondern dauernde Steuerquellen neu zu erschliessen.

Dafür konnten jedoch nur wesentlich indirekte Steuern in Betracht kommen.

Während die Steuerzahler von direkten Steuern durch eine abermalige Erhöhung der Einkommensteuer von 12 d (5 %) auf 14 d (5,83 %) weitere 3 800 000 £ zu dem Kriegsaufwand beisteuern sollten, schien eine höhere Belastung der bereits mit einer indirekten Steuer belegten Artikel aus verschiedenen Gründen nicht ratsam.

Einmal hatten die schon bestehenden indirekten Steuern durch die Zuschlagssteuern an Steigerungsfähigkeit bedeutend eingebüsst; namentlich die Steuererträgnisse aus Branntwein, Bier und Wein gingen nach der Steuererhöhung relativ nicht unerheblich zurück. Es war daher zu befürchten, dass eine höhere Besteuerung der geistigen Getränke eher eine Verminderung als eine Steigerung der Einnahmen herbeiführen würde. Sodann musste für Tee bereits eine Steuer bis zu 75 % seines Wertes entrichtet werden. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die nicht besonders günstige Lage des Teehandels hielt es der Schatzkanzler nicht für angezeigt, den Tee mit einem noch höheren Zoll zu belegen. Der Tabak endlich blieb deshalb ausser Betracht, weil der Tabakzoll innerhalb dreier Jahre schon zweimal geändert worden war, und da erfahrungsgemäss jede Aenderung in der Höhe der Tabaksteuer nicht nur den Tabakhandel aufs empfindlichste schädigt, sondern auch die Staatseinnahmen nachteilig beeinflusst.

Es blieb also nichts anderes übrig, als auf solche Artikel zurückzugreifen, für welche bisher eine Steuer nicht zu entrichten war.

Nun erfreute sich England, seit Aufhebung der Zuckerzölle im Jahre 1874, im Gegensatz zu den übrigen europäischen Ländern nicht bloss eines vollständig steuerfreien Zuckers, sondern dank der Prämienpolitik der zuckerproduzierenden Staaten Europas auch des billigsten Zuckers und infolgedessen des grössten Zuckerkonsums von allen Staaten der Welt. Während z. B. in Deutschland, dem ersten zuckerproduzierenden Land der Erde, der Zuckerkonsum im Jahre 1899/1900 auf ca. 15 kg pro Kopf der Bevölkerung sich stellte, war der Verbrauch an Zucker in England im Jahre 1900 auf mehr als 40 kg pro Kopf der Bevölkerung angewachsen. Der Gedanke der Wiederbesteuerung dieses vielgebrauchten, aber immerhin nicht unentbehrlichen Genussmittels war also unter diesen Umständen sehr naheliegend. Der Schatzkanzler beantragte indessen nur die Erhebung eines Zolls von 4 s 2 d pro Zentner für den nach England eingeführten Zucker, nicht aber die Einführung einer diesem Zoll entsprechenden inländischen Verbrauchsabgabe. Da jedoch England selbst keinen Zucker produziert und es unter den gegebenen Verhältnissen sehr zweifelhaft scheint, dass sich in Grossbritannien oder Irland unter dem Schutze des geringen Zolls eine einheimische Rübenzuckerindustrie bilden wird, so kann der neue Zuckerzoll für England trotz des Fehlens der entsprechenden Inlandsteuer vorläufig nicht die Bedeutung eines Schutzzolls haben. Ebenso war eine Bevorzugung der britischen Kolonien vor dem nichtbritischen Ausland durch den Zoll nicht beabsichtigt; denn der Rohrzucker wurde in Bezug auf letzteren dem Rübenzucker in jeder Beziehung völlig gleichgestellt. Um aber die zahlreichen einheimischen und blühenden Zuckerraffinerien und Marmeladefabriken, die vornehmlich dem billigen Prämienzucker ihre Entstehung verdankten, und deren Produkte vielfach wieder in das Ursprungsland der Rohstoffe zurückwanderten, durch den Zuckerzoll nicht zu schädigen, wurde der Zollsatz von 4 s 2 d für den Zentner Raffinade je nach dem Polarisationsgrad des eingeführten Zuckers bis auf 2 s für den Zentner Rohzucker von 76 Grad Polarisation nach einer Skala (siehe Tabelle 29) abgestuft. Um wie viel sich der Preis des Zuckers durch die Zuckersteuer erhöhen würde,

liess sich im voraus natürlich nicht bestimmen; es wurde aber berechnet, dass bei einer Steigerung des Preises für das Pfund Zucker um ½ d dem Händler 6 d pro Zentner zur Bestreitung der ihm durch die Steuererhebung verursachten Kosten verbleiben würden. Auf Grund des Zuckerverbrauchs des Vereinigten Königreichs im Jahre 1900, der sich auf 1 488 535 engl. Tonnen stellte, wurden die Einnahmen aus der Zuckersteuer für 1901/02 nach Abzug von 200 000 £ für Rückzölle und von 40 000 £ für Erhebungskosten auf 5 100 000 £ geschätzt.

Aber ausser dem Zuckerzoll sollte das englische Steuersystem möglichst ohne Verletzung der Gladstoneschen Traditionen noch um einen Ausfuhrzoll auf Kohle dauernd bereichert werden.

Dieser zweite Antrag des Schatzkanzlers war nun nicht bloss für die Finanzpolitik Englands, sondern auch für dessen Handelspolitik von hoher Bedeutung. Galt doch zur Zeit der handelspolitischen Reformen Englands, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Beseitigung sämtlicher den freien Handelsverkehr hemmenden Ausfuhrzölle als ein wichtiger Grundsatz des von England damals angestrebten Freihandels. Diesem Grundsatz entsprechend wurden denn auch im Jahre 1845 die bestehenden Ausfuhrzölle aufgehoben, und seit dem Jahre 1850, in welchem der letzte Rest des Kohlenausfuhrzolls, der bei der Ausfuhr von Kohlen auf fremden Schiffen noch immer entrichtet werden musste, fiel, gab es in Grossbritannien keine Ausfuhrzölle mehr. Wenn nun Sir Michael Hicks Beach dem Parlament einen Vorschlag unterbreitete, der diesen seit mehr als 50 Jahren aufrecht erhaltenen Grundsatz verletzte, und ohne Zweifel für die englische Handels- und Finanzpolitik einen Rückschritt bedeutete, so lag der Grund hiefür einerseits in dem durch die schlechte Finanzlage hervorgerufenen dringenden Bedürfnis nach Erschliessung neuer ergiebiger Einnahmequellen und andererseits in der Sonderstellung, welche die Kohle unter den Haupthandelsartikeln Grossbritanniens einnimmt.

Die Kohle ist bekanntlich für die moderne Grossindustrie von allergrösster Wichtigkeit und die dominierende Stellung, welche die englische Industrie auf dem Weltmarkt heute ein-

nimmt, verdankt sie in erster Linie dem ungeheuren Reichtum Grossbritanniens an Steinkohlen. Angesichts dieser hohen Bedeutung der Steinkohle für die britische Volkswirtschaft, gewann die Frage nach der Grösse und der möglichen Erschöpfbarkeit der vorhandenen Kohlenvorräte in England, Schottland und Wales zunehmend an Interesse, und es gab immer wieder ängstliche Gemüter, die sich darüber den Kopf zerbrachen, was aus Grossbritannien nach der einstigen Erschöpfung seiner Kohlenvorräte werden würde. Es ist einleuchtend, diese Befürchtungen mussten umso stärker hervortreten, je mehr die jährliche Kohlenausfuhr sich steigerte; ja es gab in der Tat Leute, die es mit Freuden begrüsst hätten, wenn die Kohlenausfuhr im Interesse der einheimischen Industrie gänzlich verboten worden wäre, da sie irrtümlicherweise glaubten, die wachsende Konkurrenz des Auslandes sei vor allem darauf zurückzuführen, dass England der ausländischen Industrie das für sie unentbehrlichste Produktionsmittel liefere. Wenn nun natürlich nicht alle britischen Kohlenkonsumenten dieser Auffassung huldigten, so war doch auf ihrer Seite der Wunsch nach einer Einschränkung der Kohlenausfuhr fast allgemein, als im Jahre 1900 die Kohlenpreise exorbitant hoch waren und es vielfach vorkam, dass die britischen Kohlenproduzenten, zum Zwecke der Hochhaltung des Kohlenpreises im Inland, an das Ausland billiger verkauften als an die einheimischen Kohlenkonsumenten. Selbst der Schatzkanzler führte in der Begründung seines Vorschlags aus, dass ein Rückgang der Kohlenausfuhr durch den Zoll durchaus nicht ein reines Uebel bedeutete, da in diesem Falle bei gleichbleibender Ausbeute der Kohlenpreis für das Inland billiger werden oder bei geringerer Förderung die Kohle für die Zukunft aufgespart bleiben würde.

Da aber die Einführung des Kohlenausfuhrzolls vor allem eine Steigerung der Staatseinnahmen bezweckte, so konnte dem Schatzkanzler im Interesse der Finanzen eine Abnahme in der Kohlenausfuhr durch den Zoll keineswegs erwünscht sein; denn es ist klar, je geringer die Ausfuhr, desto geringer die Einnahmen. Die wichtigste Frage, um die es sich daher bei dem Kohlenausfuhrzoll handelte, war die:

Sind die auswärtigen Kohlenkonsumenten trotz der Erhebung des Ausfuhrzolls nach wie vor auf den Bezug britischer Kohle angewiesen, oder sind dieselben in der Lage, ihren Bedarf anderweitig zu decken, falls die an der Kohlenausfuhr interessierten britischen Industriezweige sich nicht entschliessen sollten, den Zoll teilweise oder ganz auf sich zu nehmen? Mit anderen Worten: Wer hat den Zoll zu tragen, das Ausland oder das Inland?

Zur Beantwortung dieser Frage wollen wir nunmehr im folgenden die Kohlenausfuhr aus Grossbritannien und dessen Konkurrenzländern während des Jahres 1900 näher ins Auge fassen.

Die Kohlenausfuhr aus Grossbritannien — Irland exportiert bekanntlich keine Kohlen — betrug im Jahre 1900 rund 46 900 000 (metr.) Tonnen [1]). Die Hauptabsatzgebiete für britische Kohlen sind ausser den nördlichen und westlichen Staaten Europas die europäischen und nordafrikanischen Mittelmeerländer. Diese bezogen zusammen im Jahre 1900 aus Grossbritannien etwa 40 000 000 t oder 85 % der gesamten britischen Kohlenausfuhr. Die übrigen europäischen Staaten dagegen exportierten in demselben Jahre insgesamt nur 27 500 000 t Kohlen [2]), und davon entfielen auf Deutschland und Belgien, deren Kohlenexport sich auf den nahen Grenzverkehr mit den benachbarten Ländern beschränkt, etwa 25 000 000 t oder 91 %. Aber selbst Deutschland und Belgien beziehen trotz ihrer Kohlenausfuhr Kohlen aus dem Ausland. Deutschland importierte im Jahre 1900 rund 8 000 000 t Kohlen, während Belgien bei einer Ausfuhr von 7 000 000 t etwa 3 500 000 t Kohlen einführte. Der Nettoüberschuss der einzigen europäischen Kontinentalstaaten, die mehr Kohlen produzieren, als sie selbst verbrauchen, belief sich demnach auf 11 500 000 t oder auf ungefähr den vierten Teil des jährlichen Kohlenexports aus Grossbritannien. Sieht man nun zunächst von den Frachtkosten und von der Verschiedenheit in der Qualität der Kohlen ab, so verschiebt sich das Kohlenausfuhrverhältnis zwischen

---

[1]) Siehe Tabelle 30.

[2]) Siehe Tabelle 31.

Grossbritannien einerseits und Deutschland und Belgien andererseits zu Ungunsten des ersteren, je grösser der Ueberschuss ist, den Deutschland und Belgien zur Ausfuhr zur Verfügung haben. Nun bleibt aber die Kohlenproduktion Belgiens seit Jahren ziemlich stationär [1]), und wenn auch die Kohlenproduktion Deutschlands während des letzten wirtschaftlichen Aufschwungs kolossal in die Höhe ging, so erfuhr doch die Kohlenausfuhr aus Deutschland infolge der gleichzeitigen starken Zunahme des Eigenverbrauchs von Kohlen nur eine ganz minimale Steigerung [2]); ja die Statistik zeigte sogar, dass die Kohleneinfuhr von Grossbritannien nach Deutschland nicht nur absolut sondern auch relativ jährlich zunahm [3]).

Tatsächlich beherrscht also Grossbritannien in quantitativer Beziehung bis zu einem gewissen Grad den europäischen Kohlenmarkt, und die Konkurrenz der britischen Kohlenproduzenten unter sich ist daher von massgebendem Einfluss auf die Preisgestaltung der Kohle auf dem Weltmarkt.

Was aber der britischen Kohle im Wettbewerb mit der deutschen und belgischen Kohle und für den europäischen Kontinent auch im Wettbewerb mit der nordamerikanischen Kohle aus den Vereinigten Staaten das grösste Uebergewicht verleiht, sind die weitaus billigeren Frachtkosten zur See, welche Grossbritannien der günstigen Lage seiner Kohlenfelder in unmittelbarer Nähe von Seehäfen verdankt.

Natürlich spielt auch die Qualität der Kohlen eine wichtige Rolle bei der Frage, ob und inwieweit das Ausland gewillt ist, die Kosten des Ausfuhrzolls auf sich zu nehmen. Es ist klar, je wertvoller die Kohle ist, desto leichter wird es im allgemeinen gelingen, die Lasten des Zolls auf das Ausland abzuwälzen. Und in der Tat gibt es gewisse britische Kohlensorten, die ihrer vorzüglichen Qualität wegen vom Ausland besonders begehrt werden. Sehr gesucht z. B. ist die sogenannte Steamkohle von Wales und die Gaskohle aus den nordöstlichen Distrikten Englands.

---

[1]) Siehe Tabelle 32.
[2]) Siehe Tabelle 33.
[3]) Siehe Tabelle 34.

Es erhellt: Ein unbeschränkt natürliches Monopol besitzt Grossbritannien in Bezug auf seine Kohlen allerdings nicht, aber die unzureichende Kohlenproduktion der übrigen europäischen Staaten, sowie die durch die günstige Lage der britischen Kohlenfelder bedingten billigeren Frachtkosten zur See geben der britischen Kohle im Wettbewerb mit der deutschen, belgischen und nordamerikanischen Kohle auf dem europäischen Kohlenmarkt einen solchen Vorsprung, dass sie deren ernstliche Konkurrenz trotz des Ausfuhrzolls in ihren bisherigen Hauptabsatzgebieten nicht zu befürchten hat. Schweden, Norwegen, Spanien, Italien und Aegypten sind fast ausschliesslich auf den Bezug englischer Kohle angewiesen und werden daher wahrscheinlich die Kosten des Zolls zu tragen haben. Im übrigen aber wird den britischen Kohlenproduzenten eine Abwälzung des Zolls auf das Ausland umso leichter dann gelingen, wenn dieses Kohlen der Qualität wegen aus Grossbritannien bezieht.

Da die in Grossbritannien zum eigenen Verbrauch eingenommene Schiffskohle (bunker coal) für zollfrei erklärt wurde, so wird die englische Seeschiffahrt von dem Zoll nur indirekt durch eine etwaige, durch diesen hervorgerufene Verteuerung der im Ausland eingenommenen Bunkerkohle getroffen.

Die Einnahmen aus dem Kohlenzoll wurden auf 2 100 000 £ geschätzt, und die Solleinnahmen des Schatzamts für das Jahr 1901/02 erhöhten sich nun durch die neuen Steuern im ganzen um 11 000 000 £ auf 143 255 000 £ [1]).

Auf der andern Seite aber verminderten sich die Ausgaben durch die abermalige Einstellung der Schuldentilgung um 4 640 000 £ auf 182 962 000 £, so dass sich der durch Aufnahme einer Anleihe zu beschaffende Betrag auf 39 707 000 £ reduzierte.

Um indessen gegen weitere Vorwürfe wegen Unterschätzung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel geschützt zu sein, namentlich aber, um die Ausgaben während der ersten 9 Monate des Finanzjahrs, in denen nur ein verhältnismässig kleiner Teil des Ertrags der Einkommensteuer ins Schatzamt fliesst, ohne allzu starke Inanspruchnahme des Kredits bei der

---

[1]) Siehe Tabelle 35.

Bank von England völlig decken zu können, bat der Finanzminister, den zu bewilligenden Kredit auf 60 000 000 £ auszudehnen. Die Zinsen dieser neuen Kriegsschuld, die zu den Ausgaben noch hinzukamen, wurden auf 1 250 000 £ berechnet.

Wie sollten nun diese 60 000 000 £ aufgebracht werden? Abermals durch Vermehrung der unfundierten Schuld oder auf andere Weise?

Massgebend für die Entscheidung dieser Frage war die voraussichtliche Höhe der Kriegsentschädigung, die man von den beiden neuen Kolonien erlangen zu können hoffte.

Nun lag damals der Bericht von Sir David Barbour über die finanziellen Verhältnisse Transvaals und der Oranje-Kolonie noch nicht vor, allein nach den vorläufigen Mitteilungen, die er dem Schatzkanzler hierüber gemacht hatte, waren die Aussichten auf den baldigen Empfang einer nennenswerten Kriegsentschädigung nicht gerade ermutigender Natur.

In seinem Bericht vom 29. März 1901, in dem sich diese Mitteilungen bestätigt finden, heisst es wörtlich:

„Die Oranje River-Kolonie wird einige Jahre lang ausser stande sein, die ordentlichen Verwaltungsausgaben und gleichzeitig den auf sie entfallenden Anteil an den Kosten der Südafrikanischen Polizeitruppe zu bestreiten. Sie kann daher auf absehbare Zeit nichts zu der Kriegsentschädigung beisteuern.

Die Aktien und sonstigen Wertpapiere, welche sich im Eigentum der beiden neuen Kolonien befinden, können nicht mit Nutzen zum Zwecke der Deckung eines Teils der Kriegsausgaben verwertet werden.

Nach Einführung der von mir empfohlenen Besteuerung der Goldminen nach dem erzielten Gewinn, bei gehöriger Geltendmachung der Rechtsansprüche des Staates, sowie nach Verbesserung der Stempel-, Zoll-, Lizenz- und Verbrauchsabgabengesetze lässt sich erwarten, dass in 2 Jahren nach dem Friedensschluss Transvaal in der Lage sein wird, einen Teil seiner laufenden Einnahmen für die Kriegsentschädigung zu verwenden. Wieviel auf diese Weise beiseite gelegt werden kann, vermag ich zur Zeit nicht abzuschätzen.

Die den beiden Kolonien gehörenden Grundstücke bilden einen Aktivbestand, von dem von Zeit zu Zeit ausserordent-

liche Einnahmen erwartet werden können. Wahrscheinlich werden diese Einnahmen in der nächstfolgenden Zukunft nicht gross sein.

In Transvaal wird die Veräusserung der Bergwerksrechte in den Bewaarplaatsen eine beträchtliche Summe einbringen, aber eine endgültige Schätzung ihres Werts liegt noch nicht vor.

Transvaal hat bereits wertvolle Bergwerksrechte veräussert, aber es besitzt noch immer Rechte, die als wertvoll bekannt sind, und solche, die sich als wertvoll erweisen können. Aus dieser Quelle können berechtigterweise bedeutende Einnahmen in der Zukunft erwartet werden. Ihren Gesamtbetrag kann ich nicht schätzen, aber ich halte sie für wertvoller als die Bergwerksrechte in den Bewaarplaatsen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Bergwerksrechte werden nicht sofort der Staatskasse zufliessen, und können vermutlich nur von Zeit zu Zeit im Laufe künftiger Jahre erlangt werden."

So viel war nun nach den Mitteilungen von Sir David Barbour klar geworden, dass der Krieg Transvaal und die Oranje River-Kolonie fast an den Rand des Ruins brachte, und dass die Kriegsentschädigung, mit der die unfundierte Kriegsschuld zurückbezahlt werden sollte, niemals den bereits aufgenommenen Betrag von 67 000 000 £ übersteigen würde. Eine weitere Erhöhung der unfundierten Schuld erschien daher aus finanzpolitischen Gründen nicht ratsam, und so machte denn der Schatzkanzler den Vorschlag, die neuen Kreditbedürfnisse des Staats durch Begebung von Konsols zu befriedigen.

Die durch den Krieg herbeigeführte ungünstige Lage der Staatsfinanzen rief in ganz England tiefe Bestürzung hervor. „Der Optimismus der Regierung," — bemerkte Sir William Harcourt im Unterhause — „der in jedem Stadium dieses beklagenswerten Krieges Lügen gestraft wurde, hat seinen naturgemässen Ausdruck gefunden in der traurigsten, von einem Schatzkanzler jemals abgegebenen Finanzerklärung." Von den vorgeschlagenen neuen Steuern erregte der Kohlenausfuhrzoll bei weitem das grösste Interesse; er bildete gewissermassen den Angelpunkt des ganzen Budgets. Während der Zuckerzoll fast allgemein erwartet worden war und im Parlament ohne ernstliche Opposition zur

Annahme gelangte, kam der Antrag auf Wiedereinführung eines Kohlenausfuhrzolls überraschend und begegnete lebhaftem Widerstand. Die Zuckersteuer galt für eine gerechte und billige Steuer; in dem Kohlenausfuhrzoll dagegen erblickte man eine Steuer, die den britischen Handel schädige und gegen einen der obersten Handels- und Finanzgrundsätze verstosse, denen Grossbritannien seit mehr als 50 Jahren die gewaltige Zunahme seines Reichtums und seiner Staatseinnahmen verdanke. Trotz dieser grundsätzlichen Bedenken stand aber doch die grosse Mehrheit der inländischen Kohlenkonsumenten auf Seite des Finanzministers. Den lebhaftesten Widerstand erhoben natürlich die am Kohlenexport interessierten Kohlenminenbesitzer und Kohlenschiffsführer. Sie erklärten den Ausfuhrzoll für im höchsten Grade ungerecht, denn er treffe nur einen Teil der britischen Kohlenproduktion und auch diesen wegen der verschiedenen Qualität der Kohlen nicht in gleichem Masse. Eine Abwälzung des Zolls auf das Ausland könne umso weniger stattfinden, als der Preis für die in den nächstfolgenden 12 Monaten zur Ausfuhr gelangenden Kohlen grösstenteils kontraktlich bereits festgesetzt sei. Unzweifelhaft war dieses Argument das bedeutsamste von allen, welche gegen den Ausfuhrzoll ins Feld geführt wurden. Und in der Tat bereiteten dem Schatzkanzler die vor dem 19. April 1901 mit dem Ausland abgeschlossenen Kohlenlieferungsverträge grosse Verlegenheit. Offenbar war er sich der Tragweite seiner Worte nicht recht bewusst, als er in Bezug auf die bestehenden Verträge zur Beruhigung der Kohlenproduzenten im Unterhause erklärte, dem englischen Kontrahenten könnte vielleicht durch entsprechende Fassung des Gesetzes das Recht eingeräumt werden, seinen Vertrag zu brechen, falls der auswärtige Kontrahent zur Bezahlung des Zolls nicht bereit sein sollte. Dieser Vorschlag, dessen Verwirklichung dem Auslande gegenüber nichts anderes bedeutet hätte als einen Vertrauensbruch unerhörter Art, wurde jedoch mit Recht von allen Seiten mit grosser Entrüstung zurückgewiesen. So blieb kein anderer Ausweg übrig, als die bis 1. Januar 1902 auf Grund von alten Verträgen dem Ausland zu liefernden Kohlen für zollfrei zu erklären. Durch diese nicht vorgesehenen Steuer-

befreiungen reduzierten sich die Solleinnahmen aus dem Kohlenzoll von 2 100 000 £ auf 1 300 000 £.

Bemerkenswert ist die Stellung, welche die Irländer gegenüber dem Kohlenausfuhrzoll einnahmen. Obwohl Irland von demselben nicht betroffen wird, so stimmten doch die irischen Nationalisten gegen dessen Einführung, weil er, wie John Redmond im Unterhause ausführte, zur Fortsetzung des ungerechten Krieges in Südafrika erhoben werde!

Nach einer heftigen Debatte am 6. Mai 1901 wurde der Kohlenausfuhrzoll (1 s pro Tonne) mit 333 gegen 227 Stimmen vom Unterhause bewilligt.

Einer weit günstigeren Beurteilung als der Kohlenzoll begegnete die Erhöhung der Einkommensteuer. Nicht nur wurde sie als berechtigt anerkannt, sondern vielfach wurde gegen den Finanzminister, namentlich von Oppositionsmitgliedern, der Vorwurf erhoben, eine zu geringe Erhöhung der Einkommensteuer in Vorschlag gebracht zu haben. Das starke, stetige Anwachsen des ordentlichen Staatsbedarfs liess indessen befürchten, dass der Steuersatz der Einkommensteuer dauernd höher bleiben würde als vor Ausbruch des Krieges; aus diesem Grunde wünschten mehrere Mitglieder des Unterhauses zum Zwecke der Herbeiführung einer gerechteren Verteilung der Steuerlast eine weitere Ausgestaltung der Degression und eine schärfere Heranziehung des fundierten Einkommens. Sir Michael Hicks Beach wies jedoch darauf hin, dass eine Verbesserung der Einkommensteuer in gedachtem Sinne wegen ihres ertragssteuerartigen Systems grosse Schwierigkeiten bereiten würde; und wenn auch die Möglichkeit, eine derartige Reform durchzuführen, nicht ausgeschlossen sei, so würde sie doch besser für ruhigere Zeiten aufgespart bleiben. Mit 363 gegen 88 Stimmen wurde die auf 1 s 2 d erhöhte Einkommensteuer am 23. April 1901 vom Parlament genehmigt.

Der Vorschlag des Schatzkanzlers, die neue Anleihe von 60 000 000 £ durch Ausgabe von Konsols aufzunehmen, fand allgemeine Zustimmung, und bereits am 22. April 1901 machte Sir Michael Hicks Beach den ganzen Betrag des ihm durch den Kommissionsbeschluss vom 19. April 1901 mit 186 gegen 117 Stimmen bewilligten Kredits flüssig.

Selbstverständlich bedurfte er sämtlicher 60 000 000 £ weder auf einmal noch auch sofort, aber das Interesse des Fiskus und die Rücksicht auf den Geldmarkt und die Effektenbörse bewogen ihn, mit der neuen, grossen Anleihe in ihrer vollen Höhe möglichst bald an die Oeffentlichkeit zu treten. Auf diese Weise konnten nicht nur die günstigsten Bedingungen für den Fiskus erzielt werden, sondern es war dadurch auch die Möglichkeit geboten, zur Schonung des Geldmarkts die auf die Anleihe zu leistenden Teilzahlungen über einen längeren Zeitraum zu verbreiten. Dazu kam noch, dass die etwaigen, durch die Einzahlungen in der Staatskasse entstandenen Ueberschüsse zur Rückzahlung der fällig gewordenen Treasury Bills nutzbar verwendet werden konnten, und es im allgemeinen Interesse lag, den Effektenmarkt von dem Gefühl der Unsicherheit über die Art und Zeit der Aufnahme der Kriegsanleihe zu befreien.

Um der Unterbringung der seit den französischen Milliardenanleihen bedeutendsten Staatsanleihe einen aussichtsreichen Erfolg zu sichern, überliess der Finanzminister die Hälfte des Betrags, also 30 000 000 £, einem englisch-amerikanischen Bankkonsortium zum festen Kurs von 94½ %, während die andere Hälfte zu demselben Kurs zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurde. Die neuen 2¾ %igen Konsols, die ersten seit 1856 in England begebenen, wurden den alten in jeder Beziehung völlig gleichgestellt, insbesondere sollten sie sich auch wie diese am 5. April 1903 in 2½ %ige vor 1923 unkündbare Konsols verwandeln. Am Tage nach der Vorlegung des Budgets sank der Kurs der alten Konsols auf 94¼ %; der um ¼ % höhere Emissionskurs der neuen Anleihe stellte sich somit unter den gegebenen Verhältnissen für den Staat keineswegs ungünstig [1]). Bei der Anmeldung mussten wiederum 3 % des gezeichneten Betrags als Kaution hinterlegt werden. Die Teilzahlungen hatten in acht monatlichen Raten von 6½, 10 bezw. 15 % bis zum Dezember 1901 zu erfolgen. Vom 17. Mai ab konnte der volle Betrag unter Abzug von 2¾ % Zinsen entrichtet werden.

---

[1]) Siehe Tabelle 36.

Die zur Subskription aufgelegten 30 000 000 £ errangen einen grossen Erfolg. Die Zeichnungen erreichten den hohen Betrag von rund 200 000 000 £ [1]).

Eine sehr bemerkenswerte Tatsache für den Kredit des Deutschen Reiches ergibt sich aus der Erwägung, dass das Deutsche Reich, das um dieselbe Zeit 300 000 000 M. 3 %ige Reichsanleihe — nicht ganz den vierten Teil des von England ausgegebenen Betrags — emittierte, für seine um ¼ % (ab 5. April 1903 ½ %) höher verzinsliche Anleihe trotz des tiefsten Friedens, dessen es sich im Gegensatz zu England erfreute, nur 87½ %, also einen um 7 % niedrigeren Kurs erzielen konnte!

---

[1]) Von den fest überlassenen 30 000 000 £ übernahmen 11 000 000 £ N. M. Rothschild & Sons, 10 000 000 £ J. S. Morgan & Co. und 9 000 000 £ die Bank von England. Die Bank von England ihrerseits überliess 500 000 £ dem Staatssekretär für Indien und 2 000 000 £ der Schuldentilgungskommission. Bei der Zuteilung der subskribierten Beträge wurden die Anmeldungen für kleine Summen günstig behandelt. (P. D. 2. Mai 1901.)

Siebenter Abschnitt

Die achte Kriegsforderung, das dritte Kriegsbudget und die Finanzen Englands nach Beendigung des Kriegs

Im weiteren Verlauf des Finanzjahrs 1901/02 machten die Engländer in Südafrika nur geringe Fortschritte. Trotz der schärfsten kriegerischen Massnahmen, die sie gegen die Buren zur Anwendung brachten, konnte es ihnen nicht gelingen, sämtlicher noch im Felde stehenden Burenkommandos Herr zu werden. Am meisten machten ihnen die Generale De Wet, Botha und Delarey zu schaffen. So kam es, dass Lord Kitchener fortwährend neuer Verstärkungen bedurfte. Nicht weniger als 179 000 Pferde wurden während des Jahres 1901 von allen Weltteilen nach Südafrika verschifft, und die englischen Streitkräfte, die am 1. Januar 1902 aus 237 800 Mann bestanden, hatten seit 1. Mai 1901 mehr als 40 000 Mann neue Ersatztruppen erhalten.

Unter diesen Verhältnissen erwies sich selbst der hochbemessene Voranschlag von 58 230 000 £, der bereits die Liquidationskosten des Krieges enthalten sollte, für die Fortführung des Krieges als unzureichend. Bald nach Eröffnung des Parlaments im Januar 1902 brachte die Regierung eine Nachtragsforderung von 5 000 000 £ [1]) zum Ankauf von Remonten und zur Beschaffung von Lebensmitteln für die Truppen in Südafrika im Unterhause ein.

Dieser vom Parlament bewilligte Betrag konnte aus den Mitteln, die dem Schatzkanzler von dem Erlös der Konsols noch zur Verfügung standen, reichliche Deckung finden.

---

[1]) Siehe Tabelle 37.

Am 14. April 1902 legte sodann Sir Michael Hicks Beach dem Parlament sein 3. Kriegsbudget vor.

Der Rückgang in der wirtschaftlichen Hochkonjunktur in Grossbritannien, der sich bereits gegen Ende 1900 bemerkbar machte, hatte während des Jahres 1901 angehalten. Die unerwartet lange Dauer des Kriegs, die Last der Kriegssteuern, die Landestrauer infolge des Todes der Königin Viktoria und die wirtschaftliche Krisis in Deutschland hatten auf die Tätigkeit vieler Erwerbszweige lähmend eingewirkt. Zwar hatte der britische Aussenhandel im Jahre 1901 quantitativ zugenommen, aber dem Wert nach war er hinter den Ergebnissen des Vorjahrs erheblich zurückgeblieben [1]). Besonders der Wert der Ausfuhr einheimischer Produkte erfuhr eine ganz bedeutende Abnahme. Und wenn auch das Sinken des Kohlenpreises für die kohlenkonsumierenden Industriezweige von günstigem Einfluss war, so führte doch der allgemeine Rückgang der Warenpreise zu einer Herabsetzung der Arbeitslöhne und infolgedessen zu einer Schwächung der Kaufkraft der Massen der arbeitenden Bevölkerung. Tatsächlich ging denn auch der Verbrauch von Bier, Branntwein und Tabak im Jahre 1901 nicht unerheblich zurück, so dass die Steuereinnahmen aus diesen Artikeln einen sehr wesentlichen Ausfall erlitten [2]).

Trotz dieser Ausfälle überschritten aber die gesamten Einnahmen des Schatzamts im Jahre 1901/02 mit 142 998 000 £ [3]) den Voranschlag um 543 000 £. Dieses im allgemeinen befriedigende Ergebnis war in erster Linie dem glänzenden Erfolg des Zuckerzolls und dem unerwartet hohen Ertrag der Einkommensteuer zu verdanken. Der Zuckerzoll ergab 6 390 000 £ oder 1 290 000 £ mehr als im Sollbudget vorgesehen war. Ein Teil dieser Mehreinnahmen war allerdings der in Erwartung einer Zollerhöhung gesteigerten Zuckereinfuhr zuzuschreiben, aber, abgesehen davon, waren die Verhältnisse auf dem Zuckermarkt während des Jahres 1901 für die Zuckersteuer besonders günstig. Die ausnahmsweis reichliche Rübenzuckerernte auf dem Kontinent bewirkte eine derartige Stei-

[1]) Siehe Tabelle 38.
[2]) Siehe Tabelle 39.
[3]) Siehe Tabelle 4.

gerung der Zuckereinfuhr nach England, dass der Ankaufspreis des Zuckers in Grossbritannien vorübergehend unter den bis dahin niedrigsten Preisstand vom Jahre 1897 herabsank, und die neue Zuckersteuer nur eine ganz geringe, in manchen Fällen überhaupt keine Erhöhung des vorjährigen Zuckerpreises im Kleinhandel zur Folge hatte[1]). Während des ersten Jahres seines Bestehens wurde der neue Zuckerzoll vom englischen Volke kaum empfunden.

Ein ebenfalls über alle Erwartung günstiges finanzielles Ergebnis lieferte die Einkommensteuer. Die Einnahmen des Schatzamts aus dieser Quelle betrugen nicht weniger als 34 800 000 £, d. i. 1 000 000 £ mehr, als erwartet worden war. Trotz der Erhöhung des Steuersatzes der Einkommensteuer von 1 s auf 1 s 2 d stieg der Ertrag eines Penny, entgegen den gehegten Erwartungen, im Jahre 1901/02 von 2 400 000 £ auf die noch nie zuvor erreichte Höhe von 2 500 000 £.

Nicht so günstig wie der Ertrag des Zuckerzolls und der Einkommensteuer, aber immerhin befriedigend stellten sich die Einnahmen aus dem neuen Kohlenzoll. Mit 1 314 000 £ überstiegen sie den Voranschlag um 14 000 £. Die gesamte britische Kohlenausfuhr im Finanzjahr 1901/02 war zwar im Vergleich zum Vorjahr von 45 153 000 (engl.) t auf 44 064 000 t zurückgegangen, doch lag der Grund hierfür nicht so sehr in der Einführung des Kohlenzolls als vielmehr in der durch die wirtschaftliche Depression verminderten Nachfrage des Auslands nach britischen Kohlen. Nirgends in ihren bisherigen Hauptabsatzgebieten machte sich eine ernstliche Verdrängung der britischen Kohle durch fremde Kohle bemerkbar. Von einem Ruin der britischen Kohlenindustrie durch den Zoll, wie sie von einigen Interessenten in etwas übertriebener Weise prophezeit wurde, konnte selbstverständlich keine Rede sein.

Die ursprünglich auf 187 602 000 £ berechneten Sollausgaben des Jahres 1901/02 erhöhten sich durch die im Laufe des Jahres noch notwendig gewordenen Nachtragsforderungen auf 196 916 000 £. Da jedoch hiervon 1 394 000 £ erspart wurden, so stellten sich die Istausgaben des Rechnungsjahres 1901/02

[1]) Siehe Tabellen 40 und 41.

auf 195 522 000 £[1]). Der Krieg in Südafrika erforderte 71 037 000 £, der Chinafeldzug 2 160 000 £. Zur Deckung der Istausgaben standen dem Schatzamt, wie bereits oben erwähnt, nur 142 998 000 £ Isteinnahmen zur Verfügung, und es ergab sich daher für das Jahr 1901/02 ein Defizit von 52 524 000 £. Dieser Fehlbetrag konnte indessen durch den Erlös der emittierten Konsols, der sich auf 56 553 000 £ bezifferte, nicht nur völlig gedeckt werden, sondern es verblieb sogar noch ein Ueberschuss von 4 029 000 £, durch welchen sich das Bankguthaben des Schatzamts am Schlusse des Finanzjahres auf 8 567 000 £ gegen 5 597 000 £ des Vorjahrs erhöhte.

Von den Kriegsausgaben des Jahres 1901/02 wurden 20 673 000 £ (28%) durch Steuern, 52 524 000 £ (72%) durch Kreditaufnahme bestritten.

Die fundierte Staatsschuld, die sich am 31. März 1902 auf 609 587 000 £[2]) belief, erfuhr während des Jahres 1901/02 eine doppelte Veränderung. Einerseits erhöhte sie sich durch die Ausgabe der Kriegsanleihe um 60 000 000 £, während anderseits sie durch den Umtausch von Konsols gegen Leib- und Zeitrenten und durch anderweitige Schuldentilgung um 1 595 000 £ zurückging. Der gegen Leib- und Zeitrenten umgetauschte Betrag hatte sich im Jahre 1901/02 gegenüber dem Vorjahre — vielleicht infolge des niedrigeren Kurses der Konsols — von 1 160 000 £ auf 1 242 000 £ erhöht.

Dagegen verringerte sich die unfundierte Schuld am Ende des Finanzjahres 1901/02 infolge der Rückzahlung des dem Schatzamt von der Bank von England vorübergehend gewährten Vorschusses von 3 000 000 £ auf 75 133 000 £[3]).

Der Kapitalwert der Annuitäten betrug nach der Berechnung vom 31. März 1902 63 191 000 £[4]).

Was nun den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1902/03 anbetrifft, so betrugen die gesamten, ordentlichen und ausser-

---

[1]) Siehe Tabelle 16.
[2]) Siehe Tabellen 20 und 21.
[3]) Siehe Tabellen 42 und 27.
[4]) Siehe Tabelle 21.

ordentlichen Ausgaben des Schatzamts 174 609 000 £[1]). Im Vergleich zum Vorjahre erhöhte sich der ordentliche Staatsbedarf um 1 787 000 £ auf 129 159 000 £, während sich die Ausgaben für den Krieg von 60 230 000 £ auf 45 450 000 £ ermässigten. Dieser Rückgang in den Kriegskosten war jedoch nur scheinbar. Die vorgenannten 45 000 000 £ waren berechnet für den Unterhalt des Kriegsheeres in Südafrika in seiner damaligen Stärke auf die Dauer von 8—9 Monaten, enthielten aber noch nicht, wie die 60 000 000 £ des Vorjahrs, die Kosten für die Demobilisation der Truppen nach Beendigung des Kriegs. Aus diesem Grunde machte der Schatzkanzler den Vorschlag, zu den 45 000 000 £ noch 16 750 000 £ hinzuzufügen, so dass sich der geschätzte Kriegsbedarf in Wirklichkeit auf 62 200 000 £ bezifferte. Dass die Regierung einen solch enormen Betrag zur erfolgreichen Durchführung des Kriegs für nötig erachtete, war umso auffallender, als bereits damals die Konferenzen der Burenführer die Aussicht auf einen nahe bevorstehenden Friedensschluss eröffneten. Der wirkliche Ausgang der Friedensverhandlungen war allerdings noch immer äusserst unsicher, und der Schatzkanzler hielt es daher für seine Pflicht, den schlimmsten Fall in Aussicht zu nehmen, um im Interesse der Herbeiführung eines baldigen Friedens durch die hohe Kriegsforderung seitens der Regierung und deren Bewilligung durch das Parlament zum Ausdruck zu bringen, dass England fest entschlossen sei, den Krieg selbst unter den schwersten Opfern siegreich zu Ende zu bringen. Ausserdem aber waren 750 000 £ zur Deckung eines Teils der Kosten der südafrikanischen Polizeitruppe, 250 000 £ zur Unterstützung der Zuckerindustrie in den westindischen Kolonien für die Zeit bis zur Abschaffung der Zuckerprämien und 750 000 £ für die Zinsen der neuen Anleihe erforderlich. Der Sollbedarf für das Jahr 1902/03 erhöhte sich auf diese Weise von 174 609 000 £ auf 193 109 000 £. Die Einnahmen auf Grund der bestehenden Steuern wurden auf 147 785 000 £[2]) veranschlagt, so dass sich für das Rechnungsjahr 1902/03 ein voraussichtliches Defizit von 45 324 000 £. ergab.

[1]) Siehe Tabelle 15.

[2]) Siehe Tabelle 4.

Da jedoch von dem Erlös der Konsols noch ein Ueberschuss von 4 000 000 £ zur Verfügung stand, und zunächst die Schuldentilgung wiederum eingestellt werden sollte, so reduzierte sich der zu deckende Fehlbetrag auf 37 000 000 £.

Von diesen 37 000 000 £ sollten nun nach dem Vorschlag des Schatzkanzlers:

2 000 000 £ durch Erhöhung der Einkommensteuer von 14 d (5,83 %) auf 15 d (6,25 %),

500 000 £ durch Erhöhung des von Sichtwechseln und Schecks erhobenen Pennystempels auf 2 d und

2 650 000 £ durch Erhebung eines Zolls von 3 d für den Zentner Korn und von 5 d für den Zentner Mehl

aufgebracht und der Rest von etwa 32 000 000 £ durch eine neue Anleihe aufgenommen werden [1]).

Im Unterhause wurde diesen Anträgen, wie dem Budget überhaupt, selbst auf der Regierungsseite eine überaus kühle Aufnahme zu teil. Von den vom Finanzminister zur Deckung des Defizits gemachten Vorschlägen war zweifellos der Antrag auf Wiedereinführung eines Kornzolls der wichtigste. Die Regierung betonte, der neue Getreidezoll könnte und sollte nicht zum Schutze des britischen Getreidebaus dienen. Der Schatzkanzler berief sich dabei auf Gladstone und wies auf die Registergebühr hin, die nach der Beseitigung der Kornzölle von 1849—69, also während der Blütezeit des englischen Freihandels, in Höhe von einem Schilling pro Quarter bezw. seit 1864 von 3 d pro Zentner bei der Einfuhr von Getreide nach England zur Erhebung gelangte. Einzig und allein der durch den Krieg hervorgerufenen Finanznot verdankte er seine Entstehung, und der Zweck seiner Wiedereinführung war in erster Linie, der leeren Staatskasse vermehrte Einnahmen zuzuführen. Nichtsdestoweniger wurde er von den Liberalen aufs heftigste bekämpft, einmal, weil er durch Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel, deren Steuerfreiheit als einer der wichtigsten und unverletzbarsten Grundsätze der englischen Finanzpolitik galt, die ärmsten Klassen des Volks am schwersten belastete, und zweitens, weil durch ihn die seit mehr als

[1]) Siehe Tabelle 43.

einem halben Jahrhundert aufrechterhaltene Freihandelspolitik Englands bedroht schien. Dies umsomehr als für den Fall, dass die neue „Registergebühr" nicht bloss vorübergehend zur Deckung der Kriegskosten, sondern dauernd erhoben werden sollte, durch deren Einführung die Möglichkeit geschaffen war, den britischen Kolonien, die seit Jahren auf Grund von Vorzugszöllen einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluss mit dem Mutterland anstreben, zu diesem Zweck bei der Einfuhr ihres Getreides nach Grossbritannien Vergünstigungen zu gewähren. Die Vertreter der Regierung versicherten jedoch wiederholt, dass die neuen Korn- und Mehlzölle nur als Finanzzölle zu betrachten seien, und so wurde denn unter dieser Zusicherung die neue Registergebühr, für welche sich nur gewisse schutzzöllnerische Agrarier begeistern konnten, in der entscheidenden Abstimmung vom 22. April 1902 mit 283 gegen 197 Stimmen vom Unterhause angenommen.

Am unglücklichsten war der Vorschlag bezüglich der Verdoppelung des Pennystempels. Wegen der störenden Einwirkung dieser Steuererhöhung auf den Scheckverkehr begegnete der diesbezügliche Antrag des Schatzkanzlers einer solch allgemeinen Verurteilung, dass dieser sich genötigt sah, im Interesse des englischen Geldwesens seinen Antrag am 12. Mai 1902 zurückzuziehen.

Die bereitwilligste Zustimmung fand wiederum die Erhöhung der Einkommensteuer, und auch der neue Anleihekredit wurde mit grosser Mehrheit bewilligt.

Zwei Tage nach der Vorlage des Budgets, am 16. April 1902, erfolgte die Begebung der 32 000 000 £ 2¾ %igen neuen Konsols. Wie im Jahre 1901 bei der Anleihe von 60 000 000 £, so wurde auch diesmal die Hälfte, 16 000 000 £, einer Anzahl englischer und amerikanischer Banken zum Kurse von 93½ % fest überlassen, und die andere Hälfte zu demselben Kurs zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Emissionskurs stellte sich für die Zeichner äusserst günstig; noch am 15. April 1902 notierten die alten 2¾ %igen Konsols an der Londoner Börse 94⅝ %. Die Bedingungen waren wie üblich. Bei den Anmeldungen war eine Kaution von 3 % zu hinterlegen. Die Einzahlungen hatten in sechs monatlichen Raten von 5½, 10,

15 und 20 % bis zum Oktober 1902 zu erfolgen. Vom 7. Mai ab konnte der zugeteilte Betrag gegen 2¾ % Diskont voll einbezahlt werden.

Der Erfolg der Anleihe war sehr befriedigend. Nachdem die aufgelegten 16 000 000 £ mehrfach überzeichnet waren, wurde die Zeichnungsliste am 18. April, 3 Tage vor dem Endtermin, geschlossen. Die Zuteilungen erfolgten pro rata der Anmeldungen, jedoch so, dass niemand weniger als 100 £ erhielt.

Kaum war die erste Einzahlung auf die Anleihe geleistet, als am 31. Mai 1902 der Krieg zu Ende ging, und der Friedensschluss einen Teil des für den Krieg vorgesehenen Bedarfs entbehrlich machte. Nach dem revidierten Budget, das der Schatzkanzler infolge der Beendigung des Kriegs am 4. Juni 1902 dem Unterhause vorlegte, betrug die Verminderung der Kriegskosten jedoch nur 16 750 000 £; die Gesamtausgaben stellten sich auf 171 719 000 £, die Einnahmen auf 152 435 000 £ [1]). Das Defizit betrug demnach 19 284 000 £. Da sich jedoch der Erlös der Kriegsanleihe auf 29 920 000 £ belief, so ergab sich ein Ueberschuss von 10 636 000 £. Trotz dieses Ueberschusses wurden nun nicht, wie vielfach erwartet und gewünscht wurde, die neu eingeführten Steuern erlassen, sondern 4 640 000 £ davon wurden zur Wiederherstellung des neuen Schuldentilgungsfonds verwendet, während die übrigen 5 996 000 £ zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben bezw. zur Rückzahlung der unfundierten Schuld frei verfügbar blieben.

Indessen auch die Beendigung des Kriegs erwies sich als äusserst kostspielig. Obgleich der Krieg während des Jahres 1902/03 nur 2 Monate dauerte, betrugen die Kriegskosten in diesem Jahr ausschliesslich des Vorschusses von 3 000 000 £, der den beiden neuen Kolonien gewährt wurde, 51 782 000 £. Das Finanzjahr 1902/03 schloss trotz der aufgenommenen Kriegsanleihe abermals mit einem Fehlbetrag von 3 057 000 £, die vorübergehend bis zum Eingang der von Transvaal aus dem Erlös

[1]) Siehe Tabelle 44.

der garantierten Anleihe [1]) zurückzubezahlenden 3 000 000 £ den Exchequer balances entnommen wurden; den Istausgaben von 184 484 000 £ [2]) standen 151 552 000 £ [3]) als Isteinnahmen gegenüber.

Von den 52 132 000 £, die der Krieg in Südafrika und die Chinaexpedition erforderten, wurden 22 205 000 £ (42 %) durch Jahreseinnahmen (Steuern), 29 927 000 £ (58 %) durch ausserordentliche Einnahmen (Anleihen) bestritten.

Die Gesamtkosten des südafrikanischen Kriegs und des Chinafeldzugs bis zum 31. März 1903 betrugen nach den Angaben des Schatzkanzlers Ritchie, des Nachfolgers von Sir Michael Hicks Beach, 217 156 000 £; davon entfielen auf den ersteren 211 156 000 £, auf den letzteren 6 010 000 £. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass England nun von Transvaal ausser dem Vorschuss eine Kriegsentschädigung von 30 000 000 £ [4]) und von China eine solche von etwa 6 000 000 £ zu fordern hat.

Von den 217 156 000 £ Kriegskosten wurden 67 500 000 £ (31 %) durch Steuern bezw. durch ordentliche Einnahmen und 149 500 000 £ (69 %) durch Anleihen gedeckt.

Seit 5 Jahren zum ersten Male wieder zeigte der Voranschlag für das Finanzjahr 1903/04 an Stelle eines Defizits

---

[1]) Die im Jahre 1903 unter englischer Garantie, vornehmlich zur wirtschaftlichen Hebung der neuen Kolonien, in England aufgenommene 3%ige Transvaalanleihe von 30 000 000 £ hatte einen ganz ausserordentlichen Erfolg. Sämtliche 30 000 000 £ wurden zu pari zur öffentlichen Subskription aufgelegt. Die Zeichnungen erreichten die enorme Höhe von 1 174 000 000 £. Die Zahl der Zeichner betrug 115 400. Von den Zeichnungen lauteten 145 auf je 1 000 000 £, 89 je über 1 000 000 £ und weniger als 5 000 000 £, 5 über 10 000 000 £ und weniger als 20 000 000 £, 4 zwischen 20 000 000 und 30 000 000 £ und 1 auf 30 000 000 £.

[2]) Siehe Tabelle 16.

[3]) Siehe Tabelle 4.

[4]) Die von den Transvaaler Minenmagnaten garantierte Kriegsentschädigungsanleihe von 30 000 000 £ ist nach den Vereinbarungen mit der britischen Regierung in drei gleichen Raten aufzunehmen. Die erste Rate mit 10 000 000 £ sollte ursprünglich im Januar 1904 begeben werden; infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Transvaal wurde jedoch, mit Zustimmung der englischen Regierung, die Aufnahme dieser Anleihe auf unbestimmte Zeit verschoben.

einen Ueberschuss. Nach dem ursprünglichen Sollbudget für dieses Jahr bezifferten sich die Einnahmen auf Grund der bestehenden Steuern auf 154 770 000 £ [1]), während zur Deckung der Ausgaben nur 144 331 000 £ [2]) erforderlich waren. Der Schatzkanzler konnte hiernach über 10 439 000 £ zur Erleichterung der Kriegssteuerlast verfügen. Den berechtigtsten Anspruch auf Steuererleichterung hatten unzweifelhaft die Einkommensteuerzahler; hatten doch sie allein mehr als die Hälfte des Ertrags der Kriegssteuern aufgebracht. Demgemäss wurde denn auch in erster Linie die Einkommensteuer herabgesetzt, und zwar um 4 d von 1 s 3 d auf 11 d pro £. Dadurch ermässigten sich die Solleinnahmen aus der Einkommensteuer von 39 000 000 £ auf 30 500 000 £, und von dem Ueberschuss blieben daher noch rund 2 000 000 £ zu einem weiteren Steuernachlass verfügbar. Diese 2 000 000 £ entsprachen ungefähr den Einnahmen aus dem neuen Kornzoll; und, da dessen Wiedereinführung aus den bereits früher erwähnten, prinzipiellen Gründen nicht bloss auf liberaler Seite dem lebhaftesten Widerstand begegnete, sondern auch mehrere Anhänger der Regierung dem gegnerischen Lager zuführte, so wurde auf Antrag des Schatzkanzlers die im Jahre 1902 neu eingeführte Registergebühr mit grosser Mehrheit vom Parlament ab 1. Juli 1903 wieder aufgehoben.

---

[1]) Siehe Tabelle 4.
[2]) Siehe Tabelle 15.

Schluss

Nahezu 4500000000 Mk. hatte also England innerhalb eines Zeitraums von 4 Jahren ausser seinen laufenden Ausgaben von rund 10000000000 Mk. an Kriegskosten zu decken. Sicherlich selbst für das kapitalreiche England keine geringe Aufgabe!

Wenn man aber bedenkt, mit welch staunenerregender Leichtigkeit der englische Fiskus in der kurzen Zeit diese gewaltigen Summen ohne ernstliche Gefährdung für die britische Volkswirtschaft aufbringen konnte, so dürfte es am Schlusse unserer Ausführungen wohl angebracht sein, kurz die Gründe hervorzuheben, denen das günstige Ergebnis bei der Beschaffung der Kriegsgelder hauptsächlich zu danken war.

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen hierfür war natürlich vor allem der ungeheure Kapitalreichtum, über welchen Grossbritannien selbst verfügt. Allein das Nationalvermögen ist ja nicht identisch mit dem Vermögen des Staats. Damit dieser seiner Aufgabe gerecht werden konnte, mussten der Staatskasse die erforderlichen Geldmittel erst zugeführt werden. Dies geschah, wie wir gesehen haben, auf zwei verschiedenen Wegen, einmal auf öffentlichrechtlichem Wege durch Erhebung von Steuern und zweitens auf privatrechtlichem Wege durch Aufnahme von Anleihen. Ausser dem englischen Nationalreichtum waren also das englische Steuersystem, mittels dessen sich der Staat zwangsweise einen Teil der zur Kriegsführung nötigen Mittel verschaffte, und der englische Staatskredit, der dem Schatzamte nicht bloss einheimische, sondern auch fremde Kapitalien freiwillig zur Deckung der Kriegskosten zur Verfügung stellte, von massgebender Bedeutung. Dazu kam aber noch ein weiteres Moment. Es wäre zweifellos unmöglich gewesen, dem englischen Volke in 4 Jahren eine Kriegssteuer-

last von 1500000000 Mk. aufzubürden, wenn nicht dieses in seiner grossen Mehrheit mit der Politik der Regierung einverstanden gewesen wäre und bis dahin ein Steuersystem mit völliger Freilassung des Existenzminimums in England geherrscht hätte. Dass ersteres aber tatsächlich der Fall war, geht aus den Ausführungen der vorangegangenen Abschnitte wohl zur Genüge hervor.

Unter der allgemeinen Gunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche infolge der weiten Entfernung des Kriegsschauplatzes durch den Krieg nur in verhältnismässig geringem Masse beeinträchtigt wurde, gestalteten sich die Jahreseinnahmen des Staats während der ganzen Dauer des Kriegs, namentlich aber zu Beginn desselben, ausnehmend günstig. Das englische Steuersystem erwies sich nicht nur als elastisch und beweglich, sondern, was noch von höherer Bedeutung war, als der Krieg sich in die Länge zog und infolgedessen ungeheure Geldsummen verschlang, dank der Beschränkung der indirekten Besteuerung in Friedenszeiten auf wenige allgemeine, aber nicht unentbehrliche Genussmittel, als sehr erweiterungsfähig. In geradezu glänzender Weise bewährte sich die Einkommensteuer als Steuerreserve für einen grossen Krieg. Es dürfte wohl kaum eine zweite Steuer geben, deren Ertrag von 367200000 Mk. durch Erhöhung des Steuersatzes um 87½ % in vier Jahren auf 797500000 Mk. gesteigert werden kann. Ein Beweis nicht nur für den Reichtum Englands, sondern auch dafür, dass die Einkommensteuer trotz mancher Mängel, die sie aufweist, die Quellen des englischen Einkommens im allgemeinen wirklich und richtig erfasst. Mehr als die Hälfte (813600000 Mk.) des durch die Kriegssteuern aufgebrachten Betrags entfiel auf die Einkommensteuer. Da aber die Einkommensteuer nur Einkommen über 3200 Mk. trifft, so war die Heranziehung der nicht einkommensteuerpflichtigen Steuerzahler zur Bestreitung eines Teils des Kriegsaufwands durch Erhöhung bezw. Neueinführung von indirekten Steuern finanzpolitisch durchaus berechtigt. Von den neuen indirekten Steuern war die Zuckersteuer entschieden die einwandfreiste; doch liessen sich auch der Kohlenzoll, der ja zum Teil vom Ausland getragen wird, und selbst die am heftigsten bekämpfte,

durch das Finanzgesetz von 1903 bereits wieder beseitigte Getreideregistergebühr, wenn nicht vom handelspolitischen und bezüglich der letzteren auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus, so doch unter den gegebenen Verhältnissen in finanzpolitischer Beziehung einigermassen rechtfertigen.

Aber noch in anderer Hinsicht erwies sich das englische Finanzsystem als kriegsbereit. England besitzt zwar nicht wie das Deutsche Reich einen Kriegsschatz in barem Geld, aber die Operationen bezüglich der ordentlichen Schuldentilgung, die in Friedenszeiten zur Kräftigung des Staatskredits dient, können bei Ausbruch eines Krieges in England eine ähnliche Rolle spielen. Denn durch Aufhebung der Schuldentilgung wird der zur Kapitalrückzahlung der Staatsschuld bestimmte Betrag zur Deckung der Kriegsausgaben sofort ohne weiteres verfügbar. Allerdings wurde bei Ausbruch des Kriegs in Südafrika die Schuldentilgung nicht sofort eingestellt; wegen der 10 000 000 £, mit denen man den Krieg glücklich zu Ende bringen zu können glaubte, hielt man dies nicht für erforderlich. Immerhin aber konnten durch die nachträgliche Suspendierung der Kapitalrückzahlungen gewisser Annuitäten und des neuen Tilgungsfonds mehr wie 188 000 000 Mk. der laufenden Einnahmen zur Bestreitung der Kriegskosten verwendet werden.

War nun auch durch die Einführung der Kriegssteuern die Steuerkraft Englands noch keineswegs erschöpft, so hätte doch selbst die stärkste Anspannung derselben nicht vermocht, die Kriegskosten rechtzeitig durch Jahreseinnahmen völlig zu decken. Zu diesem Zweck bedurfte es ausserdem der Inanspruchnahme des staatlichen Kredits; diese Erfahrung machte bereits Gladstone, als er im Jahre 1853 versuchte, die Ausgaben des Krimkriegs ausschliesslich durch den Ertrag neueingeführter Steuern zu bestreiten. Ueberdies begünstigte die Hoffnung auf den Empfang einer Kriegsentschädigung die Aufnahme von Anleihen. In dieser Erwartung wurde zunächst die unfundierte Schuld vermehrt, und erst als diese eine gewisse Höhe erreicht hatte, ging man zu der Begebung von neuen Konsols über. Bei dem grossen Kapitalreichtum Englands und dem vorzüglichen Staatskredit, dessen sich England

erfreut, bot die Aufnahme selbst der grössten Anleihe von 1 224 000 000 Mk. keine allzu grosse Schwierigkeit. Trotz des verhältnismässig geringen Zinsertrags, welchen die englischen Konsols abwerfen, beteiligte sich das Ausland, vor allem Amerika, an der Uebernahme der Kriegsanleihen und kam so dem einheimischen Kapital zu Hilfe. Bemerkenswert ist, dass bei der Begebung der Anleihen nicht einseitig nur das Interesse des Fiskus, sondern auch das des inländischen Geldmarkts und der Effektenbörse Berücksichtigung fand, und es ist nicht zu verkennen, dass diese Rücksichtnahme wesentlich zu dem Erfolg beitrug, der bei der Aufnahme der einzelnen Anleihen erzielt wurde. Der Kurs der Konsols ging im Laufe des Kriegs erheblich zurück; Ende Mai 1899 stellte er sich auf 109 5/8, Ende Mai 1902 dagegen auf 96 3/8. Der Kursrückgang ist jedoch zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass der Zeitpunkt, in welchem der Zinsfuss der Konsols automatisch von 2 3/4 % auf 2 1/2 % herabsank, immer näher rückte. Nichtsdestoweniger war der Kurs der englischen Konsols während der ganzen Dauer des Kriegs noch immer bedeutend höher als der der deutschen Staatsfonds [1]).

Und nun, unmittelbar nachdem sich das auf dem Freihandel beruhende englische Finanzsystem in einer der schwersten Krisen, welche England in den letzten 100 Jahren durchzumachen hatte, aufs glänzendste bewährte, wird in England von der Chamberlainschen Bewegung vorgeschlagen, dieses Finanzsystem zu verlassen und zu einem Schutzzollsystem zurückzukehren, das dem englischen Volke noch schwerere Opfer auferlegen würde, als dies der Krieg in Südafrika bereits tat, und nichts anderes bedeutete als eine Ausbeutung des Mutterlandes durch die Kolonien. Es ist schon hiernach begreiflich, dass sämtliche Finanzautoritäten, nicht nur die liberalen, sondern auch Goschen, Hicks-Beach und Ritchie, gegen Chamberlains Pläne heftigst widerstreben.

---

[1]) Siehe Tabelle 51.

Tabellen

Tabelle 1

Finanzjahr	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuss
	£	£	£
1895/96	101 974 000	97 764 000	4 209 000
1896/97	103 950 000	101 477 000	2 473 000
1897/98	106 614 000	102 936 000	3 678 000
1898/99	108 336 000	108 150 000	186 000
1895—1899	420 874 000	410 327 000	10 546 000

(Statistical Abstract for the U. K. von 1886—1900. London 1901, S. 1.)

Tabelle 2

Ausgaben für Heer und Marine von 1895—1899

Etatsjahr	Heer	Marine
	£	£
1894/95	17 900 000	17 545 000
1895/96	18 460 000	19 724 000
1896/97	18 270 000	22 170 000
1897/98	19 330 000	20 850 000
1898/99	20 000 000	24 068 000

(Finance Accounts, 1895—1899.)

Tabelle 3

Schuldentilgung

Finanzjahr	Annuitäten (Kapitalrückzahlung)	Neuer „Sinking Fund“	Alter „Sinking Fund“	Gesamtbetrag
	£	£	£	£
1895/96	4 986 052	2 152 774	765 341	—
1896/97	5 766 949	1 453 994	—	—
1897/98	5 998 985	1 361 307	—	—
1898/99	6 182 142	1 394 459	1 128 010	—
	22 934 128	6 362 534	1 893 351	31 190 013

(Fortsetzung dieser Tabelle siehe S. 73.)

Tabelle 4

Soll- und Ist-Einnahmen (erstere auf Grund jeweils bestehender Steuern) von 1898/99—1903/04

(in 1000 Pfund Sterling)

	Ist-Einnahmen 1898/99	Soll-Einnahm. 1899/1900	Ist-Einnahm. 1899/1900	Soll-Einnahmen 1900/01	Ist-Einnahmen 1900/01	Soll-Einnahmen 1901/02	Ist-Einnahmen 1901/02	Soll-Einnahmen 1902/03	Ist-Einnahmen 1902/03	Soll-Einnahmen 1903/04
Zölle	20 850	21 350	23 800	20 718	26 262	23 600	30 993	32 800	34 433	36 640
Inländ. Verbrauchssteuern	29 200	29 850	32 100	31 000	33 100	33 100	31 600	32 700	32 100	32 700
Nachlasssteuern	11 400	11 150	14 020	13 000	12 980	14 000	14 200	13 200	13 850	13 300
Stempelsteuern	7 630	7 600	8 500	8 550	7 825	8 000	7 800	8 200	8 200	8 400
Landsteuer	770	800	790	800	755	750	725	740	725	750
Haussteuer	1 600	1 650	1 670	1 650	1 720	1 750	1 775	1 760	1 825	1 850
Einkommensteuer	18 000	18 300	18 750	19 000	26 920	30 000	34 800	36 600	38 800	39 000
Steuereinnahmen	89 450	90 700	99 630	94 718	109 562	111 200	121 893	126 000	129 933	132 640
Postamt	12 710	13 200	13 300	13 800	13 800	14 300	14 300	14 800	14 750	15 300
Telegraphenamt	3 150	3 300	3 350	3 550	3 450	3 450	3 490	3 630	3 630	3 800
Domänen	430	450	450	450	500	475	455	475	455	445
Suezkanalaktien und sonstige Aktien	713	787	834	850	830	830	870	880	958	935
Verschiedene Einnahmen	1 883	1 850	2 276	1 900	2 243	2 000	1 990	2 000	1 826	1 650
Gesamteinnahmen	108 336	110 287	119 840	115 268	130 385	132 255	142 998	147 785	151 552	154 770
Soll-Einnahmen der neueingeführten Steuern:										
Zölle	—	420	—	2 902	—	6 400	—	2 400	—	—
Inländ. Verbrauchssteuer	—	—	—	2 550	—	—	—	—	—	—
Stempelsteuern	—	450	—	—	—	—	—	—	—	—
Einkommensteuer	—	—	—	6 800	—	3 800	—	2 000	—	—
	108 336	111 157	119 840	127 520	130 385	142 455	142 998	152 185	151 552	154 770

Englische Staatsschuld

Stand	Fundierte Schuld	Zeitrenten	Unfundierte Schuld	Gesamtbetrag
	£	£	£	£
am 31. März 1895	586 015 919	53 582 722	17 400 300	—
am 31. März 1899	583 186 305	36 243 280	8 133 000	—
	—2 829 614	—17 339 442	—9 267 300	—29 436 356

(Statistical Abstract for the U. K. 1886—1900, S. 15.

Tabelle 5

Zolleinnahmen im Jahre 1898/99

(Abgerundete Ziffern nach Finance Accounts 1898/99 S. 18/19)

Tabak	10 994 000 £	
Branntwein	4 236 000 „	
Tee	4 024 000 „	
Wein	1 399 000 „	
	20 653 000 £ =	96 %
Getrocknete Früchte	382 000 £	
Kakao und Schokolade	194 000 „	
Kaffee und Zichorie	226 000 „	
Bier	17 000 „	
Alle übrigen Artikel	10 000 „	
	829 000 £ =	4 %
Gesamtsumme	21 482 000 £ =	100 %.

Tabelle 6

Ertrag der Verbrauchssteuern im Jahre 1898/99

(Abgerundete Ziffern nach Finance Accounts 1898/99 S. 20)

Bier	11 638 000 £ =	39 %
Branntwein	17 109 000 „ =	59 %
	28 747 000 £ =	98 %
Zichorie	1 400 £	
Eisenbahnsteuer	309 000 „	
Lizenzabgaben	247 000 „	
	557 400 £ =	2 %
Gesamtsumme	29 304 400 £ =	100 %.

Tabelle 7

1.	Ueber	100	£	und unter	500	£	1 %
2.	„	500	„	„ „	1 000	„	2 %
3.	„	1 000	„	„ „	10 000	„	3 %
4.	„	10 000	„	„ „	25 000	„	4 %
5.	„	25 000	„	„ „	50 000	„	4½ %
6.	„	50 000	„	„ „	75 000	„	5 %
7.	„	75 000	„	„ „	100 000	„	5½ %
8.	„	100 000	„	„ „	150 000	„	6 %
9.	„	150 000	„	„ „	250 000	„	6½ %
10.	„	250 000	„	„ „	500 000	„	7 %
11.	„	500 000	„	„ „	1 000 000	„	7½ %
12.	„	1 000 000	„				8 %.

(Taxes and Imposts 1899. 321.)

Tabelle 8

Istausgaben 1898/99

	Pfund Sterling	
I. Lasten des Konsolidierten Fonds:		
1. Schuldendienst:		
a) Fundierte Schuld:		
1. Zinsen	16 010 000	
2. Annuitäten	7 282 000	
b) Unfundierte Schuld:		
Zinsen	139 000	
c) Schuldenverwaltung	175 000	
d) Neuer Tilgungsfonds	1 394 000	25 000 000
2. Sonstige Ausgaben:		
a) Civil Liste	409 000	
b) Annuitäten und Pensionen . .	282 000	
c) Gehälter und Zuschüsse . . .	79 000	
d) Gerichtshof	517 000	
e) Verschiedene Ausgaben	305 000	
f) Zahlungen an die Gemeinden .	452 000	2 044 000
II. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:		
1. Heer (einschliessl. Waffenfabriken) .	20 000 000	
2. Marine	24 068 000	
3. Zivilverwaltungsausgaben	22 025 000	
4. Steuererhebungskosten	2 816 000	
5. Postamt	8 030 000	
6. Telegraphenamt	3 347 000	
7. Postpaketdienst	820 000	81 106 000
		108 150 000

(Finance Accounts 1898/99 S. 9.)

Tabelle 9

Sollbudget 1899/1900. Schlussbilanz

Einnahmen (in 1000 Pfd. Sterl.)			Ausgaben (in 1000 Pfd. Sterl.)	
Zölle	21 350		1. Lasten des Konsolidierten Fonds:	
Erhöhung des Weinzolles	420	21 770	Schuldendienst	23 000
Inländische Verbrauchssteuern:		29 850	Sonstige Ausgaben	1 603
Nachlasssteuern		11 150	Zahlungen an Gemeindesteuerfonds	1 147
Stempelsteuern	7 600			25 750
Neue Stempelsteuern	450	8 050		
Landsteuer		800	2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:	
Haussteuer		1 650	Heer	20 617
Einkommensteuer		18 300	Marine	26 595
		91 570	Verwaltungsausgaben	22 180
Postamt		13 200	Steuererhebungskosten	2 813
Telegraphenamt		3 300	Postamt	8 553
Domänen		450	Telegraphenamt	3 638
Suezkanalaktien und sonstige Anlagen		787	Postpaketdienst	781
Verschiedene Einnahmen		1 850		110 927
		111 157	Ueberschuss	230
				111 157

(Financial Statement 1899/1900, Tabelle VI.)

Tabelle 10

Erste Kriegsforderung

	Pfd. Sterl.
1. Geldverpflegung des Heeres	1 000 000
2. Medizinalwesen	50 000
3. Miliz	250 000
4. Transportkosten und Remontepferde	4 900 000
5. Naturalverpflegung der Truppen	1 900 000
6. Bekleidungswesen	650 000
7. Kriegsvorräte	1 150 000
8. Barackenbauten	100 000
	10 000 000

(Hansard's Parliamentary Debates, 4. Serie, Bd. 77 S. 458.)

Tabelle 11

Zweite Kriegsforderung

	Pfd. Sterl.
1. Geldverpflegung des Heeres . . .	2 400 000
2. Medizinalwesen	70 000
3. Miliz	250 000
4. Yeomanry	5 000
5. Volunteer Corps	15 000
6. Transportkosten und Remontepferde	5 000 000
7. Naturalverpflegung der Truppen .	3 000 000
8. Bekleidungswesen	500 000
9. Kriegsvorräte	1 600 000
10. Barackenbauten und dergleichen .	150 000
11. Kriegsministerium	10 000
	13 000 000

(Hansard's Parliamentary Debates, 4. Serie, Bd. 79 S. 240.)

Tabelle 12

Provisorisches Istbudget 1899/1900

Einnahmen

	Soll-einnahmen 1899/1900 Pfd. Sterl.	Provisorische Ist-einnahmen 1899/1900 Pfd. Sterl.	Mehr (+) Weniger (—) Pfd. Sterl.
Zölle	21 770 000	22 130 000	360 000 +
Inländische Verbrauchssteuern	29 850 000	31 000 000	1 150 000 +
Nachlasssteuern	11 150 000	13 300 000	2 150 000 +
Stempelsteuern	8 050 000	8 400 000	350 000 +
Landsteuer	800 000	800 000	—
Haussteuer	1 650 000	1 650 000	—
Einkommensteuer	18 300 000	18 600 000	300 000 +
Steuereinnahmen	91 570 000	95 880 000	4 310 000 +
Postamt	13 200 000	13 300 000	100 000 +
Telegraphenamt	3 300 000	3 350 000	50 000 +
Domänen	450 000	450 000	—
Suezkanalaktien u. sonst. Anl.	787 000	840 000	53 000 +
Verschiedene Einnahmen . .	1 850 000	2 220 000	370 000 +
Gesamteinnahmen . .	111 157 000	116 040 000	4 883 000 +

(Financial Statement 1900/1901, 1900. 84, Tabelle II.)

Tabelle 13

Provisorisches Istbudget 1899/1900

1. Ordentliche Ausgaben

	Sollausgaben einschliessl. Nachtragsetat Pfd. Sterl.	Provisorische Istausgaben Pfd. Sterl.	Mehr (+) Weniger (—) Pfd. Sterl.
1. Lasten des Konsol. Fonds:			
Schuldendienst	23 000 000	23 000 000	—
Sonstige Ausgaben . . .	1 603 000	1 581 000	22 000 —
Zahlungen an Gemeindesteuerfonds	1 147 000	1 149 000	2 000 +
	25 750 000	25 730 000	20 000 —
2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:			
Heer	20 617 000	20 600 000	64 000 —
Nachtrag	47 000		
Marine	26 595 000	26 000 000	595 000 —
Verschiedene Verwaltungsausgaben	22 180 000	22 530 000	348 000 —
Nachtrag	698 000		
Steuererhebungskosten . .	2 813 000	2 800 000	13 000 —
Postamt	8 553 000	8 480 000	73 000 —
Telegraphenamt	3 638 000	3 620 000	18 000 —
Postpaketdienst	781 000	780 000	1 000 —
	111 672 000	110 540 000	1 132 000 —

2. Ausgaben einschliesslich der Kriegskosten

Wie oben	111 672 000	110 540 000	1 132 000 —
1. Lasten des Konsol. Fonds: Zinsen der Kriegsschuld .	—	270 000	270 000 +
2. Sonstige Ausgaben: Heer (Nachtrag)	23 000 000	23 000 000	—
	134 672 000	133 810 000	862 000 —

(Financial Statement 1900/01, 84, Tabelle I.)

Tabelle 14

Britischer Aussenhandel 1899 (in 1000 Pfd. Sterl.)

	1899	1898	Zunahme	
Einfuhr	485 076	470 379	14 697	3,13 %
Ausfuhr einheimisch. Produkte	255 465	233 359	22 106	9,47 %
Wiederausfuhr fremder Waren	65 020	60 655	4 365	7,10 %
Gesamtsumme . . .	805 561	764 393	41 168	5,39 %

(The Economist 1900, Bd. 58 Nr. 2947.)

Tabelle 15

Sollausgaben von 1898/1904

1. Ordentliche Ausgaben (in 1000 Pfd. Sterl.)

	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02	1902/03	1903/04
1. Lasten des Konsolidierten Fonds:						
Schuldendienst .	25 000	25 000	23 000	23 000	23 000	23 000 4 500
Sonst. Ausgaben	1 605	1 603	1 600	1 650	1 645	1 640
Zahlungen an Gemeinden . . .	405	1 147	1 150	1 150	1 155	1 156
	27 010	27 750	25 750	25 800	25 800	30 296
2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:						
Heer (einschliessl. Waffenfabriken)	19 221	20 617	23 703	30 030	29 665	34 500
Marine	23 778	26 595	27 523	30 876	31 255	34 457
Verschiedene Verwaltungsausg. .	21 793	22 180	22 839	23 630	24 648	26 561
Steuererhebungskosten. . . .	2 836	2 813	2 833	2 890	3 039	3 113
Postamt . . .	8 002	8 553	8 844	9 329	9 762	10 068
Telegraphenamt.	3 365	3 638	3 770	4 036	4 211	4 549
Postpaketdienst .	824	781	773	781	779	787
	106 829	112 927	116 035	127 372	129 159	144 331

2. Ausgaben einschliesslich der Kriegskosten

Wie oben . .	106 829	112 927	116 035	127 372	129 159	144 331
1. Lasten des Konsolidierten Fonds:						
Zinsen der Kriegsschuld . . .	—	—	250 619	2 000	3 650	—
2. Sonst. Ausgaben:						
Heer	—	—	37 797	58 230	40 000	—
Verwaltungsausgaben . . .	—	—	—	—	1 800	—
Kriegskosten .	—	—	38 666	60 230	45 450	—
Gesamtsumme .	106 829	112 927	154 701	187 602	174 609	144 331

Beilage zur Tabelle 15

Voranschlag des Heeres für 1900/1901

Heeresstärke: 430000 Mann (exkl. des Heeres in Indien)

(In Pfund Sterling)

I. Aktiv	Brutto	Hilfsbewilligungen Approp. in aid	Netto
1. Geldverpflegung d. stehend. Heeres	16 405 000	1 205 000	15 200 000
2. Militärmedizinalwesen	556 500	1 500	555 000
3. Miliz	2 304 000	16 000	2 288 000
4. Yeomanry	144 010	10	144 000
5. Volunteer Corps	1 232 000	2 000	1 230 000
6. Transportkosten u. Remontepferde	10 033 000	33 000	10 000 000
7. Naturalverpflegung der Truppen .	13 301 300	201 300	13 100 000
8. Bekleidungswesen	5 074 700	394 700	4 680 000
9. Kriegsvorräte	8 408 000	408 000	8 000 000
10. Militärgebäude u. d. Unterhaltung	2 784 983	114 283	2 670 700
11. Militärerziehungs- u. Bildungswesen	182 000	68 200	113 800
12. Verschiedene Ausgaben	75 400	8 500	66 900
13. Kriegsministerium	275 100	100	275 000
	60 775 993	2 452 593	58 323 400
II. Nichtaktiv			
14. Ausgaben für Offiziere	2 004 278	393 278	1 611 000
15. Ausgaben für die Mannschaften .	1 842 780	463 780	1 379 000
16. Pensionen und Unterstützungen .	186 102	102	186 000
	64 809 153	3 309 753	61 499 400

Voranschlag für 1901/02. Heeresstärke: 450000 Mann

I. Aktiv	Brutto	Hilfsbewilligungen Approp. in aid	Netto
1. Geldverpflegung d. stehend. Heeres	22 833 500	1 176 000	21 657 500
2. Militärmedizinalwesen	1 090 100	1 500	1 088 600
3. Miliz	2 677 600	15 600	2 662 000
4. Yeomanry	375 010	10	375 000
5. Volunteer Corps	1 231 200	1 200	1 230 000
6. Transportkosten u. Remontepferde	16 158 500	181 500	15 977 000
7. Naturalverpflegung der Truppen .	19 342 500	560 500	18 782 000
8. Bekleidungswesen	5 197 000	372 000	4 825 000
9. Kriegsvorräte	13 932 000	482 000	13 450 000
10. Militärgebäude u. d. Unterhaltung	3 418 100	137 100	3 281 000
11. Militärerziehungs- u. Bildungswesen	189 600	70 400	119 200
12. Verschiedene Ausgaben	227 250	9 050	218 200
13. Kriegsministerium	305 200	200	305 000
	86 977 560	3 007 060	83 970 500
II. Nichtaktiv			
14. Ausgaben für Offiziere	2 662 651	391 651	2 271 000
15. Ausgaben für die Mannschaften .	1 952 730	467 730	1 485 000
16. Pensionen und Unterstützungen .	188 598	98	188 500
	91 781 539	3 866 539	87 915 000

(Army Estimates 1901/02 S. 4/5.)

Tabelle 16

Istausgaben von 1898/1903

1. Ordentliche Ausgaben

(In 1000 Pfd. Sterl.)

	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02	1902/03
1. Lasten des Konsolidierten Fonds:					
Schuldendienst . . .	25 000	23 000	18 453	18 319	23 000
Sonstige Ausgaben . .	1 592	1 584	1 569	1 644	1 633
Zahlungen an Gemeinden	452	1 150	1 152	1 153	1 156
	27 044	25 734	21 174	21 116	25 789
2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:					
Heer (einschl. Waffenfabriken)	20 000	20 600	24 473	29 312	29 790
Marine	24 068	26 000	29 520	31 030	31 170
Verschiedene Verwaltungsausgaben . .	22 025	22 530	23 500	23 900	28 350
Steuererhebungskosten	2 816	2 800	2 834	2 955	3 040
Postamt	8 030	8 480	8 963	9 240	9 630
Telegraphenamt . . .	3 347	3 601	3 737	4 010	4 162
Postpaketdienst . . .	820	760	771	762	771
	108 150	110 505	114 972	122 325	132 702

2. Ausgaben einschliesslich der Kriegskosten

Wie oben . . .	108 150	110 505	114 972	122 325	132 702
1. Lasten des Konsolidierten Fonds					
Zinsen der Kriegsschuld	—	217	1 383	3 367	4 282
2. Sonstige Ausgaben:					
Heer	—	23 000	67 237	63 230	39 650
Verwaltungsausgaben .	—	—	—	6 600	7 850
Kriegskosten	—	23 217	68 620	73 197	51 782
Gesamtsumme . .	108 150	133 722	183 592	195 522	184 484

Tabelle 17

Provisorisches Sollbudget 1900/1901

Einnahmen auf Grund bestehender Steuern (in Pfd. Sterl.)

	Provis. Ist-einnahmen 1899/1900	Provis. Soll-einnahmen 1900/1901	Mehr (+) Weniger (−)
Zölle	22 130 000	21 900 000	230 000 —
Inländische Verbrauchssteuern	31 000 000	31 800 000	800 000 +
Nachlasssteuern	13 300 000	13 000 000	300 000 —
Stempelsteuern	8 400 000	8 400 000	—
Landsteuer	800 000	800 000	—
Haussteuer	1 650 000	1 650 000	—
Einkommensteuer	18 600 000	18 800 000	200 000 +
Steuereinnahmen	95 880 000	96 350 000	470 000 +
Postamt	13 300 000	13 800 000	500 000 +
Telegraphenamt	3 350 000	3 550 000	200 000 +
Domänen	450 000	450 000	—
Suezkanalaktien und sonstige Anlagen	840 000	850 000	10 000 +
Verschiedene Einnahmen	2 220 000	1 900 000	320 000 —
Gesamteinnahmen	116 040 000	116 900 000	860 000 +

(Financial Statement 1900/1901, 84. 1900, Tabelle V.)

Beilage zu Tabellen 15 und 17

Provisorisches Sollbudget. Schlussbilanz 1900/1901

(In 1000 Pfd. Sterl.)

Einnahmen			Ausgaben	
Zölle	21 900		1. Lasten des Konsolidierten Fonds:	
Zuschlagssteuer a. Tabak	1 100			
dto. auf Tee	1 800		Schuldendienst	23 250
dto. auf Bier, Branntw.	217	25 017	ab: Tilgungsfonds	4 640
Inld. Verbrauchssteuern	31 800			18 610
Zuschlag auf Bier	1 750		Sonstige Ausgaben	1 600
dto. auf Branntwein	800	34 350	Zahlungen an Gemeindesteuerfonds	1 150
Nachlasssteuern		13 000		
Stempelsteuern	8 400		Gesamtausgaben des Konsol. Fonds:	21 360
Schlussnotensteuer [1])	150	8 550		
Landsteuer		800	2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben	
Haussteuer		1 650		
Einkommensteuer	18 800		Heer	61 500
Zuschlagssteuer (4 d)	6 500	25 300	Marine	27 523
Steuereinnahmen		108 667	Verwaltungsausgaben	22 839
Postamt		13 800	Steuererhebungskosten	2 833
Telegraphenamt		3 550	Postamt	8 844
Domänen		450	Telegraphenamt	3 770
Suezkan. Akt. u. sonst. Anl.		850	Postpaketdienst	773
Verschiedene Einnahmen		1 900		
		129 217		
Defizit		20 225		
Gesamteinnahmen		149 442	Gesamtausgaben	149 442

(Financial Statement 1900/01 [Provis. Figures], 84.)

[1]) Am 19. März 1900 zurückgezogen.

Tabelle 18

Durch die Britischen Generalorders 17—18 vom 5. März 1900 sind die Einfuhrzölle auf die nachstehend genannten Artikel vom 6. März 1900 bis 1. August 1901 in folgender Weise erhöht worden:

	Massstab	Zuschläge	Jetzige Zölle	Bisherige Zölle
	Engl. Pfd.	£ sh d	£ sh d	£ sh d
Tabak, verarbeitet:				
Zigarren	„	— — 6	— 5 6	— 5 —
Cavendish und Negrohead . .	„	— — 6	— 4 4	— 3 10
desgl. im Zolllager hergestellt	„	— — 5	— 3 10	— 3 5
Anderer verarbeiteter Tabak .	„	— — 5	— 3 10	— 3 5
Schnupftabak, welcher mehr als 13 Pfund Feuchtigkeit auf je 100 Pfund enthält:	„	— — 5	— 3 7	— 3 2
desgl., welcher bis zu 13 Pfund Feuchtigkeit auf je 100 Pfund enthält	„	— — 6	— 4 4	— 3 10
Tabak, unverarbeitet:				
Wenn 10 Pfund Feuchtigkeit oder darüber auf je 100 Pfund enthaltend	„	— — 4	— 3 —	— 2 8
Wenn weniger als 10 Pfund Feuchtigkeit auf je 100 Pfund enthaltend	„	— — 4	— 3 4	— 3 —
Bier:				
Mumme, Sprossenbier, Schwarzbier oder Berliner Weissbier und ähnliche Zubereitungen, gegoren oder ungegoren, deren Würze vor der Gärung eine spez. Schwere hat oder hatte				
von nicht über 1215° . .	je 36 Gall.	— 4 —	1 12 —	1 8 —
von über 1215°	„	— 4 8	1 17 6	1 12 10
Bier jeder anderen Art, dessen Würze vor der Gärung eine spez. Schwere hatte von nicht über 1055° und so im Verhältnis bei jeder anderen spezifischen Schwere der Würze	„	— 1 —	— 8 —	— 7 —
Spirituosen:				
Jeder Art, parfümierte ausgenommen, für jedes bei der Hydrometerprobe ermittelte Gallon	Gallon	— — 6	— 11 4	— 10 10
Parfümierte Spirituosen . . .	„	— — 10	— 18 1	— 17 3
Liköre, Cordials, alkoholhaltige Mixturen und andere alkoholhaltige Zubereitungen, deren Stärke nicht festzusellen ist, und so im Verhältnis für jede geringere Menge	„	— — 8	— 16 4	— 15 8

(Taxes and Imposts 1900, 284. — Deutsches Handelsarchiv 1900, I S. 302.)

Tabelle 19

Sollbudget. Schlussbilanz 1900/1901

(In 1000 Pfd. Sterl.)

Einnahmen			Ausgaben	
Zölle	20 718		1. Lasten des Konsolid. Fonds:	
Zuschlagssteuern:				
auf Tabak	1 000		Schuldendienst	23 250
auf Tee	1 700		Zinsen des Kriegsanlehens	619
auf Bier und Branntwein	202	23 620		23 869
Verbrauchssteuern	31 000		ab: Tilgungsfonds	4 640
Zuschlag auf Bier	1 750			19 229
Zuschlag auf Branntwein	800	33 550	Sonstige Ausgaben	1 600
Nachlasssteuern		13 000	Zahlungen an Gem.-steuerfonds	1 150
Stempelsteuern		8 550		21 979
Landsteuer		800	2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:	
Haussteuer		1 650		
Einkommensteuer	19 000		Heer	61 500
Zuschlagssteuer (4 d)	6 800	25 800	Marine	27 523
			Verwaltungsausgaben	22 839
Steuereinnahmen		106 970	Steuererhebungskosten	2 833
Postamt		13 800	Postamt	8 844
Telegraphenamt		3 550	Telegraphenamt	3 770
Domänen		450	Postpaketdienst	773
Suezkanalaktien und sonstige Anlagen		850		
Verschiedene Einnahmen		1 900		
Gesamteinnahmen		127 520		
Defizit		22 541		
		150 061	Gesamtausgaben	150 061

(Financial Statement 1900/01, 333 Tabelle I.)

Tabelle 20

Aenderungen der Fundierten Staatsschuld Englands vom 31. März 1899 bis 31. März 1903

(In Pfund Sterling)

	31. März 1899	31. März 1900	31. März 1901	31. März 1902	31. März 1903
$2^3/_4$%ige (ab 5. April 1903 $2^1/_2$%ige) Konsols	520 154 149	502 657 132	501 442 052	59 958 418	590 619 005
$2^3/_4$%ige (1905) Konsols	4 635 991	4 635 991	4 606 991	4 588 291	4 488 291
$2^1/_2$%ige Konsols	31 750 295	31 667 904	31 487 239	31 394 669	31 332 560
$2^3/_4$%ige Buchschuld	13 000 000	—	—	—	—
$2^3/_4$%ige Bankschuld	13 645 869	13 645 869	13 645 869	13 645 869	13 645 869
	583 186 304	552 606 896	551 182 151	609 587 247	640 085 725

Tabelle 21

Uebersicht der englischen Staatsschuld vom 31. März 1899 bis 31. März 1903

	Fundierte Schuld	Kapitalwert der Annuitäten (neue Berechn.)	Unfundierte Schuld	Gesamtbetrag	Bankguthaben des Schatzamts (Exch. Balances)	Kapitalwert der Annuitäten (alte Berechn.)
	1	2	3	4	5	6
31. März 1899	583 186 305	36 702 267	8 133 000	628 021 572	8 919 173	36 243 280
31. März 1900	552 606 898	60 190 755	16 133 000	628 930 653	3 517 047	60 238 885
31. März 1901	551 182 153	60 154 800	78 133 000	689 469 953	5 596 918	61 677 000
31. März 1902	609 587 248	60 295 402	75 133 000	745 015 650	8 566 948	63 190 859
31. März 1903	640 085 726	55 560 036	75 133 000	770 778 762	6 637 127	—

NB. Da die bis zum Jahre 1902 übliche Berechnung des Kapitalwerts gewisser Annuitäten (Rubrik 6) durch das Sinken des Kurses der Konsols während des Kriegs von dem Fortschreiten der Schuldentilgung kein richtiges Bild gab — denn je niedriger die Kurse der Konsols waren, desto höher stellte sich der Kapitalwert der Annuitäten, selbst wenn diese keine Aenderung erfuhren —, so wurde diese Berechnung verlassen, und die Kapitalwerte in Rubrik 2 stellen nun die ursprünglichen Kapitalwerte der Annuitäten abzüglich der jeweils bis zum Schlusse des Finanzjahres erfolgten Kapitalrückzahlung dar.

(National Debt. 1903, Cd. 1581. Finance Accounts 1899, 1900, 1901, 1902.)

Tabelle 22

Stand der Treasury Bills am 31. März 1900

Ausstellungstag	Betrag	Durchschnittl. Diskontrate	Laufzeit	Fälligkeitstag
1899	Pfd. Sterl.	£ sh d		
30. August	1 588 000	—	12 Monate	30. August 1900
4. Oktober	1 325 000	3 12 6	6 „	4. April 1900
15. Novbr.	2 000 000	3 18 3	6 „	15. Mai 1900
15. Novbr.	1 000 000	3 5 6	12 „	15. Nov. 1900
20. Novbr.	500 000	—	12 „	20. Nov. 1900
1900				
6. Januar	2 000 000	4 15 1	6 Monate	6. Juli 1901
6. Januar	1 000 000	4 3 6	12 „	6. Januar 1901
2. März	1 500 000	3 7 1	12 „	2. März 1901
2. März	500 000	3 7 1	12 „	2. März 1901
30. März	1 720 000	3 6 7	12 „	30. März 1901
30. März	1 500 000	—	3 „	30. Juni 1900
30. März	1 500 000	—	6 „	30. Sept. 1900
	16 133 000			

Tabelle 23

Vierte Kriegsforderung

	Pfd. Sterl.
1. Geldverpflegung des Heeres	3 250 000
2. Militärmedizinalwesen	350 000
3. Volunteer Corps	500 000
4. Transportkosten und Remontepferde .	4 500 000
5. Naturalverpflegung der Truppen . .	850 000
6. Bekleidungswesen	100 000
7. Kriegsvorräte	500 000
8. Militärgebäude und Barackenbauten .	1 060 000
9. Verschiedene Ausgaben	140 000
10. Ausgaben für nichtaktive Offiziere .	250 000
	11 500 000

(Hansard's Parliamentary Debates, 4. Serie, Bd. 86 S. 1525.)

Tabelle 24

Fünfte Kriegsforderung

	Pfd. Sterl.
1. Transportkosten und Remontepferde .	5 300 000
2. Naturalverpflegung der Truppen . .	4 250 000
3. Bekleidungswesen	750 000
4. Kriegsvorräte	4 700 000
5. Militärgebäude und Barackenbauten .	1 000 000
	16 000 000

(Hansard's Parliamentary Debates, 4. Serie, Bd. 88 S. 522.)

Tabelle 25

Sechste Kriegsforderung

	Pfd. Sterl.
1. Transportkosten und Remontepferde .	2 000 000
2. Naturalverpflegung der Truppen . .	1 000 000
	3 000 000

(Hansard's Parliamentary Debates, 4. Serie, Bd. 91 S. 187.)

Tabelle 26

Britischer Aussenhandel im Jahre 1900

Einfuhr

	1900 Pfd. Sterl.	1899 Pfd. Sterl.
1. Wirklicher Wert	523 633 486	485 075 414
2. Wert der Einfuhr auf Grund der vorjährigen Preise	484 567 000	475 632 000
3. Aenderung im Preise	+ 39 067 000	+ 9 443 000
4. Aenderung in der Quantität . . .	— 469 000	+ 5 254 000
5. Wirkliche Wertdifferenz	+ 38 597 903	+ 14 696 931

Ausfuhr

1. Wirklicher Wert	291 451 306	255 465 455
2. Wert der Ausfuhr auf Grund der vorjährigen Preise	254 581 000	239 613 000
3. Aenderung im Preise	+ 36 870 000	+ 15 851 000
4. Aenderung in der Quantität . . .	— 9 911 000	+ 6 255 000
5. Wirkliche Wertdifferenz	+ 26 959 095	+ 22 106 215

(The Economist 1901, S. 78 und 116.)

Tabelle 27

Stand der Unfundierten Schuld am 27. Februar 1901

Betrag Pfd. Sterl.		Zinsen %	Rückzahlbar am	Begebungskurs
30 000 000	Nat. War Loan St.	$2^3/_4$	5. April 1910	$98^1/_2$ %
10 000 000	Exchequer Bonds	3	7. Aug. 1903	98 %
3 000 000	„	3	7. Dez. 1905	Mittelk. $98^2/_{11}$
11 000 000	„	3	7. Dez. 1905	„ $97^5/_4$
5 500 000	Treasury Bills	$3^{16}/_{11}$—$4^0/_8$	in 6 Monaten	Pari
5 588 000	„	$3^{17}/_1$—$4^8/_{11}$	in 9 Monaten	„
10 045 000	„	$3^8/_{10}$—$4^2/_9$	in 12 Mon.	„
75 133 000				

(The Economist 1901, S. 477.)

Tabelle 28

Stand der Treasury Bills am 31. März 1901

Ausstellungstag	Betrag Pfd. Sterl.	Durchschn. Diskontrate £ sh d	Laufzeit	Fälligkeitstag
1900				
4. April	825 000	Privatim begeben [1]		
8. Mai	1 000 000	3 17 8	12 Monate	8. Mai 1901
24. Juli	1 000 000	4 1 4	9 „	24. April 1901
24. Juli	1 000 000	3 19 5	12 „	24. Juli 1901
24. August	588 000	3 14 10	9 „	24. Mai 1901
24. August	1 000 000	3 14 11	12 „	24. Aug. 1901
21. Septbr.	1 000 000	3 17 7	9 „	21. Juni 1901
2. Oktober	1 000 000	3 19 1	6 „	2. April 1901
2. Oktober	1 000 000	3 18 3	9 „	2. Juli 1901
15. Novbr.	1 500 000	3 15 5	6 „	15. Mai 1901
17. Dezbr.	2 000 000	3 16 7	9 „	17. Sept. 1901
1901				
4. Januar	1 500 000	3 16 7	12 Monate	4. Januar 1902
5. Januar	1 000 000	3 16 6	6 „	5. Juli 1901
15. Februar	1 000 000	3 13 5	12 „	15. Febr. 1902
2. März	3 000 000	3 12 0	12 „	2. März 1902
30. März	2 720 000	3 13 0	12 „	30. März 1902
	21 133 000			

(The Economist 1901, S. 493.)

Tabelle 29

Zwischenzollsätze für Zucker

Polarisationsgrade	Zollsatz für den (engl.) Zentner sh d
Zucker unter 76°	2 0
„ über 76°—77°	2 0,8
„ „ 77°—78°	2 1,6
„ „ 78°—79°	2 2,4
„ „ 79°—80°	2 3,2
„ „ 80°—81°	2 4
„ „ 81°—82°	2 4,8
„ „ 82°—83°	2 5,6
„ „ 83°—84°	2 6,5
„ „ 84°—85°	2 7,4

[1]) Von der Staatsschuldentilgungskommission übernommen. Fälligkeitstag wurde nicht veröffentlicht.

Polarisationsgrade	Zollsatz für den (engl.) Zentner sh	d
Zucker über 85°—86°	2	8,3
„ „ 86°—87°	2	9,2
„ „ 87°—88°	2	10,2
„ „ 88°—89°	2	11,2
„ „ 89°—90°	3	0,4
„ „ 90°—91°	3	1,6
„ „ 91°—92°	3	2,8
„ „ 92°—93°	3	4
„ „ 93°—94°	3	5,2
„ „ 94°—95°	3	6,4
„ „ 95°—96°	3	7,6
„ „ 96°—97°	3	8,8
„ „ 97°—98°	3	10
„ „ 98°	4	2

Melasse bei 70% oder mehr als 70% Süssstoffgehalt 2 sh 9 d pro Zentner,

Melasse bei weniger als 70% und mehr als 50% Süssstoffgehalt 2 sh pro Zentner,

Melasse bei weniger als 50% Süssstoffgehalt 1 sh pro Zentner,

Glykose, fest 2 sh 9 d pro Zentner,

Glykose, flüssig 2 sh pro Zentner,

Saccharin 1 sh 3 d pro Unze,

In Zucker eingemachte Pflaumen 7 sh pro Zentner.

(Taxes and Imposts 1901, 350.)

Tabelle 30

Britische Kohlenausfuhr im Jahre 1900

	Menge engl. Tonnen	Wert in Pfd. Sterl.
Russland	3 278 000	2 885 000
Schweden	3 049 000	2 436 000
Norwegen	1 436 000	1 023 000
Dänemark	2 124 000	1 682 000
Deutschland	5 986 000	4 267 000
Holland	1 902 000	1 295 000
Frankreich	8 637 000	6 995 000
Portugal, Azoren, Madeira	787 000	723 000
Spanien und Kanar. Inseln	2 620 000	2 491 000
Italien	5 345 000	4 537 000
Türkei	395 000	379 000
	35 559 000	28 713 000

	Menge engl. Tonnen	Wert in Pfd. Sterl.
	35 559 000	28 713 000
Aegypten	1 974 000	1 790 000
Brasilien	792 000	802 000
Gibraltar	322 000	307 000
Malta	512 000	535 000
Britisch Ostindien . . .	602 000	587 000
Andere Länder	6 398 000	5 854 000
	46 159 000	38 588 000

à 1016 kg 46 898 000 metr. Tonnen.

(The Economist 1901, Febr. 16, S. 21. London.)

Tabelle 31

Kohlenausfuhr der wichtigsten europäischen Staaten, die als Konkurrenzländer von Grossbritannien in Betracht kommen könnten

		1900 Ausfuhr	1900 Einfuhr
		metr. Tonnen	
Deutschland . .	führen mehr aus als ein	18 055 000	8 034 000
Belgien		6 934 000	3 654 000
		24 989 000	11 688 000
Russland	führen mehr ein als aus	15 000	4 459 000
Schweden . . .		—	3 135 000
Frankreich . . .		2 531 000	13 087 000
Spanien		8 000	1 783 000
Italien		21 000	4 860 000
		27 564 000	39 012 000

(Zusammengestellt nach den Nachrichten für Handel und Industrie, herausgegeben vom Reichsamt des Innern, 1901, Nr. 9 und 122.)

Tabelle 32

Kohlengewinnung in Deutschland und Belgien während der Jahre 1898, 1899, 1900

	Deutschland Steinkohlen (metr. Tonnen)	Belgien (metr. Tonnen)
1898	96 310	22 088
1899	101 640	22 072
1900	109 272	23 352

(Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs, herausgeg. vom Kais. Statist. Amt, Jahrg. 1901.)

Tabelle 33

Deutsches Reich

(In 1000 Tonnen)

Steinkohlen-	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Produktion . .	79 169	85 690	91 055	96 309	101 640	109 272	108 417
Einfuhr . . .	5 117	5 477	6 072	5 820	6 220	7 384	6 297
	84 286	91 167	97 127	102 129	107 860	116 656	114 714
Ausfuhr . . .	10 361	11 599	12 390	13 989	13 943	15 276	15 266
Verbrauch . .	73 925	79 568	84 737	88 140	93 917	101 380	99 448

(Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1900/01, 1902.)

Tabelle 34

Britische Steinkohleneinfuhr nach Deutschland

	Einfuhr aus Grossbritannien metr. Tonnen	Prozent der Gesamteinfuhr
1895	3 972 664	77,64
1896	4 307 463	78,64
1897	4 808 901	79,19
1898	4 506 163	77,42
1899	4 873 555	78 36
1900	6 077 486	82,29
1901	5 232 070	83,08

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.)

Tabelle 36

Kursbewegung der 2¾ %igen Konsols an der Londoner Börse unmittelbar nach Aufnahme der Anleihe von 60 000 000 Pfd. Sterl.

22. April 1901	94 1/8 3/8	2. Mai 1901	94 3/8 5/8
23. April 1901	94 1/8 3/8	3. Mai 1901	94 3/8 5/8
24. April 1901	94 1/8 3/8	4. Mai 1901	94 3/8 5/8
25. April 1901	94 1/4	6. Mai 1901	94 1/4 1/2
26. April 1901	94 1/4	10. Mai 1901	93 3/4 4
27. April 1901	94 1/8 3/8	15. Mai 1901	93 7/8 4 1/8
29. April 1901	94 1/8 3/8	20. Mai 1901	94 1/4
30. April 1901	94 1/8 3/8	31. Mai 1901	93 5/8 7/8

(The Economist 1901.)

Tabelle 35

Sollbudget. Schliessliche Aufstellung 1901/02

(In 1000 Pfd. Sterl.)

Einnahmen			Ausgaben	
Zölle	23 600		1. Lasten des Konsolid. Fonds:	
Zuckersteuer	5 100			
Kohlenzoll [1])	2 100	30 800	Schuldendienst	
Verbrauchssteuer	33 100		A. Innerh. der festen	
Nachlassteuer	14 000		Schuldenlast	23 000
Stempelsteuer	8 000		ab: Tilgungsfonds	4 640
Landsteuer	750			18 360
Haussteuer	1 750		B. Ausserh. der festen	2 000
Einkommensteuer	30 000		Schuldenlast	
Zuschlag (2 d)	3 800	91 400	Schuldzins. d. n. Anl.	1 250
Steuereinnahmen		122 200		21 610
Postamt		14 300	Sonstige Ausgaben	1 650
Telegraphenamt		3 450	Zahlungen an Gem.-steuerfonds	1 150
Domänen		475	Gesamtausgaben des	
Suezkanalaktien und sonstige Anlagen		830	Konsolid. Fonds	24 410
Verschied. Einnahmen		2 000	2. Jährl. zu bew. Ausg.:	
Gesamteinnahmen		143 255	Heer	88 260
Defizit		40 957	Marine	30 876
			Verwaltungsausg.	23 630
			Steuererhebungkosten	2 890
			Postamt	9 329
			Telegraphenamt	4 036
			Postpaketdienst	781
		184 212		184 212

(Financial Statement 1901/02. Tabelle VII.)

Tabelle 37

Achte Kriegsforderung

	Pfd. Sterl.
1. Ankauf von Remontepferden	2 000 000
2. Naturalverpflegung des Heeres	3 000 000
	5 000 000

(Hansard's Parliamentary Debates. 4. Ser., Bd. 102 S. 49.)

[1]) Nach Freigabe der auf Grund von alten Verträgen bis 1. Januar 1902 zu liefernden Kohlen auf 1 300 000 Pfd. Sterl. ermässigt.

Tabelle 38

Britischer Aussenhandel im Jahre 1901

Einfuhr

	1901	1900
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
1. Wirklicher Wert	522 238 986	523 633 486
2. Wert der Einfuhr auf Grund der vorjährigen Preise	541 248 000	484 567 000
3. Aenderung im Preise	— 19 011 000	+ 39 067 000
4. Aenderung in der Quantität . . .	+ 18 175 000	— 469 000
5. Wirkliche Wertdifferenz	— 836 177	+ 38 597 903

Ausfuhr

	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
1. Wirklicher Wert	280 498 889	291 451 306
2. Wert der Ausfuhr auf Grund der vorjärigen Preise	295 703 000	254 581 000
3. Aenderung im Preise	— 15 204 000	+ 36 870 000
4. Aenderung in der Quantität . . .	+ 4 511 000	— 9 911 000
5. Wirkliche Wertdifferenz	— 10 693 107	+ 26 959 095

(The Economist 1902. S. 77 u. 116.)

Tabelle 39

Einnahmen aus Tabak, Branntwein und Bier des Jahres 1901/02 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr bezw. zum Voranschlag

Zölle

	1900/01	Voranschlag 1901/02	1901/02
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
Tabak	10 885 000	11 100 000	10 568 000
Branntwein	4 902 000	— —	4 584 000

Verbrauchssteuern

	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
Branntwein	19 335 000	— —	17 647 000
Bier	11 887 000	13 500 000	13 276 000

(Taxes and Imposts. 1901. 1902.)

Tabelle 40

Zuckerpreise

Engros-Preise (Einfuhrpreise). Unraffinierter Zucker aller Art

	Durchschnittl. Wert per Zentner
1895	9,73 sh
1896	10,59 sh
1897	9,18 sh
1898	9,60 sh
1899	10,47 sh
1900	10,45 sh
1901	9,53 sh
1902	7,62 sh

(Wholesale and retail Prices. Return. 1903. 321. S. 162.)

Tabelle 41

Zuckerpreise

Detail-Preise London

Jahr	Moist		Demerara		Loaf		Castor	
	Per lb	Per 7 lbs	Per lb	Per 7 lbs	Per lb	Per 7 lbs	Per lb	Per lbs
	d	sh d	d	sh d	d	sh d	d	sh d
1895	1½	0 10½	1½	0 10½	2	1 2	2	1 1½
1896	1¾	1 0	2	1 1½	2¼	1 3½	2¼	1 3
1897	1½	0 10½	1½	0 10½	2	1 2	2	1 2
1898	1½	0 10½	1½	0 10½	2	1 2	2	1 2
1899	1¾	1 0	2	1 1½	2	1 2	2	1 2
1900	1¾	1 0	2	1 2	2	1 2	2	1 2
1901	2½	1 5	2½	1 5½	2½	1 5½	2½	1 5½
1902	2	1 2	2	1 2	2½	1 3½	2¼	1 3½

(Wholesale and retail Prices. Return. 1903. 321. S. 304.)

Tabelle 42

Stand der Treasury Bills am 31. März 1902

Ausstellungstag	Betrag	Durchschnittl. Diskontrate	Laufzeit	Fälligkeitstag
1901	1000 £	£ sh d		1902
4. April . . .	825	priv. begeben	12 Monate	4. April
25. Juni	588	3 2 10	12 „	25. Juni
25. Juni	1 000	3 2 10	12 „	25. Juni
6. Juli	2 000	3 3 9	9 „	6. April
30. August . . .	1 000	2 19 —	12 „	30. August
17. September .	2 000	2 19 7	12 „	17. September
5. Oktober. . .	1 000	2 17 2	12 „	5. Oktober
15. November . .	2 500	3 5 1	6 „	15. Mai
1902				1903
4. Januar . . .	1 500	3 2 0	12 „	4. Januar
30. Januar . . .	2 000	3 0 1	12 „	30. Januar
15. Februar . .	1 000	2 11 7	6 „	15. August
1. März . . .	3 000	2 16 4	12 „	1. März
29. März . . .	2 720	2 17 1	12 „	29. März
	21 133			

Tabelle 43

Sollbudget 1902/03. Schlussaufstellung

(In 1000 Pfd. Sterl.)

Einnahmen			Ausgaben	
Zölle	32 800		1. Lasten des Konsolid. Fonds:	
Kornzoll	2 650	35 450	Schuldendienst . . .	23 000
Inl. Verbrauchssteuern .		32 700	ab: Tilgungsfonds .	4 640
Nachlasssteuern . . .		13 200		18 360
Stempelsteuer	8 200		Zinsen d. Kriegsschuld	4 400
Verdoppelung der Sicht-Wechselstempelsteuer .	500	8 700	Sonstige Ausgaben .	1 645
Landsteuer		740	Zahlungen an Gem.-steuerfonds . . .	1 155
Haussteuer		1 760	Ges. Ausg. d. Konsolid. Fonds	25 560
Einkommensteuer . . .	36 600		2. Jährlich zu bewillig. Ausgaben:	
1 d Zuschlagssteuer . .	2 000	38 600	Heer	69 665
Steuereinnahmen . . .		131 150	Marine	31 255
Postamt		14 800	Verwaltungsausgaben	26 448
Telegraphenamt . . .		3 630	Steuererhebungskost.	3 039
Domänen		475	Postamt	9 762
Suez K. Akt. u. sonst. Anl.		880	Telegraphenamt . .	4 211
Verschied. Einnahmen .		2 000	Postpaketdienst . .	779
		152 935		170 719
Defizit		35 534	Zuschlag für unvorhergesehene Ausgaben:	17 750
		188 469		188 469

(Financial Statement 1902/03. Tabelle VII.)

Tabelle 44

Revidiertes Sollbudget für 1902/03 vom 4. Juni 1902

(In 1000 Pfd. Sterl.)

Einnahmen			Ausgaben		
Zölle	32 800		1. Lasten d. Konsol.-Fonds:		
Korn- und Mehlzoll.	2 650	35 450	Schuldendienst .	23 000	
Verbrauchssteuern .		32 700	Zinsen der Kriegsschuld	4 400	27 400
Nachlasssteuern . .		13 200	Sonstige Ausgaben		1 645
Stempelsteuern . .		8 200	Zahlungen an Gemeindesteuerfds.		1 155
Landsteuer		740			30 200
Haussteuer		1 760	2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:		
Einkommensteuer .	36 600		Heer		69 665
Zuschlagssteuer 1 d .	2 000	38 600	Marine		31 255
Steuereinnahmen .		130 650	Verwaltungsausgaben		27 448
Postamt		14 800	Steuererhebungskosten		3 039
Telegraphenamt . .		3 630	Postamt		9 762
Domänen		475	Telegraphenamt .		4 211
Suezkanalaktien und sonstige Anlagen .		880	Postpaketdienst .		779
Verschiedene Einnahmen		2 000			176 359
Gesamteinnahmen .		152 435			
Defizit		23 924			
		176 359			

(Hansard's Parl. Debates, 4. Ser. Bd. 109. Anh. I.)

Tabelle 45

Kriegsausgaben während der Jahre 1899/1903

(In 1000 Pfd. Sterl.)

	1899/1900	1900/1901	1901/1902	1902/1903	Gesamtbetrag
I. Krieg in Südafrika					
1. Lasten des Kons. Fonds: Schuldzinsen	217	1 383	3 367	4 282	9 249
2. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:					
a) Heer					
α) Ursprüngl. Ausg.		37 797	56 070	39 650	133 517
β) Nachträgl. Ausg.	23 000	25 940	5 000		53 940
b) Zivilverwaltung . .			6 600	7 850[1]	14 450
	23 217	65 120	71 037	51 782	211 156
II. Krieg in China					
Heer		3 500	2 160	350	6 010
	23 217	68 620	73 197	52 132	217 166

(Wars in South Africa and China 1903. 130.)

[1]) Einschliesslich 100 000 Pfd. Sterl. Gratifikation an Lord Roberts und 50 000 Pfd. Sterl. an Lord Kitchener.

Tabelle 46

Uebersicht über die Deckung der Kriegskosten bis zum 31. März 1903

	1899/1900	1900/1901	1901/1902	1902/1903	Gesamtbetrag
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
Ordentliche Ausgaben (ausschliessl. der Zinsen der Kriegsschuld)	110 506 000	119 519 000	127 006 000	129 352 000	486 383 000
Ordentliche Einnahmen (ausschliesslich der seit Ausbruch des Krieges eingeführten Steuern)	119 840 000	116 330 000	115 201 000	118 318 000	469 689 000
Ueberschuss (+) oder Defizit (—)	+ 9 334 000	— 3 189 000	—11 805 000	—11 034 000	—16 694 000
Ertrag der neuen Steuern	Nil.	14 055 000	27 856 000	33 239 000	75 150 000
Zur Deckung der Kriegskosten verfügbare Einnahmen	9 334 000	10 866 000	16 051 000	22 205 000	58 456 000
Durch Einstellung der Schuldentilgung frei gewordene Einnahmen	—	4 547 000	4 681 000	—	9 228 000
	9 334 000 [1]	15 413 000	20 732 000 [1]	22 205 000	67 684 000
Durch Anleihen gedeckt	13 883 000 [1]	53 207 000	52 465 000 [1]	29 927 000	149 482 000
Gesamtkriegskosten	23 217 000	68 620 000	73 197 000	52 132 000	217 166 000

(Wars in South Africa and China 1903, S. 130.)

[1]) Diese Ziffern differieren ein klein wenig mit den im Text angegebenen Zahlen. Es ist mir leider nicht gelungen, festzustellen, woher diese Differenz rührt.

Tabelle 47

Uebersicht der Kriegssteuern

	Steuersätze vor dem Krieg	Steuersätze nach dem Krieg	Ertrag vor dem Krieg	Ertrag nach dem Krieg	Ertrag der Zuschlagssteuern: Zuschl.	1900/1901	1901/02	1902/03	Gesamtertrag
	1898/99	1902/03	1898/99	1902/03					
1. Zölle:			Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.		Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
Tee	4 d per lb.	6 d per lb.	4 023 000	5 975 000	2 d	2 091 000	1 931 000	1 992 000	6 014 000
Tabak	2 sh 8 d per lb.	3 sh per lb.	10 994 000	12 451 000	4 d	1 411 000	1 174 000	1 382 000	3 967 000
Branntwein	10 sh 10 d per Gall.	11 sh 4 d per Gall.	4 239 000	4 732 000	6 d	217 000	210 000	217 000	644 000
Zucker	—	4 sh 2 d per Ztr.	—	4 458 000	—	—	6 399 000	4 477 000	10 876 000
Kohle [1]	—	1 sh per Tonne	—	1 992 000	—	—	1 312 000	1 992 000	3 304 000
Korn und Mehl	—	3 d bez. 5 d per Ztr.	—	2 380 000	—	—	—	2 347 000	2 347 000
2. Verbrauchssteuern									
Bier	6 sh 9 d per Barrel	7 sh 9 d per Barrel	11 638 000	13 264 000	1 sh	1 778 000	1773 000	1 773 000	5 324 000
Branntwein	10 sh 6 d per Gall.	11 sh per Gall.	17 109 000	18 164 000	6 d	917 000	857 000	862 000	2 636 000
Glykose	—	2 sh 9 d bez. 2 sh per Ztr.	—	90 000	—	—	64 000	90 000	154 000
3. Einkommensteuer	8 d. per £ 3 1/3 %	15 d per £ 6 1/4 %	18 042 000	38 660 000	7 d	7 641 000 (4 d)	14 136 000 (6 d)	18 107 000 (7 d)	39 884 000
			66 045 000	102 166 000		14 055 000	27 856 000	33 239 000	75 150 000

(Taxes and Imposts 1899, S. 321; 1903, S. 303. Wars in South Africa and China 1903, S. 130.)

[1]) Kohle im Wert von nicht über 6 sh per Tonne, frei an Bord, ist zollfrei.

Tabelle 48

Die zur Deckung der Kriegskosten aufgenommene Kriegsschuld

	Nominalbetrag	Nettoerlös	Fälligkeitstermin
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	
Treasury Bills	13 000 000	13 000 000	1903/04
Exchequer Bonds	10 000 000	9 790 000	7. Aug. 1903
„ „	3 000 000	2 944 000	7. Dez. 1905
„ „	11 000 000	10 689 000	
2¾% War Loan (Stock u. Bonds)	30 000 000	29 519 000	5. April 1910
Konsols	60 000 000	56 553 000	rückzahlbar
„	32 000 000	29 875 000	nach 5. April 1923
	159 000 000	152 370 000	

(Wars in South Africa u. China 1903. 130.)

Tabelle 49

Ausgaben des Schatzamts für den Staatsschuldendienst während des Jahres 1902/03

	Zinsen u. Verwaltungskosten	Kapitalrückzahlungen	Gesamtbetrag
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
I. Innerhalb d. festgesetzten Schuldenlast:			
1. Fundierte Schuld	15 033 211		15 033 211
2. Annuitäten:			
Annuitäten für Leibrenten	343 305	970 000	1 313 305
„ „ Zeitrenten	4 507	14 000	18 507
Annuität d. Red Sea u. India Telegraph Co. bis 4. August 1908	7 017	28 983	36 000
Convertierte Annuitäten bis 1906	77 343	606 679	684 022
Gerichtshof Annuität bis 5. Juli 1906	288 315	2 655 054	2 943 369
Sparkassenannuitäten bis 1913/14	151 760	427 203	578 963
„ „ 1924/25	397 508	476 207	873 715
Buchschuldannuität bis 1924	345 915	399 300	745 215
Kleinere Annuitäten	35 122	99 220	134 342
3. Unfundierte Schuld	385 662		385 662
4. Schuldenverwaltung	180 144		180 144
5. Neuer Tilgungsfonds		73 545	73 545
	17 249 809	5 750 191	23 000 000
II. Ausserhalb d. festgesetzt. Schuldenlast:			
Konsols	2 310 000		
Kriegsanleihe	825 000		
Exchequer Bonds	720 000		
Treasury Bills	350 050		
Sonstige Ausgaben in Verbindung mit der Kriegsschuld	77 008		
	21 531 867	5 750 191	27 282 058

(National Debt. 1903. Cd. 1581.)

Tabelle 50

Sollbudget für 1903/04 im Vergleich zu den Istbudgets von 1898/99 und 1902/03

Einnahmen

	Ist-einnahmen 1898/99	Ist-einnahmen 1902/03	Soll-einnahmen 1903/04
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
1. Zölle	20 850 000	34 433 000	34 640 000[1])
2. Verbrauchssteuern	29 200 000	32 100 000	32 700 000
3. Erbschaftssteuern	11 400 000	13 850 000	13 300 000
4. Stempelsteuern	7 630 000	8 200 000	8 400 000
5. Landsteuer	770 000	725 000	750 000
6. Haussteuer	1 600 000	1 825 000	1 850 000
7. Einkommensteuer	18 000 000	38 800 000	30 500 000[2])
	89 450 000	129 933 000	122 140 000
8. Postamt	12 710 000	14 750 000	15 300 000
9. Telegraphenamt	3 150 000	3 630 000	3 800 000
10. Domänen (Netto)	430 000	455 000	445 000
11. Suezkanalaktien und sonstige Anlagen	714 000	958 000	935 000
12. Verschiedene Einnahmen	1 883 000	1 826 000	1 650 000
	108 337 000	151 552 000	144 270 000

Ausgaben

	Ist-ausgaben 1898/99	Ist-ausgaben 1902/03	Soll-ausgaben 1903/04
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
I. Lasten des Konsol.-Fonds:			
1. Schuldendienst	25 000 000	23 000 000 4 282 000	27 000 000
2. Sonstige Ausgaben	2 044 000	2 789 000	2 919 000
	27 044 000	30 071 000	29 919 000
II. Jährlich zu bewilligende Ausgaben:			
1. Heer (inkl. Waffenf.)	20 000 000	69 440 000	34 500 000
2. Marine	24 068 000	31 170 000	34 457 000
3. Zivilverwaltung	22 025 000	36 200 000	26 561 000
4. Steuererhebungskosten	2 816 000	3 040 000	3 113 000
5. Postamt	8 030 000	9 630 000	10 068 000
6. Telegraphenamt	3 347 000	4 162 000	4 549 000
7. Postpaketdienst	820 000	771 000	787 000
	108 150 000	184 484 000	143 954 000

(Finance Accounts 1898/99. 258. S. 9. Financial Statement 1903/04. 119.)

[1]) Nach Abzug der aufgehobenen Korn- und Mehlzölle.
[2]) Steuersatz von 15 d auf 11 d herabgesetzt.

Tabelle 51

Kursbewegung der deutschen, englischen und französischen Staatsfonds von 1895—1902

Jahres-durchschnitt	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902
Deutschland								
3%ige Reichs-anleihe . . .	98,91	99,22	97,66	95,52	90,71	86,74	89,27	92,18
Zinsertrag . . .	3,03	3,02	3,07	3,14	3,31	3,46	3,36	3,25
Privatdiskont . .	2,01	3,04	3,08	3,55	4,45	4,41	3,06	2,19
England								
$2^3/_4$%ige Engl. Konsols . . .	106,20	110,89	112,40	110,96	107,18	99,63	94,29	94,35
Zinsertrag . . .	2,59	2,48	2,45	2,48	2,57	2,76	2,92	2,91
Privatdiskont . .	0,81	1,52	1,87	2,65	3,29	3,70	3,20	2,99
Frankreich								
3%ige Französ. Rente . . .	102,03	102,16	103,33	102,85	101,24	100,60	101,22	100,60
Zinsertrag . . .	2,94	2,94	2,90	2,92	2,96	2,98	2,96	2,98
Privatdiskont . .	1,63	1,83	1,96	2,12	2,96	3,17	2,48	2,43

(Frankfurter Zeitung vom 24. September 1903, Abendbl.)

Zum Schlusse ist es mir ein Bedürfnis, meinen verehrten Lehrern, Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. Lujo Brentano und Herrn Professor Dr. Walther Lotz, herzlich zu danken. Herrn Prof. Dr. W. Lotz insbesondere bin ich zu grösstem Danke verpflichtet. Er hat mir die Anregung zu vorliegender Arbeit gegeben und mich bei ihrer Durchführung mit seinem Rat in liebenswürdigster Weise unterstützt.